



3. NRW-Nachhaltigkeitstagung – Gut Leben, Arbeiten und Wirtschaften in 2030

17. November 2014, Mülheim an der Ruhr

**3. NRW-Nachhaltigkeitstagung –
Gut Leben, Arbeiten und Wirtschaften in 2030**
17. November 2014, Mülheim an der Ruhr

Inhalt

Vorwort Minister Johannes Remmel	5
Zusammenfassung der Tagung	6
Start der Nachhaltigkeits-Strategiediskussion – Vorstellung des Strategiepapiers der Landesregierung Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen	9
Podiumsdiskussion „Corporate Social Responsibility als Teil der wirtschaftlichen Dimension – Gute und faire Arbeit als Teil der sozialen Dimension einer NRW-Nachhaltigkeitsstrategie“	13
Das Strategiepapier zur Nachhaltigkeitsstrategie in der Diskussion Kurze Statements aus Zivilgesellschaft, Kommunen, Wirtschaft und Wissenschaft und Diskussion mit Staatssekretär Peter Knitsch, MKULNV NRW	17
Berichte aus den Themenforen	
Gute und faire Arbeit	25
„Fortschritt NRW“ – Forschung und Innovation für eine nachhaltige Entwicklung	28
Nachhaltiger Konsum und nachhaltige Lebensstile	31
Nachhaltiges Wirtschaften am Beispiel der Umweltwirtschaft	34
Die internationale und europäische Dimension einer NRW-Nachhaltigkeitsstrategie	37
Bildung für nachhaltige Entwicklung	40
Podiumsdiskussion „Eine NRW-Nachhaltigkeitsstrategie im deutschen, europäischen und internationalen Kontext“	43
Ausblick auf den weiteren NRW-Nachhaltigkeitsprozess Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen	48
Anhang	
Durchgeführtes Programm	51
Übersicht: Schriftliche Stellungnahmen zum Strategiepapier der Landesregierung	54
Evaluation	55
Nachhaltiges Veranstaltungsmanagement	56
Impressum	58

Sehr geehrte Damen und Herren,



nach den ersten beiden NRW-Nachhaltigkeitstagungen 2012 und 2013, die der Bestandsaufnahme zu 20 Jahren Rio- und Nachhaltigkeitsprozess sowie der Entwicklung gemeinsamer Nachhaltigkeits-Perspektiven für NRW dienten, haben wir die diesjährige Tagung unter dem Motto „Gut Leben, Arbeiten und Wirtschaften 2030“ zur Diskussion des Strategiepapiers der Landesregierung zur Nachhaltigkeitsstrategie genutzt. In hochrangig besetzten Gesprächsrunden wurden wichtige Nachhaltigkeitsthemen aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet. Eine Plenumsdiskussion zum Strategiepapier, sechs Themenforen und ein „Markt der Möglichkeiten“ boten die Möglichkeit, sich aktiv an der Tagung und damit am NRW-Nachhaltigkeitsprozess zu beteiligen und sich mit anderen Akteuren aus dem Land zu vernetzen.

Die vorliegende Dokumentation fasst die auf der Tagung diskutierten Themen, Perspektiven und Impulse zum Thema zusammen.

An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Referentinnen und Referenten, Diskutantinnen und Diskutanten sowie Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Tagung bedanken, die mit ihren Beiträgen zum Gelingen der Veranstaltung beigetragen haben. Alle im Rahmen der Tagung und darüber hinaus eingegangenen Stellungnahmen zum Strategiepapier werden in den weiteren Landesnachhaltigkeitsprozess einfließen, der Ende 2015 in die Verabschiedung einer NRW-Nachhaltigkeitsstrategie münden soll.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre der Tagungsdokumentation.

Ihr

A handwritten signature in blue ink, which appears to read "Johannes Remmel". The signature is written in a cursive style and is positioned above the printed name.

Johannes Remmel
Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz
des Landes Nordrhein-Westfalen



Zusammenfassung der Tagung

Wo steht Nordrhein-Westfalen auf dem Weg in eine nachhaltige Zukunft? Ein Strategiepapier der Landesregierung skizziert mögliche Handlungsfelder und Querschnittsthemen und diente als Diskussionsgrundlage für die 3. NRW-Nachhaltigkeitstagung, zu der im Namen der Landesregierung Nordrhein-Westfalen das federführende Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz nach Mülheim an der Ruhr eingeladen hatte. 350 Teilnehmende aus Politik, Kommunen, Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und der Zivilgesellschaft kommentierten und diskutierten das Strategiepapier.

Die Oberbürgermeisterin der Stadt Mülheim an der Ruhr, Dagmar Mühlenfeld, hieß die Teilnehmenden zu Beginn der Tagung in der Stadthalle willkommen. Bereits in ihrer Begrüßung warnte sie vor einer inflationären Anwendung des Begriffes Nachhaltigkeit: „Inhaltliche Unklarheit bei der Definition erschwert die Arbeit derer, die vor Ort Nachhaltigkeit umsetzen wollen und müssen.“ Viele Anstren-

gungen seien auch in ihrer Stadt in den unterschiedlichsten Handlungsfeldern der Nachhaltigkeit bereits in Angriff genommen worden, dennoch gebe es auch in Mülheim noch große Herausforderungen. Von der Diskussion zum Strategiepapier der Landesregierung wünsche sie sich und allen Bürgerinnen und Bürgern vor allem eine Konkretisierung und Priorisierung der Handlungsfelder.

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen, stellte nachfolgend das Strategiepapier mit seinen 13 Handlungsfeldern und sieben Querschnittsthemen vor. Er betonte in seiner Rede die besondere Stellung des Klimaschutzes als ein zentral wichtiges Nachhaltigkeitsthema für Nordrhein-Westfalen. Als größter Industriestandort in Deutschland müsse NRW eine Vorbildfunktion einnehmen. Ohne dass wichtige Transformationen in NRW und in anderen Bundesländern und Regionen geleistet würden, sei eine Erreichung der Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsziele auf nationaler und in weiterer Konsequenz auf europäischer und internationaler Ebene unmöglich. Ähnliches gelte für ein zweites Themenfeld der Nachhaltigkeit, auf das der Minister anschließend die Aufmerksamkeit lenkte: den demografischen Wandel. Eine immer älter werdende Gesellschaft, weniger junge Menschen sowie der in manchen Regionen dramatische

Bevölkerungsrückgang hätten starke Auswirkungen auf die nachhaltige Entwicklung des Landes. So habe beispielsweise der Kampf um Auszubildende längst begonnen. Viele weitere Handlungsfelder einer zukünftigen NRW-Nachhaltigkeitsstrategie seien identifiziert worden und er freue sich auf die Mitarbeit und die Anregungen aus den unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen, ohne deren Engagement eine Nachhaltigkeitsstrategie für das Land NRW nicht zu verwirklichen sei. Im Rahmen seines Beitrags startete Minister Remmel auch den Leitmarkt Wettbewerb EnergieUmweltwirtschaft.NRW: Mit 40 Mio. € aus EU-Mitteln will das Land in den nächsten Jahren technologische und soziale Innovationen in den Bereichen Zukunftsenergien und Umweltschutz fördern.

Unter dem Titel „Corporate Social Responsibility als Teil der wirtschaftlichen Dimension – Gute und faire Arbeit als Teil der sozialen Dimension einer NRW-Nachhaltigkeitsstrategie“ debattierten anschließend Expertinnen und Experten mit der Moderatorin Dr. Tanja Busse. Die Leitfragen lauteten: Was bedeutet Corporate Social Responsibility konkret? Was hat das Land vor? Ist der Ansatz „gute Arbeit“ auch ökonomisch sinnvoll? Was bedeutet nachhaltige Arbeit im internationalen Wettbewerb einer globalisierten Welt? Und nicht zuletzt: Was bedeutet das für eine Nachhaltigkeitsstrategie in Nordrhein-Westfalen? Diese Fragen diskutierten Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales NRW, Kathrin Menges, Vorstandsmitglied von Henkel, Johannes Stein, Bundespräsident der Katholischen Arbeitnehmerbewegung, und Garrelt Duin, NRW-Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk. Man kam zu dem gemeinsamen Ergebnis, dass die erfolgreiche Umsetzung von Nachhaltigkeitsstrategien der Unternehmensleitung und gute Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmer sich gegenseitig verstärken können und sollen und dass ein Austausch über gute Praktiken zwischen den Unternehmen, insbesondere entlang der Lieferketten, essentiell sei.

Während der Plenumsdiskussion von 11:15 Uhr bis 12:30 Uhr kommentierten 18 Akteure aus Kommunen, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft das Strategiepapier der Landesregierung, darunter der Städtetag NRW, der Städte- und Gemeindebund NRW, Germanwatch, der VDI, der BUND und die GIZ. In Zwei-Minuten-Statements brachten die Vertreterinnen und Vertreter aus allen Bereichen der Gesellschaft vielfältige Ideen und Positionen zum Strategiepapier ein.

In einem ersten Stellungnahme-Block begrüßten neun Repräsentanten übereinstimmend, dass alle gesellschaftlichen Gruppen in die Diskussion um das Strategiepapier

einbezogen werden. Es gab aber Hinweise zur weiteren Organisation des Beteiligungsprozesses, den wünschenswerten Nachhaltigkeitsinstitutionen und Umsetzungsinstrumenten. Zum Teil wurden auch zusätzliche Handlungsfelder wie die Mobilität gefordert, zum Teil eine Konzentration auf weniger Themen. Nach Ansicht einiger Teilnehmer unterscheidet sich zudem die Qualität der Ausführungen zu den einzelnen Handlungsfeldern und Querschnittsthemen des Strategiepapiers stark voneinander. So sei dem Thema Klimaschutz angemessen Rechnung getragen – das Thema Energiewende sei hingegen zu kurz behandelt. Die Teilnehmenden regten an, die Zusammenhänge der einzelnen Handlungsfelder und Querschnittsthemen des Strategieentwurfs besonders im Blick zu behalten – nur ein ganzheitlicher Ansatz sei eine Strategie. Langfristig und direkt seien insbesondere Kinder und Jugendliche von der Realisierung der Nachhaltigkeitsstrategie betroffen.

Peter Knitsch, Staatssekretär im Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW, bedankte sich in einer ersten Reaktion auf die Stellungnahmen ausdrücklich bei allen Statementgebern. Eine intensive Partizipation sei bei der Erarbeitung einer Nachhaltigkeitsstrategie notwendig und die Vielzahl der eingegangenen Ergänzungen, Wünsche und Kritiken sei unverzichtbar für die weitere Ausarbeitung und Konkretisierung des Nachhaltigkeitsansatzes der Landesregierung. Schon im Vorfeld der Veranstaltung, aber auch in der Plenumsdiskussion habe er viele wertvolle Anregungen registriert. Staatssekretär Knitsch erwähnte vor allem das angesprochene Ungleichgewicht zwischen den einzelnen Handlungsfeldern und Querschnittsthemen. Im Strategieentwurf bedürfe es konkreterer Festlegungen, die auch überprüft werden können. Herr Knitsch betonte besonders, wie sehr ihn die Teilnahme von Jugendvertreterinnen und -vertretern und des Landesjugendrings an der Tagung erfreue. Es sei wichtig, Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Erarbeitung einer Landesstrategie zur Nachhaltigkeit eine deutlich vernehmbare Stimme zu geben. Schließlich sei es insbesondere die Zukunft der jungen Generation, die mit Hilfe der Nachhaltigkeitsstrategie gestaltet werden solle.

In einem zweiten Block kommentierten weitere neun Akteure den Strategieentwurf mit dem Schwerpunkt auf die einzelnen Handlungsfelder und Querschnittsthemen. Es wurden konkrete Handlungsempfehlungen zu den einzelnen Politikbereichen gegeben. Unter anderem wurden möglichst langfristige Infrastrukturmaßnahmen und Investitionen in intelligente Gebäude gefordert. Besonderen Applaus aus dem Plenum erhielt ein Beitrag, der den enormen Einfluss der Politik der Europäischen Union

8 Zusammenfassung

zum Thema hatte. Kritisch wurden dabei vor allem die Planungen für die Freihandelsabkommen TTIP und CETA betrachtet. Auch der mögliche Ausstieg aus der Kohleverstromung wurde thematisiert.

Viktor Haase, Abteilungsleiter nachhaltige Entwicklung im Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW, reagierte auf die zweite Runde der Statementgeber und bedankte sich für die inhaltliche Breite der Diskussion. Er hob insbesondere drei Anregungen für die weitere Diskussion innerhalb der Landesregierung hervor: Erstens sei Klarheit zu schaffen bezüglich der Definition des Begriffes Nachhaltigkeit. Zweitens sei eine Konkretisierung in den Zielen, Maßnahmen und Zeitplänen anzustreben und drittens eine Kohärenz zwischen den einzelnen Handlungsfeldern und Strategieansätzen innerhalb der Landesregierung herzustellen.

Nach den Beiträgen der 18 Stakeholder gab es auch aus dem Publikum heraus ergänzende Anmerkungen und Fragen: Unter anderem wurde das Thema Suffizienz in die Diskussion eingebracht. Auch der Aspekt der Genügsamkeit, also des Bemühens um einen möglichst geringen Ressourcen- und Energieverbrauch in allen Bereichen, fand Erwähnung. Der angedachte Investorenschutz im Rahmen der EU-Handelsabkommen wurde als eine Gefahr angesehen, die Rechtsstaatlichkeit und Nachhaltigkeit aushebeln könne.

Während der Plenumsdiskussion konnten sich über eine Twitterwall auch alle anderen Teilnehmenden und Externe live in die Diskussion einbringen. Die Landesregierung wird sich bei der Formulierung des für Mitte 2015 geplanten Entwurfs einer Nachhaltigkeitsstrategie auf dieses vielfältige Feedback auf, vor und im Nachgang der Tagung stützen.

Um neue Ideen und Aktivitäten rund um das Thema Nachhaltigkeit kennen zu lernen und die Gelegenheit zum Netzwerken zu nutzen, konnten die Teilnehmenden während der Mittagspause den „Markt der Möglichkeiten“ besuchen, auf dem unterschiedliche Akteure aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Wirtschaft ihre Aktivitäten vorstellten, darunter z. B. die Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW, der Klimadiskurs.NRW, die Verbraucherzentrale, das Eine-Welt-Netz und die neue Leitmarktagentur.

Am Nachmittag wurden in sechs parallelen Themenforen wichtige Handlungsfelder der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie vertieft: Es ging z. B. um Forschung und Innovation, nachhaltigen Konsum und Bildung für nachhaltige Entwicklung. Mitglieder aller im Landtag NRW vertretenen

Parteien diskutierten mit. Insbesondere die Einbindung der Vertreterinnen und Vertreter des Landesjugendrings, die als „Stimme der Jugend“ an den Themenforen beteiligt waren, wurde von den Teilnehmenden positiv hervorgehoben.

Unter Beteiligung der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Dr. Barbara Hendricks, diskutierte am späten Nachmittag ein weiteres hochkarätig besetztes Podium über die Relevanz der europäischen und internationalen Dimension bei der Erarbeitung der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie. Karl Falkenberg, Generaldirektor Umwelt der Europäischen Kommission, Dr. Peter Liese, für die EVP-Fraktion Koordinator im Umweltausschuss des Europäischen Parlaments, sowie Prof. Manfred Fischedick vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, waren sich mit dem gastgebenden Minister Johannes Rimmel einig: Das Land Nordrhein-Westfalen hat angesichts seiner traditionell energie- und ressourcenintensiven Wirtschaft eine große Verantwortung für die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele, insbesondere der Klima- und Energieziele, in Deutschland und Europa. Es gäbe aber durchaus Technologien und gesellschaftliche Lösungsansätze um einen wichtigen Nachhaltigkeitsbeitrag aus NRW heraus zu leisten. Dafür müssten jedoch auch die europäischen und nationalen Rahmenbedingungen stimmen, z. B. über eine schnelle Reform des EU-Emissionshandels oder ein Bundesprogramm zur energetischen Gebäudesanierung.

Im Anschluss an die Podiumsdiskussion gab Minister Johannes Rimmel einen abschließenden Ausblick auf den weiteren NRW-Nachhaltigkeitsprozess und zeigte sich beeindruckt von der starken Beteiligung an der Tagung: „Ich freue mich auch auf Ihre weiteren Anregungen und Diskussionsbeiträge, die eine wichtige Basis für die Erarbeitung eines ersten Strategieentwurfes bilden. Bis Herbst 2015 werden wir dann im Gemeinschaftswerk Nachhaltigkeit gut vorangekommen sein, der NRW-Klimaschutzplan und die Biodiversitätsstrategie NRW werden bis dahin von der Landesregierung verabschiedet sein“, betonte Minister Rimmel. Nur durch gemeinsame Anstrengungen aller Beteiligten könne ein nachhaltiges und zukunftsfähiges Nordrhein-Westfalen auch auf bundesdeutscher, europäischer und internationaler Ebene Signale in Sachen Nachhaltigkeit setzen können. Abschließend lud Minister Johannes Rimmel bereits zur 4. NRW-Nachhaltigkeitstagung ein, die am 28.10.2015 im Landtag in Düsseldorf stattfinden wird.

Start der Nachhaltigkeits- Strategiediskussion – Vorstellung des Strategiepapiers der Landesregierung

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Abgeordnete des Landtages,
sehr geehrte Regierungspräsidenten,
sehr geehrte, liebe Kollegen Duin und Schneider,
meine sehr verehrten internationalen Gäste,
sehr geehrte Frau Menges,
sehr geehrter Herr Stein,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich heiße Sie ganz herzlich willkommen zu unserer 3. Nachhaltigkeitstagung hier in Mülheim und freue mich, dass wir gemeinsam unsere Arbeit fortsetzen an einer NRW-Nachhaltigkeitsstrategie, die bis Ende 2015 verabschiedet werden soll. Wir wollen Lösungsoptionen erarbeiten, damit „Gut Leben, Arbeiten und Wirtschaften in 2030“ in Nordrhein-Westfalen, in unserem Land, möglich wird. Die Landesregierung hat dazu bisher ca. 20 Handlungsfelder und Querschnittsthemen als erste Schwerpunkte identifiziert.

Natürlich ist es richtig, sich am Anfang eines solchen Prozesses über die Begrifflichkeiten zu verständigen. Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld hat bereits die Schwierigkeiten einer Definition von Nachhaltigkeit angesprochen. An dieser Stelle möchte ich die englische Sprache heran ziehen. Der deutsche Begriff der Nachhaltigkeit ist etwas statisch. „Sustainable Development“ macht stärker deutlich, dass es auch um eine Entwicklung geht. Ich glaube, wir sollten zu Beginn gemeinsam festhalten, dass es um eine nachhaltige Entwicklung gehen wird, die durchaus dynamisch sein kann.

Zum Zweiten: Nachhaltigkeit darf in der Tat keine neue Romantik werden – und deshalb heißt Nachhaltigkeit auch, nicht zurück zu scheuen vor dem Offenlegen von Konflikten. Bei einer Entwicklung in eine nachhaltige Richtung gibt es selbstverständlich Interessenskonflikte, die aber – und das ist unsere Aufgabe – offengelegt werden müssen, um sie konstruktiv miteinander zu diskutieren.



Und zum Dritten muss der Nachhaltigkeitsbegriff so gestaltet sein, dass er die Perspektiven für morgen und übermorgen eröffnet – und deshalb hat der Nachhaltigkeitsbegriff unweigerlich auch etwas mit unseren ökonomischen Grundlagen zu tun. Ich erinnere daran, dass Hans Carl von Carlowitz vor 300 Jahren, sozusagen Erfinder der deutschen Nachhaltigkeit, das Kompendium über die Bewirtschaftung des Waldes nicht etwa verfasst hat, weil er der Ökologie und dem Wald besonders zugetan war. Vielmehr hatte er die Erkenntnis, dass das Holz für den Bergbau fehlte, und insofern der Bergbau als ökonomische Tätigkeit nicht mehr stattfinden konnte, wenn Holz nicht ausreichend zur Verfügung gestellt wurde. Also müssen wir uns fragen, inwiefern diese Thematik mit unseren ökonomischen Grundlagen in Verbindung steht, damit wir auch noch morgen und übermorgen gut wirtschaften können.

Gestatten Sie mir zu Beginn auch einen Blick auf ein Handlungsfeld, welches mir besonders am Herzen liegt und das – davon bin ich überzeugt – Nordrhein-Westfalen noch einmal ganz besonders im internationalen Kontext betrifft – nämlich den Klimaschutz. An dieser Stelle möchte ich zunächst auf die internationalen bzw. europäischen Entwicklungen verweisen. Der Europäische Rat hat am 23. Oktober den energie- und klimapolitischen Rahmen für 2030 abgesteckt und dabei die Formel 40 – 27 – 27 beschlossen.

Bei den Treibhausgasemissionen wurde ein verbindliches Minderungsziel auf EU-Ebene von 40 % bis 2030 festgelegt, bei den Erneuerbaren Energien wurde ein Anteil von 27 % definiert und bei der Energieeffizienz wurde ein Ziel von mindestens 27 % vereinbart. Natürlich gibt es triftige Gründe, die ich Ihnen ausführlich erläutern könnte, warum diese Ziele noch zu wenig ambitioniert sind. Ich bin davon überzeugt, dass wir mehr leisten können. Aber immerhin – und das ist das Positive – gibt es einen Beschluss des Europäischen Rates und insofern eine gemeinsame europäische Positionierung. Dies ist auf dem Weg nach Paris wichtig, um letztlich zu einer weltweiten Absprache zu kommen. Sie haben in

der Presse vernommen, dass sich auch die USA und China positioniert haben. 2015 kommen somit die großen Player zu dieser gemeinsamen Aufgabe zusammen und davon geht ein positives Signal aus. Dies muss, glaube ich, auch von Initiativen von unten untermauert, gefestigt und nachhaltig gesichert werden. Klimaschutz wächst von unten aus den Regionen, aus den Kommunen, von den Städten, von den Stadtwerken, von den kleinen und mittleren Unternehmen – ja letztlich von den Bürgerinnen und Bürgern. Diese Kräfte ergeben zusammen eine nachhaltige Entwicklung.

Des Weiteren hat der Weltklimarat am 2. November in einem sogenannten Synthesebericht zum schnellen Handeln im Kampf gegen den Klimawandel aufgefordert und zugleich Mut gemacht, dass die Erderwärmung mit weiteren Anstrengungen noch zu stoppen ist. Hierin verbirgt sich eine schlechte und eine gute Nachricht. Die drohende Botschaft lautet in den Worten Ban Ki-moons: „Wenn wir weitermachen wie bisher, werden uns die Möglichkeiten, den Temperaturanstieg zu begrenzen, in den nächsten Jahren entgleiten.“ In den Worten des stellvertretenden Chefs des Klimarates van Ypersele lautet die gute Nachricht: „Die Lösungen sind da, und sie sind nicht so teuer, wenn man international zusammenarbeitet“. Es ist also die internationale Matrix, in der der Klimaschutz *made in NRW* seinen Platz und seine Bedeutung findet und wo es unser aller Anstrengung bedarf, dies auch in den Fokus zu nehmen. Doch wenn Klimaschutz *made in NRW* ohne Zweifel ein zentrales Kapitel in dem Buch ist, das wir gemeinsam schreiben, nämlich der Nachhaltigkeitsstrategie *made in NRW*, dann muss das jenseits eines Tunnelblicks passieren. Wir müssen uns umschaun und Nachhaltigkeit als Querschnittsaufgabe begreifen. Um mit Kant zu sprechen ist es aus all diesen Gründen wichtig, die Nachhaltigkeit zum kategorischen Imperativ unserer Politik zu machen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle ein weiteres wichtiges Kapitel in diesem Buch nennen, das erst auf den zweiten Blick die Zugehörigkeit zum Thema Nachhaltigkeit enthüllt – den demografischen Wandel. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes werden immer älter – das ist eine gute Nachricht. Aber zugleich steigt der Pflegebedarf. Hierauf müssen wir eine nachhaltige Antwort finden und gleichzeitig im Auge behalten, dass wir auch die jungen Menschen brauchen, um die Zukunftsherausforderungen in Angriff zu nehmen. Wie kriegen wir also das eine mit dem anderen zusammen? Die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner wird zurückgehen, in einigen Regionen sogar dramatisch. Das bedeutet, dass in vielen Bereichen der Wirtschaft der Nachwuchs fehlt, wie erst heute Morgen die Schlagzeilen in regionalen und überregionalen Zeitungen vermeldet haben.

Der Kampf um die Auszubildenden hat längst begonnen – auch darauf müssen wir nachhaltige, aber dynamische Antworten finden. Die Demografie bringt zudem unsere Sozialversicherungs-, Pensions- und Steuersysteme in Unordnung und wir müssen sie auf den Prüfstand stellen, und hier steht die Bewährungsprobe auch unseres sozialen Zusammenhalts noch aus. Diese Herausforderungen müssen wir bestehen und meistern, und ich habe nur einige Facetten einer Demografiedebatte beschrieben, die für unsere Nachhaltigkeitsstrategie in Nordrhein-Westfalen von besonderer Bedeutung ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich könnte den Katalog der Themen öffentliche Finanzen, Bildung, biologische Vielfalt und vieles mehr auffächern, um zu zeigen, dass und wie der Nachhaltigkeitsfaden durch unser gesamtes Politikgewebe durchzuziehen ist. Aber ich will doch noch einmal auf das Kapitel Klimaschutz zurückkommen und auf die Rolle, die Nordrhein-Westfalen hier im internationalen Konzert der Energiewende einnimmt. Klar ist: Ohne einen wesentlichen Beitrag NRWs ist die Erreichung der energie- und klimapolitischen Ziele der EU, von denen ich eingangs sprach, nicht möglich. Unser Anspruch darf nicht lauten, mit dem Klimaschutz in Nordrhein-Westfalen die Welt zu retten – das ist nicht das Thema. Wenn wir es hier jedoch nicht schaffen, dann werden wir es national nicht schaffen, dann werden wir es auch europäisch nicht schaffen. Insofern stellt dies eine ganz besondere Herausforderung dar. Es ist klar, dass wir dies ohne einen technologischen Sprung, einen besonderen Impuls hinsichtlich der technischen Lösungen und ohne viele gemeinsame Investitionen in kurzer Zeit an diesem Standort nicht schaffen werden. Wenn uns dies gelingt, lösen wir an dieser Schwelle eine jahrtausendealte Tradition ab, in der der Mensch um das Feuer getanz hat, und durch eine neue Zeit, in der wir uns hin zu den Erneuerbaren Energien orientieren. Das ist das Faszinierende an den Aufgaben der nächsten ein, zwei Generationen, denen wir uns stellen müssen, das Schaffen einer neuen energetischen Basis für alle unsere Lebensbereiche. Und ich bin der festen Überzeugung, dass hier an Politik, Wirtschaft und Gesellschaft die Gretchenfrage gestellt wird: Wie hältst du es eigentlich mit der Energie? Wie hältst du es mit der Energie in NRW, im Industrieland Nr. 1 in Deutschland? Ja, wir sind das Industrieland Nr. 1 – und wir wollen es auch bleiben. Denn, das ist meine feste Überzeugung, die Lösungen der Zukunft werden industriebasiert sein und deshalb kommen die Lösungen aus Nordrhein-Westfalen. Wir müssen nur unsere Kräfte bündeln, die Richtung vorgeben und alle auf dem Weg mitnehmen. Dann können wir es in der Industriegesellschaft in Nordrhein-Westfalen schaffen, ohne Abschied vom Wohl-

stand zu nehmen. Denn wir brauchen Märkte, die Raum für Investitionen bieten, die wir in den nächsten 10 bis 15 Jahren tätigen müssen, um diesen technologiebasierten Weg zu gehen. Dies ist die Herausforderung, vor der wir stehen. Kein Formel-1-Rennen wird mit 40 Jahre alten Oldtimern zu gewinnen sein, sondern ein Formel-1-Rennen gewinnt man mit neuer Technologie. Investitionen sind notwendig, um die Herausforderungen der Zukunft zu schaffen. Wir brauchen das Kapital aus Wirtschaft und Industrie, ohne dies wird es nicht gehen, technologische Innovationen auf den Weg zu bringen. Wir brauchen eine leistungsfähige Wirtschaft. Deshalb warten viele Millionen Menschen darauf, dass dieser Weg beschritten wird, denn wenn der wirtschaftliche Motor läuft, hat dies auch an anderer Stelle einen positiven Effekt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Transformation ist jedoch mit einem „weiter so“ nicht zu leisten. Es bedarf auch der Veränderung der verschiedenen Ökonomien. Also nehmen wir Wege in den Blick, wo sich etwas von unten entwickelt. Eine andere Ökonomie, eine Ökonomie des Teilens. Eine Ökonomie, die auch auf Langlebigkeit setzt. Eine Ökonomie des Prosumierens, wo Produzenten auch konsumieren und umgekehrt Konsumenten gleichzeitig produzieren. Das ist das Neue einer Ökonomie, die auf Erneuerbare Energien setzt und dezentral funktioniert. Beides wächst zusammen – und damit auch die Möglichkeit, Wertschöpfung breiter zu generieren und Wertschöpfungsketten wieder regional zu verankern. Eine Ökonomie der Subsidiarität, also der Schließung von regionalen Kreisläufen, der Stabilität von Regionalität, und – was in der Tat auch beeindruckend ist – eine Ökonomie der Gemeinschaftsgüter. Wir erleben zurzeit eine Renaissance der Genossenschaften – leider noch etwas zu wenig in Nordrhein-Westfalen, aber die Dynamik ist erkennbar. Das heißt also: Zu einer nachhaltigen Strategie gehört auch nachhaltiges Wirtschaften sowie eine Suche nach einer nachhaltigen Ökonomie. Denn Umweltschutz ist nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch interessant: Mit Umweltwirtschaft, mit Umweltprodukten lässt sich auch Geld verdienen. Umweltwirtschaft schafft Arbeitsplätze. Umweltwirtschaft erschließt neue Märkte – national und international. Deshalb ist es mir eine besondere Freude, heute im Rahmen der Nachhaltigkeitstagung den ersten Aufruf des Leitmarktwettbewerbs „EnergieUmweltwirtschaft.NRW“ verkünden und eröffnen zu dürfen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gesucht werden innovative Produktideen in den Bereichen Klimaschutz, Ressourceneffizienz und Umwelttechnologien. Mit diesen drei Förderschwerpunkten setzt der Wettbewerb gezielt auf

die Stärken des Landes und spricht hochaktuelle Branchen an, die eine zentrale Rolle für die nachhaltige Entwicklung in Nordrhein-Westfalen spielen. Der Wettbewerb – immerhin mit einem Volumen von 40 Millionen Euro EU-Mittel aus dem europäischen Fonds für regionale Entwicklung – ist ein gutes Zeichen als nachhaltige Suche nach neuen Chancen für die Zukunft. Damit unterstützt die Landesregierung die nordrhein-westfälische Wirtschaft und Wissenschaft, insbesondere klima- und umweltschonende Innovationen und Lösungen zu entwickeln und diesen Sprung gemeinsam zu schaffen. Ich lade Sie herzlich ein, jeweils in Ihrem Umfeld insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen anzusprechen und auf diesen Wettbewerb hinzuweisen. Wir erhoffen uns als Landesregierung davon viele Impulse für gutes Leben, gutes Arbeiten und Wirtschaften in 2030 in Nordrhein-Westfalen. Wir brauchen die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wir brauchen die Unternehmen, die Verbraucherinnen und Verbraucher, wir brauchen die Zivilgesellschaft, die Bürgerinnen und Bürger, wenn es um diese Transformation hin zu einer nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweise in Nordrhein-Westfalen geht. Auf das Strategiepapier „Auf dem Weg zu einer Nachhaltigkeitsstrategie für NRW“ ist hingewiesen. Hier sind erste inhaltliche Orientierungspunkte genannt – wir sind uns aber bewusst, dass dies erst der erste von vielen notwendigen Schritten ist. Die Landesregierung hat im November letzten Jahres den Fahrplan festgelegt und Priorität hat nun das Zuhören. Alle Bürgerinnen und Bürger haben bis zum 30. November 2014 die Möglichkeit, das Strategiepapier zu kommentieren und der Landesregierung Hinweise für ihr weiteres Arbeiten zu geben. Zahlreiche sehr bedenkenswerte Stellungnahmen sind schon eingegangen, unter anderem von den kommunalen Spitzenverbänden bzw. dem Dialog „Chefsache Nachhaltigkeit“, dem Team Nachhaltigkeit beim Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie und der zivilgesellschaftlichen Initiative „Fachforum Nachhaltigkeit“. Ich danke allen für diese Beiträge und wünsche mir, dass noch mehr eingehen, um die ganze Vielfalt und den Reichtum Nordrhein-Westfalens auch hier abzubilden.

Auf der heutigen Tagung, insbesondere bei der Podiumsdiskussion zum Ende des Vormittags und den sechs Themenforen, werden die Verbesserungshinweise in verdichteter Form präsentiert und diskutiert. Zu den einzelnen Themenforen haben sich ebenfalls Beiträge von Landtagsfraktionen eingefunden, auch dafür herzlichen Dank. Hier gibt es ebenso weiteres Interesse, sich zu beteiligen. Über die Dokumentation der Tagung werden alle heutigen Hinweise zusammen mit den schriftlichen Stellungnahmen eine wichtige Grundlage für den Strategieentwurf bilden, den

12 Start der Nachhaltigkeits-Strategiediskussion – Vorstellung des Strategiepapiers der Landesregierung

die Landesregierung im nächsten Jahr erarbeiten und dann nochmals einer Konsultation unterziehen will.

Zum Abschluss der heutigen Tagung wollen wir versuchen, erste Schlussfolgerungen zu ziehen und Perspektiven zu beschreiben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vielen Dank für die Aufmerksamkeit. Ich freue mich nun zunächst auf die Eröffnungsdiskussion zum Thema Wirtschaft und Arbeit. Die Arbeitgeber- und die Arbeitnehmerseite ist dabei genauso hochrangig vertreten wie die Landesregierung.

Dass heute auch die Kollegen Garrelt Duin und Guntram Schneider mitwirken, zeigt, dass Nachhaltigkeit in jedem Ressort der Landesregierung tief verankert ist und dass dies unsere Gemeinschaftsaufgabe ist. Herzlichen Dank, dass Sie beide heute da sind und mitmachen.

Herzlichen Dank, verehrte Teilnehmende, dass Sie da sind, und tragen Sie die Botschaften von heute weiter, damit der Prozess breit im Land diskutiert wird.

Vielen Dank.





Podiumsdiskussion

„Corporate Social Responsibility als Teil der wirtschaftlichen Dimension – Gute und faire Arbeit als Teil der sozialen Dimension einer NRW-Nachhaltigkeitsstrategie“

Diskutanten:

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen,

Kathrin Menges, Mitglied im Vorstand von Henkel und Mitglied des Rates für Nachhaltige Entwicklung,

Johannes Stein, Bundespräsident der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung,

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes Nordrhein-Westfalen

Moderation: Dr. Tanja Busse

Dr. Tanja Busse: Herr Minister Duin, wie wird sich Corporate Social Responsibility, also Unternehmensverantwortung, in den kommenden Jahren weiter entwickeln?

Minister Garrelt Duin: Für alle Unternehmen hat CSR und Nachhaltigkeit einen besonderen Stellenwert.

Aktuell beobachten wir bei Corporate Social Responsibility allerdings eine Spaltung in der Unternehmerschaft, die wir im Auge behalten müssen. Große und schlagkräftige Unternehmen, die beispielsweise im DAX 30 gelistet sind, arbeiten und verfeinern ihre CSR-Strategien laufend und legen jährlich Nachhaltigkeitsberichte vor, während die mehr als 99,6 Prozent der inhabergeführten kleinen und mittelständischen Unternehmen das Thema noch eher mit Argwohn betrachten. Sie fürchten vor allem eine ständige Berichtspflicht im Raum. Die gute Nachricht lautet allerdings, dass der ehrbare Kaufmann traditioneller Prägung häufig bereits anständig, regional und ressourcenschonend in seinem wirtschaftlichen und sozialen Umfeld agiert, ohne dies mit der neuen Begrifflichkeit zu benennen. Wir haben hier keinen inhaltlichen Konflikt, sondern eher ein unterschiedliches Verständnis davon, was mit diesen Begriffen gemeint ist. Diese in vielen Unternehmen lange vorhandene Tradition kann ein Markenzeichen des Standortes NRW

werden. Als alternativer Name ist hier der Begriff „enkelfähig“ in die Diskussion gekommen, der auf Langfristigkeit und Ressourcenschonung mit Blick auf künftige Generationen im wirtschaftlichen Umfeld hinweist. Aktuell diskutieren wir daher die Gründung von CSR-Kompetenzcentern, die auch kleine und mittlere Unternehmen bei der Nachhaltigkeit auf diesem Feld unterstützen können.

Dr. Tanja Busse: Was bedeutet in diesem Zusammenhang gute und soziale Arbeit in Nordrhein-Westfalen im globalen Wettbewerb und an welcher Stelle kann die Landespolitik hier eingreifen, Herr Minister Schneider?

Minister Guntram Schneider: Ich möchte hier eine Lanze für die kleinen und mittleren Unternehmen brechen. Wir machen da ähnliche Beobachtungen wie der Ministerkollege im Bereich Corporate Social Responsibility. Die kleinen und mittleren Unternehmen im Land bieten gute Ausbildung und gute Entlohnung für ihre Beschäftigten und bewahren damit eine gute Tradition in NRW. Manchmal gehört Wertekonservatismus auch zum Fortschritt. Hier wird Corporate Social Responsibility häufig schon unbewusst und ohne es bei diesem Namen zu nennen einfach gelebt. Der Prozess muss nicht grundlegend neu implementiert werden, und Ökonomie ist in unserem europäischen Verständnis auch kein Widerspruch zur sozialen Komponente.

Wir beschäftigen uns in unserem Ministerium vor allem mit arbeitsrechtlichen Bestimmungen. Denken Sie an das Stichwort Befristung, beispielsweise gerade bei jungen Arbeitnehmern. Menschen müssen in einer globalisierten Welt sehr flexibel sein, häufig sind sie aber erst mit einem unbefristeten Arbeitsplatz in der Lage, ihr Leben wirklich zu planen. Es gibt aber auch die Kehrseite der Medaille: wir müssen uns mit befristeten Arbeitsplätzen mit minimaler sozialer Sicherheit beschäftigen. Wir müssen uns mit dem rasanten technologischen Wandel beschäftigen, der nur dank stetiger Weiterbildung von den Arbeitnehmern

zu bewältigen ist. Das ist auch die Voraussetzung für den Erhalt unserer Wettbewerbsfähigkeit. Dennoch bin ich zutiefst davon überzeugt, dass erst soziales Wirtschaften ökonomisch erfolgreich sein kann. Humanisierung der Arbeitsstruktur ist ein wichtiger Aspekt, damit auch die Individualisierung von Lebensarbeitszeiten möglich wird – warum muss jemand in Rente gehen, der noch gesund und gerne im Erwerbslebens stehen könnte? Wer aber länger im Erwerbsprozess stehen soll, muss sich auf eine Gesunderhaltung im Erwerbsprozess verlassen können. Erst dann werden wir das Renteneintrittsalter allgemein erhöhen können. All das ist das Gegenteil einer nachhaltigen und unbefristeten Beschäftigung. Gute und faire Arbeit ist aber die Basis für gute Lebensbedingungen der Bevölkerung – und damit auch für die Zukunft der Gesellschaft als Ganzes.

Dr. Tanja Busse: Das sind viele Anregungen, die ich an Frau Kathrin Menges weitergeben möchte – die Henkel AG sieht sich selbst als Vorreiter in Sachen Nachhaltigkeit, was auch von Kritikern nicht bestritten wird. Wir haben hier also ein Beispiel aus der Praxis, das über das reine Greenwashing hinausgeht. Wie sehen Sie die zukünftige Entwicklung von Corporate Social Responsibility?

Kathrin Menges: Ich möchte kurz anknüpfen an die in den Begrüßungsreden geforderte Definition von Corporate Social Responsibility. Wir haben in diesem Jahr bereits unseren 23. Nachhaltigkeitsbericht vorgelegt. Wir bei Henkel haben uns für eine Definition des Wortes Nachhaltigkeit entschieden, die sich an die im Jahr 2009 entwickelte Vision des World Business Council for Sustainable Development anlehnt – laut dieser sollten im Jahr 2050 neun Milliarden Menschen gut und im Einklang mit den begrenzten Ressourcen des Planeten auf der Welt leben können. Daraus haben wir abgeleitet, welchen Beitrag wir zum guten Leben mit den begrenzten Ressourcen leisten können. Wir wollen im Unternehmen ressourcenschonend wirtschaften – und das nicht nur im Hinblick auf Material- und Produktionskosten. Dabei sind alle Bereiche gefragt, vom nachhaltigen Einkauf bei unseren Partnern und Lieferanten über eine energiesparende Produktion bis hin zur Entwicklung von nachhaltigeren Produkten. Gleichzeitig wollen wir mehr Wert schaffen, für den Verbraucher, unsere Mitarbeiter, das Unternehmen und die Gesellschaft. Insofern gibt es für uns keinen grundsätzlichen Widerspruch zwischen Ertrag oder Wachstum auf der einen und Nachhaltigkeit auf der anderen Seite. Wir von Henkel sehen natürlich die großen Herausforderungen der Zukunft, wir sehen aber auch die vielfältigen Chancen für Innovationen und Ideen, mit weniger Ressourcen mehr Wert und eine bessere Lebensqualität zu schaffen.



Dr. Tanja Busse: Das klingt ein wenig nach dem Wuppertal Institut, das ebenfalls die Botschaft verkündet, dass Wachstum und Nachhaltigkeit vereinbar sind. Wir machen nochmals einen Sprung. Herr Stein, sie vertreten einerseits die Interessen von Arbeitnehmern und sind andererseits damit betraut, innerhalb der kirchlichen Institutionen den eigenen Anspruch sozialer Nachhaltigkeit umzusetzen. Sehen Sie die Thematik ähnlich?

Johannes Stein: Wir haben ein Vierjahresprogramm zur Aktion und Bildung in der katholischen Arbeitnehmerbewegung, das lautet: „Fair teilen statt sozial spalten - Nachhaltig leben und arbeiten“. Der soziale Aspekt des Themas Nachhaltigkeit ist schon früh in den kirchlichen Gruppen gesehen worden. Das Schlagwort lautete damals „anders leben, damit andere überleben.“ Uns als katholische Arbeitnehmerschaft ist es wichtig, die Dimensionen sozial und ökologisch zu beachten. Wir wollen so arbeiten, dass sich Menschen durch ihre Arbeit in die Gesellschaft einbringen können, zufrieden sind und nicht nur ihre Brötchen verdienen. Was die wirtschaftliche Dimension betrifft: Nach meinen persönlichen Erfahrungen, die ich seit den 80er Jahren als Vertreter der katholischen Arbeitnehmerschaft sammeln konnte, habe ich Zweifel, ob sich Wachstum und Ressourcenschonung vereinbaren lassen. Es wäre sicherlich wünschenswert, aber in den Diskussionen an der Basis höre ich immer wieder, dass Markt und Moral im Konflikt stehen – so erleben es zumindest unsere Mitglieder. Fraglich ist, ob eine Wachstums-gesellschaft auf Dauer sozial und nachhaltig sein kann.

Dr. Tanja Busse: An vielen Stellen ist offenbar Konfliktpotential gegeben zwischen dem, was wir uns wünschen, und dem was wir vorfinden. Konsum und Moral scheint noch ein Widerspruch, Klimaschutz ist ein wichtiges Thema, aber auch Nordrhein-Westfalen ist ein Groß-Emittent von Treibhausgasen. Wir haben den Klimawandel, wir haben ein Ressourcenproblem – wie überbrücken wir diesen Widerspruch zwischen Wunsch und Wirklichkeit?

Minister Garrelt Duin: Beim Klimaschutz kann das nur heißen, dass wir nicht Dreckschleudern nach Bedarf an- und abschalten wollen. Unsere Lösung heißt also keineswegs Abschalten. Für uns in NRW kann das für den Klimaschutz nur bedeuten, dass Innovationen die Produktionsverfahren ändern müssen, um die Produkte besser zu machen. Gefragt sind intelligente Lösungen. Wir sehen dies beispielsweise in der Chemie. Dort ist die Produktivität stark gestiegen, aber die Emissionen sind trotzdem stark gesenkt worden. Das ist unser Weg. In der Chemie hat die Kreislaufwirtschaft bereits eine lange Tradition. Sie nutzt Rohstoffe so, dass keine Abfälle entstehen und

Emissionen vermieden werden. Das Stichwort lautet hier Cradle-to-cradle – wenn wir das erreichen, könnten wir eine Vorreiter-Rolle spielen.

Dr. Tanja Busse: Cradle-to-cradle ist an dieser Stelle sicherlich wichtig. Es definiert eine Form zyklischer Ressourcennutzung, so dass die Abfälle des einen Zyklusteilnehmers von einem anderen genutzt werden können – aber sind das nicht nur Einzelfälle, sozusagen Best-Practice?

Minister Garrelt Duin: Modelle sind doch besonders wichtig. Um mit Professor Michael Braungart zu sprechen: Wir suchen dafür eine Modellregion in Nordrhein-Westfalen, zum Beispiel Ostwestfalen-Lippe. Da könnte man solche Dinge konkret mit ein oder zwei Best-Practice-Beispielen realisieren. Damit könnten wir unsere Zukunftsfähigkeit gestalten. Auch Unternehmenslenker sehen Cradle-to-cradle als Wettbewerbsvorteil für die nächsten zwanzig oder dreißig Jahre. Ökonomisches Denken eignet sich diese Überlegungen zwischenzeitlich an.

Dr. Tanja Busse: Dann gebe ich die Anregung an die Vertreterin der Wirtschaft weiter: Wie sieht es aus mit einzelnen Best-Practice-Beispielen?

Kathrin Menges: Best-Practice-Modelle sind wichtige Beispiele in Sachen Nachhaltigkeit – denn sie beweisen, dass etwas funktioniert. Jedes Unternehmen beobachtet diese Fälle, um zu prüfen, ob nicht etwa ein Wettbewerbsvorteil verloren geht, weil beispielsweise ein Konkurrent etwas nachhaltiger kann. Wir bei Henkel haben unsere Energieeffizienz durch Innovationen und bessere Verfahren innerhalb von zehn Jahren um 44 Prozent im gesamten Unternehmen gesteigert, weil wir auf jeder Ebene – sei es Rohstoffverarbeitung, Logistikkette, Endprodukt – immer wieder nach Einsparpotentialen gesucht haben. Wenn wir neue und nachhaltigere Produkte entwickeln, die zum Beispiel effektiver sind, hat das natürlich auch häufig zur Folge, dass Preise steigen. Letztlich entscheidet dann der Kunde an der Ladentheke, ob er bereit ist, den Preis für diesen Mehrwert zu bezahlen.

Dr. Tanja Busse: Da müsste man vielleicht nachhaken – honorieren Verbraucher die Bemühungen der Best-Practice-Unternehmen in diesen Fragen und können sie beispielsweise auch mit einem höheren Produktpreis leben? Schätzen Käufer möglicherweise teurere Innovationen?

Johannes Stein: Es gibt ja eine ganze Reihe von Produkten, die in der Zwischenzeit durch verschiedene Label zeigen, dass sie nachhaltig erwirtschaftet wurden. Aber gerade

da sehe ich ein großes Problem, denn viele Verbraucher schauen insbesondere auf den Preis, müssen es je nach sozialer Schicht auch schlicht und ergreifend. Gerade die höheren Preise nachhaltiger Produkte schließen doch die benachteiligten Gesellschaftsgruppen von einem nachhaltigen Konsum aus. Und damit sind wir wieder bei dem Konflikt zwischen Markt und Moral.

Dr. Tanja Busse: ... und bei den prekären Arbeitsverhältnissen, beispielsweise in der Fleischindustrie.

Minister Guntram Schneider: Zunächst eine Anmerkung: Nachhaltiger Konsum ist nicht nur eine Frage des Geldbeutels. Es gibt Untersuchungen, die belegen, dass 80 Prozent aller Angestellten in Leitungsfunktionen bei Discountern kaufen. Das Phänomen des billigen Einkaufens ist nicht beschränkt auf die, die wenig haben. Und der Markt richtet sich eben nach Angebot und Nachfrage, und nicht nach Moral. Wir brauchen also politische Eingriffe. Um aber das Problem der prekären Arbeitsverhältnisse nochmals anzusprechen: Wenn wir Unternehmen haben, in denen 70 Prozent der Beschäftigten mit einem Werkvertrag beschäftigt sind, dann ist das illegale Leiharbeit. Dagegen müssen wir als Gesetzgeber vorgehen. Wir müssen auch wieder deutlich machen, dass gute Arbeit das Kernelement guten Wirtschaftens ist. Das Soziale und das Ökonomische sind so gar nicht zu trennen.

Dr. Tanja Busse: Lassen sie mich zum Abschluss zusammenfassen, worüber auf dem Podium Einigkeit herrscht: Innovation ist eine Triebfeder und ein Motor – auch für die nachhaltige Entwicklung in Unternehmen. Und sie dient als Vorreiter und gutes Beispiel, das Nachahmer findet. Darf ich

die Teilnehmenden um ihr Fazit aus unserer Diskussionsrunde bitten – Welche zwei Sätzen würden Sie in die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes schreiben?

Kathrin Menges: Bei allen Aspekten der Nachhaltigkeit muss man viele Menschen mitnehmen – man sollte hier kurze und knackige Aussagen machen, die sich die Menschen merken können. Gleichzeitig sollte man in der Definition verbindlich bleiben, um Glaubwürdigkeit zu signalisieren. Man muss sich realistische und ambitionierte Ziele setzen und diese ernsthaft erreichen wollen.

Johannes Stein: Ich wünsche mir erstens eine klare Definition, was gute Arbeit ist und zweitens einen Forschungsauftrag, wie eine Postwachstumsgesellschaft aussieht und wie sie entwickelt wird.

Minister Garrelt Duin: Wir brauchen in der Tat eine Wachstumsdebatte – nicht nur quantitativ, auch qualitativ. Wir sollten in dieser Strategie zum Ausdruck bringen, dass es uns nicht um eine De-Industrialisierung in Nordrhein-Westfalen, sondern um eine Modernisierung des Industriestandortes NRW geht.

Minister Guntram Schneider: In einer lebenswerten Gesellschaft brauchen wir gute und faire Arbeitsplätze, damit die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihren Teil zum Erfolg eines nachhaltigen Nordrhein-Westfalens beitragen können. Nur über eine verbindlich glaubwürdige Definition dessen, was wir unter Nachhaltigkeit verstehen, können wir einen Großteil der Menschen auch mitnehmen.





Das Strategiepapier zur Nachhaltigkeitsstrategie in der Diskussion

Kurze Statements aus Zivilgesellschaft, Kommunen, Wirtschaft und Wissenschaft und Diskussion mit Staatssekretär Peter Knitsch, MKULNV NRW

Während der Plenumsdiskussion von 11:15 Uhr bis 12:30 Uhr kommentierten achtzehn Akteure aus Kommunen, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft das Strategiepapier der Landesregierung und gaben Hinweise für die zu erarbeitende Nachhaltigkeitsstrategie. In Zwei-Minuten-Statements brachten die Vertreterinnen und Vertreter aus allen Bereichen der Gesellschaft vielfältige Ideen und Positionen zum Strategiepapier und zum weiteren Nachhaltigkeitsprozess ein. In einem ersten Block standen Struktur und Verfahren im Vordergrund, während der zweite Block die Handlungsfelder und Querschnittsthemen des Strategiepapiers zum Schwerpunkt hatte.

BLOCK ALLGEMEINES (STRUKTUREN UND VERFAHREN)

Rudolf Graaff, Städte- und Gemeindebund NRW

Den Ansatz der Landesregierung, bei der Erarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie die Akteure aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Kommunen zu beteiligen, begrüßen wir. Allerdings unterscheiden sich die Ausführungen im Strategiepapier zu den einzelnen Handlungsfeldern und Querschnittsthemen in ihrem Umfang und Abstraktionsgrad stark voneinander (Klimaschutz: umfassend; Energiewende: 1/2 Seite).

Teilweise beschränkt sich das Strategiepapier auch auf die Aufzählung von Zielen, ohne Maßnahmen zur Umsetzung zu nennen. Teilweise wird eine Vielzahl von Maßnahmen zur Realisierung eines Ziels benannt, ohne diese aufeinander abzustimmen. Insgesamt entsteht der Eindruck, dass es sich bei dem Papier lediglich um eine Zusammenfassung von bestehenden Initiativen und Vorhaben der einzelnen Ressorts handelt, die zusammenhanglos nebeneinander stehen.

Ziel muss es aber sein, einen ressortübergreifenden und integrierenden Prozess in Gang zu setzen, der gegenläufige Ansätze und Ziele der einzelnen Ressorts auflöst und zu einer kohärenten, einvernehmlichen Gesamtstrategie führt:

- Nachhaltig ist nur ein ganzheitlicher Ansatz!
- Und nur ein ganzheitlicher Ansatz ist eine Strategie!
- Daraus folgt: Dem Strategiepapier fehlt noch die Strategie!

Angesichts der großen Zahl vorgeschlagener Handlungsfelder und Querschnittsthemen halten wir es außerdem für wichtig, Prioritäten zu setzen. Insbesondere mit Blick auf die schlechte Finanzlage des Landes, das auch die Umsetzung der Maßnahmen der nicht weniger finanzschwachen Kommunen unterstützen muss, ist eine Schwerpunktsetzung und eine zeitliche Stufung erforderlich.

Detlef Raphael, Städtetag NRW

Die Erarbeitung einer Nachhaltigkeitsstrategie ist ein

richtiger Weg. Beim Handlungsfeld „Klimaschutz“ sollte der Zusammenhang zwischen Klimawandel und zunehmenden Extremwetterereignissen deutlicher angesprochen werden. Es sollten Ziele oder sogar Vorhaben zur Vorsorge vor Extremwetterereignissen benannt werden. Die Kommunen brauchen eine stärkere Unterstützung durch Bund und Länder zur Realisierung von lokalen bzw. regionalen Klimaanpassungsstrategien.

Darüber hinaus muss zwingend eine Abstimmung der Vorhaben aus dem Klimaschutzplan mit den auf der Bundesebene derzeit diskutierten Aktionsplänen zum Klimaschutz und zur Energieeffizienz sowie zur Neugestaltung des Strommarktdesigns erfolgen. Dies betrifft beispielsweise die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit im Strommarkt, den Ausbau der effizienten KWK-Technologie, die Steigerung der Wärmeeffizienz im Gebäudebereich durch verbesserte Förderprogramme und Anreizsysteme sowie die Steigerung der Energieeffizienz bei den Wirtschaftsunternehmen.

Aus kommunaler Sicht sollten gerade auch Ressourceneffizienzstrategien, wie sie auch auf Bundesebene derzeit diskutiert werden, stärker in der Nachhaltigkeitsstrategie berücksichtigt werden. Dazu gehört auch ein Konzept zur nachhaltigen Beschaffung auf Landesebene, wie dies seit Jahren bei den Kommunen praktiziert wird. Unabdingbar für die Kommunen ist eine nachhaltige Finanzpolitik des Landes für die Kommunen, welche die Kommunen in die Lage versetzt, ihre Aufgaben angemessen wahrnehmen und ihre Politik möglichst nachhaltig ausrichten zu können.

Sarah Primus, Landesjugendring NRW

Insbesondere Kinder und Jugendliche in unserem Land sind von Gesetzen, Erlassen und Richtlinien der Politik direkt betroffen. Dies gilt für die heutige und die zukünftige Generationen junger Menschen. Deshalb muss die Perspektive junger Menschen in einer Nachhaltigkeitsstrategie für NRW als Querschnittsthema verankert sein. Um die Perspektive zukünftiger Generationen konsequent zu implementieren, fordern wir einen „Jugendcheck“ für NRW. Demnach müssen alle Gesetzesvorschläge schon bei Einbringung auf die Folgen für gegenwärtig junge Menschen und für zukünftige Generationen überprüft werden.

Die Jugendverbände in NRW fordern ein Umdenken in Politik und Verwaltung. Kritisches, nachhaltiges Handeln und Konsumieren beginnt im eigenen Umfeld. Auch die öffentliche Hand ist ein relevanter Beschaffer am Markt und kann selbst Vorbild für ökofairen Einkauf sein.



Die Idee eines global verantwortlichen, nachhaltigen Konsums auch an folgende Generationen zu vermitteln, braucht dauerhafte personelle und finanzielle Ressourcen.

Eine Nachhaltigkeitsstrategie für NRW kann nur konsequent entwickelt und umgesetzt werden, wenn alle Entscheidungen in allen Handlungsfeldern langfristig und strukturell gedacht werden. Ökologische, ökonomische und soziale Folgen müssen auch für folgende Generationen berücksichtigt werden. Die Perspektive von Kindern und Jugendlichen ist dabei unerlässlich.

Oscar Reutter, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH

Das Wuppertal Institut erarbeitet aus unabhängiger wissenschaftlicher Sicht konzeptionelle Analysen und Überlegungen zur Ausgestaltung einer Nachhaltigkeitsstrategie NRW. Ein Beirat aus nachhaltigkeitsrelevanten Praxisakteuren („TEAM Nachhaltigkeit“) berät das Wuppertal Institut projektbegleitend. Dieser Beirat hat das Strategiepapier der Landesregierung diskutiert und in einem ersten Schritt zunächst „strukturelle und prozedurale Verbesserungshinweise“ formuliert.

Zum Beispiel:

1. Das Nachhaltigkeitsverständnis klarer formulieren! Dabei:
 - das Konzept der „starken Nachhaltigkeit“ (SRU) verfolgen und
 - sich am Konzept der „planetary boundaries“ orientieren.
2. Eine Nachhaltigkeitsvision für NRW entwickeln!
 - Als Ausgangspunkt für die Nachhaltigkeitstrategie NRW.
 - Dazu: den Punkt „V. Fazit“ im Strategiepapier ausbauen und spezifizieren für NRW.

3. Die Nachhaltigkeitsziele konkreter definieren!
 - Operational und messbar, mit Zeitbezug, realisierbar und politisch akzeptiert.
 - Wie zum Beispiel im Strategiepapier im Punkt III.1 - unter Bezug auf das Klimaschutzgesetz NRW - die Ziele zur Reduktion der Treibhausgasemissionen in NRW – nämlich mindestens:
 - 25% bis 2020 ggü. 1990
 - 80% bis 2050 ggü. 1990
 - Dabei gilt es, die Wechselwirkungen zwischen den Handlungsfeldern und Quertemen sichtbar zu machen: sowohl Synergien als auch Widersprüche bzw. Konflikte.

Das „TEAM Nachhaltigkeit“ will gerne den Dialog mit der Landesregierung führen (z. B. mit der IMAG Nachhaltigkeit), um die Entwicklung der Nachhaltigkeitstrategie NRW zu unterstützen.

Klaus Reuter, Fachforum Nachhaltigkeit

“Sustainability is no longer a choice of luxury; it`s an undeniable necessity”

Das Fachforum Nachhaltigkeit hat eine eigene Stellungnahme erarbeitet, die sowohl inhaltliche als auch prozessuale Vorschläge für die Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie NRW beinhaltet. Vier Punkte, die wir der Landesregierung bei der Weiterentwicklung der NHS NRW empfehlen, sollen besonders hervorgehoben werden:

1. Die Nachhaltigkeitsstrategie NRW sollte auf der Grundlage einer gemeinsamen Vision und strategischer Ziele erarbeitet werden, die sich an der Definition einer starken Nachhaltigkeit ausrichten. Eine starke Nachhaltigkeit erkennt an, dass das Naturkapital, von dessen Nutzung alles Wirtschaften abhängt, langfristig erhalten bleibt (Planetare Grenzen).
2. Die NHS NRW muss darüber hinaus als übergeordnete Leitlinie des politischen Handelns verstanden werden, die für alle Politikfelder einen Handlungsrahmen definiert und somit eine kohärente Entwicklung der Prozesse und die Auflösung möglicher Widersprüche sicherstellt.
3. Bei der weiteren Erarbeitung der NHS NRW muss beachtet werden, dass sie hinsichtlich einer vertikalen Integration anschlussfähig zu übergeordneten Strategien des Bundes oder der UN-Ebene und gleichzeitig den kommunalen Nachhaltigkeitsstrategien ist. Nur so ist eine stringente Transformation über alle föderalen Ebenen zu gewährleisten.
4. Gilt es sicherzustellen, dass das Land NRW über die Nachhaltigkeitsstrategie einen neuen Pfad beschrei-

tet, der hinsichtlich der Implementationsmechanismen, des Kapazitätsaufbaus und der Finanzierung verbindlich aufzeigt, dass eine nachhaltige Entwicklung keine freiwillige Leistung für gute Zeiten ist, sondern gerade die Pflichtbereiche den Kriterien einer Nachhaltigen Entwicklung standhalten müssen.

Hierfür wird sich das Fachforum Nachhaltigkeit weiterhin einsetzen und bietet der Landesregierung eine Zusammenarbeit bei der fachlichen und prozessualen Entwicklung der NHS NRW an.

Marie Halbach, Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW (LAG 21) e.V.

Im Rahmen des Netzwerks Nachhaltigkeit vertritt die LAG 21 NRW über 100 Kommunen, zivilgesellschaftliche Verbände und Organisationen in NRW. Deshalb wissen wir, dass den Städten, Gemeinden und Kreisen bei der Umsetzung der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie eine besondere Rolle zukommt.

Zahlreiche Kommunen haben bereits auf vielfältige und innovative Weise eine nachhaltige Entwicklung auf den Weg gebracht. Dieses Engagement bietet erste Ansätze für eine erfolgreiche Umsetzung der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie. Die Landesnachhaltigkeitsstrategie muss dazu beitragen, dass eine Nachhaltige Entwicklung nicht mehr als freiwillige und zusätzliche Aktivität, sondern als Kernaufgabe kommunalen Handelns langfristig verankert wird.

Wie das gehen kann, ist lange über wissenschaftliche Studien und den Praxiserfahrungen bekannt: Lokale Nachhaltigkeitsprozesse sind dann erfolgreich,

- wenn Nachhaltigkeit als Querschnittsaufgabe in allen Politikfeldern verankert ist und themen- und ressortübergreifend gearbeitet wird,
- der Prozess eine qualifizierte und offene Bürgerinnenbeteiligung zulässt
- wenn genügend Sach- und Personalressourcen vorhanden sind, und ein Austausch mit anderen Kommunen über erfolgreiche Beispiele zur Implementierung einer Nachhaltigen Entwicklung erfolgt.

Wie bereits im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien angekündigt, muss die Landesregierung deshalb im Rahmen der Entwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie NRW aufzeigen, auf welche Weise sie diese lokalen Nachhaltigkeitsprozesse konkret zu stärken und fördern gedenkt. Hier bieten wir Ihnen unsere direkte Zusammenarbeit an.

Henrik Riedel, Bertelsmann Stiftung

Dass sich die Landesregierung NRW im Jahr 2012 auf den Weg gemacht hat, eine eigene Nachhaltigkeitsstrategie zu entwickeln, ist sehr zu begrüßen. Für den weiteren Weg wird vorgeschlagen, noch stärker an einer Nachhaltigkeitsvision zu arbeiten, die knappen Ressourcen auf die wichtigsten Themen zu konzentrieren und weitere Strukturen für die Umsetzung der Strategie zu schaffen.

Zur Entwicklung einer Nachhaltigkeitsvision könnte sich NRW z. B. orientieren am Freistaat Thüringen, der in seiner Strategie mehrere Leitlinien genannt hat, u. a. die Stärkung der Demokratie und die Partizipation der Menschen an Entscheidungen von landesweiter Bedeutung, oder am Bund, der seine Strategie an den vier Leitlinien Generationengerechtigkeit, Lebensqualität, sozialer Zusammenhalt und internationale Verantwortung ausgerichtet hat.

Um knappe Ressourcen zu bündeln, wäre es von Vorteil, wenn die Landesregierung die 13 Handlungsfelder und 7 Querschnittsthemen weiter reduzieren würde. Die Nachhaltigkeitsstrategien von Baden-Württemberg und Thüringen konzentrieren sich z. B. auf drei bzw. fünf Schwerpunktthemen.

Was die Strukturen anbelangt, so sind auf operativer Ebene – mit der IMAG, dem TEAM Nachhaltigkeit und dem Fachforum Nachhaltigkeit – bereits wichtige Institutionen geschaffen worden. Auf strategischer Ebene könnte darüber hinaus über einen Staatssekretärsausschuss (wie in Thüringen oder im Bund) sowie einen Nachhaltigkeitsbeirat (wie in Baden-Württemberg, Hessen, Thüringen oder auch im Bund) nachgedacht werden.

Das Wichtigste scheint aber zu sein, dass noch einmal überlegt wird, wie die Bürgerinnen und Bürger in die weitere Entwicklung der Strategie einbezogen werden können. Denn nur, wenn die Bürgerinnen und Bürger an der Strategie mitwirken können, werden sie auch bereit sein, die Umsetzung tatkräftig zu unterstützen.

Eberhard Neugebohrn, Stiftung Umwelt und Entwicklung (SUE) NRW

Das Holozän - die stabile zwischeneiszeitliche Warmzeit - ist zu Ende. Mit dem Übergang in das industrielle Zeitalter befinden wir uns im Anthropozän, dem Erdzeitalter, in dem der Mensch der bestimmende Faktor für die Gestalt des Planeten geworden ist: Klimawandel, Verlust an Biodiversität, Bodenerosion, Übersäuerung der Ozeane, Desertifikation, Anstieg der Meeresoberfläche, Wetterextreme u. A. m. Damit ändern sich auch die Entwicklungsbedingungen der

Menschen, allerdings mit großen Unterschieden in verschiedenen Teilen der Welt. Die Auswirkungen des Klimawandels sind in denjenigen Ländern besonders groß, die am wenigsten dazu beigetragen haben. Die dort lebenden Gesellschaften sind zugleich besonders verletzlich und haben eine besonders geringe Kapazität zur Bewältigung der Folgen. Die Bedingungen menschlicher Entwicklung sind außerordentlich verschieden, und die dramatischen Veränderungen lassen diese Unterschiede noch wachsen. Aber auch unsere reichen Gesellschaften werden sich längerfristig nicht vor den Folgen dieser Entwicklungen schützen können.

Es ist deshalb nicht nur aus der Perspektive des Umwelt- und Naturschutzes in Deutschland dringlich, den Klimawandel zu begrenzen, sondern es ist genau so dringlich, das bestehende Zeitfenster zu nutzen für die Entwicklung der armen Teile der Welt in einem nachhaltigen Sinne. Dies ist das Anliegen der Sustainable Development Goals, über die auf UN-Ebene derzeit verhandelt wird und die u. a. die MDG ablösen werden.

Spontan bat anschließend auch der 91-jährige Mülheimer Bürger Wilhelm Knabe, ein Forstwissenschaftler und Mitbegründer der Partei „Die Grünen“, eine Anregung geben zu dürfen.

Wilhelm Knabe

Meine Damen und ach was, ich grüße Euch alle. Wir gehören nämlich alle zusammen, ohne dass wir uns dessen bewusst sind. Wir gehören zur Besatzung des „Raumschiffes Erde“, das durch das lebensfeindliche Universum rast. Jeder Weltraumfahrer wird jahrelang trainiert, um eine optimale Zusammenarbeit der Crew sicherzustellen. Doch wir hier im Saal mussten uns die nötigen Kenntnisse für notwendige Teamarbeit selber erarbeiten oder vielleicht ein Seminar des Ministeriums für Umwelt besuchen. Auf alle Fälle müssen wir lernen, wie wir das Überleben im „Raumschiff Erde“ bei knappen Ressourcen sicherstellen können.

Wir haben heute die Chance älter zu werden als frühere Generationen. Doch erst, wenn wir alle trotz des Älterwerdens offen und beweglich bleiben, können wir dieser Herausforderung gerecht werden.

Nicht vergessen sollten wir dabei, auch mit dem eigenen Körper nachhaltig umzugehen. Ich mache das. Natürlich kann man mich fragen, warum fährt einer mit 91 Jahren noch zu einer Nachhaltigkeitstagung?

Die Antwort ist einfach. Meine Neugier ist ungebremst. Konkret möchte ich erfahren, wie wir die Probleme der Zukunft lösen können. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir es gemeinsam schaffen werden. Etwas anderes bleibt uns gar nicht übrig.

Wir leben auf dem „Raumschiff Erde“ - aussteigen unmöglich!

Erste Reaktion zum Block Allgemeines (Strukturen und Verfahren)

Peter Knitsch, Staatssekretär im Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW, bedankte sich in einer ersten Reaktion auf die Stellungnahmen ausdrücklich bei allen Statementgebern. Eine intensive Partizipation sei bei der Erarbeitung einer Nachhaltigkeitsstrategie notwendig und die Vielzahl der eingegangenen Ergänzungen, Wünsche und Kritiken sei unverzichtbar für die weitere Ausarbeitung und Konkretisierung des Nachhaltigkeitsansatzes der Landesregierung. Schon im Vorfeld der Veranstaltung, aber auch in der Plenumsdiskussion habe er viele wertvolle Anregungen registriert. Staatssekretär Knitsch erwähnte vor allem das angesprochene Ungleichgewicht zwischen den einzelnen Handlungsfeldern und Querschnittsthemen. Im Strategieentwurf bedürfe es konkreterer Festlegungen, die auch überprüft werden können. Herr Knitsch betonte besonders, wie sehr ihn die Teilnahme von Jugendvertreterinnen und -vertretern und des Landesjugendrings an der Tagung erfreue. Es sei wichtig, Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Erarbeitung einer Landesstrategie zur Nachhaltigkeit eine deutlich vernehmbare Stimme zu geben. Schließlich sei es insbesondere die Zukunft der jungen Generation, die mit Hilfe der Nachhaltigkeitsstrategie gestaltet werden solle.

BLOCK HANDLUNGSFELDER UND QUERSCHNITTSTHEMEN

Klaus Meyer, VDI Landesverband NRW

Nachhaltigkeit und Energiewende erfordern langfristige Infrastrukturmaßnahmen. Wir Ingenieurinnen und Ingenieure arbeiten daran. Wir erfahren aber vor Ort, dass Windkraftanlagen, Stromtrassen oder Speicherkraftwerke vielfach als eine zusätzliche Belastung empfunden werden. Die Asymmetrie des Wissens über die Projekte und die formalisierte Auseinandersetzung nach aktuellem Muster polarisiert die unterschiedlichen Interessengruppen. Bereits nach wenigen Schritten der Auseinandersetzung befindet sich jede Seite in einer Situation, in der die Prüfung von Alternativen wie „Geländeverluste“ bewertet wird. Ziel muss also sein, zentrale Themen, Anliegen und Konflikte bereits im

Vorfeld der gesetzlichen Genehmigungsverfahren lösungsorientiert zu bearbeiten. Die gelungenen Beispiele machen uns Mut, uns als größter Ingenieurverein Europas – allein von persönlichen Mitgliedern getragen – in die Visionen einer nachhaltigen Industriegesellschaft einzumischen. Dafür ist einerseits eine neue Dialogqualität notwendig, andererseits muss auch ein solcher Lösungsansatz einem für alle Beteiligten nachvollziehbaren Prozess folgen, ohne die Lösungskreativität einzuschränken. Unsere neue Richtlinie VDI 7000 stützt sich auf die Analyse erfolgreich durchgeführter Großprojekte. Sie gibt Empfehlungen zum Aufbau geeigneter Strukturen in den Organisationen sowie zur Ausgestaltung von Dialogprozessen, in denen tragfähige Antragsvarianten in Kooperation mit Bürgern und zivilgesellschaftlichen Gruppen entwickelt werden.

Stefan Rostock, Germanwatch e.V.

1. Das 25% Reduktionsziel für den NRW-Klimaschutz bis 2020 liegt deutlich unter dem bundesdeutschen Ziel von 40% Treibhausgasreduktion bis 2020. Die Landesregierung muss zeigen, wie mit einem so schwachen NRW-Beitrag das deutsche Ziel erreicht werden kann. Um das deutsche Einsparziel bis 2020 zu erreichen, brauchen wir Sofortmaßnahmen beim Abbau der Überkapazitäten der Kohleverstromung. Dies ist der Einstieg in einen gestuften Ausstiegsplan aus der Kohleverstromung, der als Kohlekonkurrenz öffentlich debattiert werden muss. Es fehlt ein Konzept, sowohl wie NRW in den 40 Jahren von 1990 bis 2030 die versprochenen leichten ersten 40% reduzieren will und wie NRW dann in den verbleibenden 15 Jahren die restlichen 55% bis zum Ziel -95% bis 2050 schaffen will. Dies bedeutet Vertrauensverlust hier und in den internationalen Klimaverhandlungen.

2. NRW muss sich stärker auf der politischen Bühne für Klimaschutz engagieren, zum einen ist dies die Reform des europäischen Emissionshandels, zum anderen ist dies ein ambitioniertes Klimaabkommen 2015 in Paris.



3. Das Papier bewertet die Chancen der Transformation, d.h. des zukunftsfähigen Umbaus der Energieversorgung, der Mobilität und der Landwirtschaft nicht ausreichend. Die Energiewende soll Anlass sein NRW als Industriestandort konstruktiv weiter zu entwickeln. Die Nachhaltigkeitsstrategie setzt sich zu wenig dafür ein, mit den Unternehmen aus den Transformationsherausforderungen Geschäftsmodelle zu entwickeln und zukunftsfähige Marktchancen zu identifizieren.

4. Transformation für eine Europäische Vision: NRW im Herzen Europas mit Aktivitäten, die weit über NRW hinausreichen, sollte mit seiner Nachhaltigkeitsstrategie die negativen sozialen und ökologischen Auswirkungen seines Wirtschaftens und des absterbenden fossilen Wirtschaftsmodells außerhalb von NRW stärker im Blick haben, so mit zukunftsfähigen Investitionen Jugendarbeitslosigkeit u. a. am Rande Europas bekämpfen.

Monika Pieper, Energie Impuls OWL

Energie Impuls OWL ist das Netzwerk für Zukunftsenergien. 130 Unternehmen und Institutionen haben sich bisher darin zusammen gefunden und arbeiten für die Energiewende, z. B. an der Gestaltung von intelligenten Gebäuden, Lebens- und Arbeitsumgebungen. Handwerker, Hersteller, Bauunternehmen, Architekten und Planungsbüros verfolgen dabei die Vision einer menschenzentrierten Technik. Im Rahmen eines „Regionalen Innovationsnetzwerks Intelligente Gebäudetechnologien Ostwestfalen-Lippe“ hat uns das Wissenschaftsministerium NRW damit betraut, in dieser Atmosphäre den Transfer mit Wissenschaft und Forschung zu intensivieren. Mit dem Symposium Intelligente Gebäudetechnologien am Campus Minden in OWL ist ein Treffpunkt entstanden, an dem sich jedes Jahr einmal alle Prozess-Beteiligten einen Tag lang austauschen, vom Handwerker bis zum Forscher. Die Region OWL ist führend bei der Entwicklung der Industrie 4.0. Wir haben die regionalen Kompetenzen Gebäude und Industrie aktiv verbunden: in einem neu eingerichteten Fortschrittskolleg an der Uni Paderborn werden unter dem Titel: „Gestaltung von flexiblen Arbeitswelten - Menschenzentrierte Nutzung von Cyber-Physical Systems in Industrie 4.0“ Lösungen erarbeitet, welche Menschen in der Industriegesellschaft 4.0 zu aktiven Mitgestaltern und Teilhabern am technischen Fortschritt machen. Ab September 2014 arbeiten zehn Nachwuchswissenschaftler der Fachrichtungen Informatik, Psychologie, Soziologie und Ingenieurwissenschaften in ihren Promotionen miteinander und beziehen die Zivilgesellschaft wie Beschäftigte, Betriebsräte und Angehörige direkt in den Dialog mit ein.

Susanne Tyll, LAG Wohnberatung NRW

Folgende vier Themen müssen dringend in die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes NRW aufgenommen werden:

Erstens: Notwendig ist die schnellstmögliche barrierearme/-freie Anpassung der Bestandswohnungen an die Bedürfnisse aller Menschen und die vollständige Umsetzung der UN-Behindertenkonvention. 93% der älteren Menschen wohnen in normalen Wohnungen. Laut einer aktuellen Studie könnte die öffentliche Hand in NRW jährlich 600 Mio. Euro durch Anpassung von Wohnungen einsparen.

Zweitens: Paralleler Auf- und Ausbau von barrierearmen/-freien Wohnquartieren mit ausreichenden Versorgungsmöglichkeiten und Dienstleistungen. Ohne vernünftige (Nah-) Versorgung und lebensnotwendige Dienstleistungen werden Orte entvölkert.

Drittens: Die öffentliche Infrastruktur in Quartieren (städtische Bibliotheken, Schwimmbäder, Stadtteil-/ Quartierszentren etc.) muss erhalten bleiben. Notwendig ist ein professionelles, unabhängiges, für die Menschen kostenloses Beratungsangebot zu allen Fragen von Wohnen, Dienstleistungen und Pflege - in erreichbarer Nähe bei einem barrierefreien Mobilitätsangebot. Dazu gehört auch der Erhalt von Kunst/Kultur in der Kulturlandschaft der Kommunen. Der Mensch lebt nicht nur um zu kaufen, zu wohnen und zu essen.

Viertens: Die Menschen wollen solange wie möglich in der vertrauten Umgebung wohnen. Sie sollen wählen können, wie sie in ihrem Wohnumfeld wohnen möchten. Das alles kann nur funktionieren, wenn wir die Menschen beteiligen. Ein ganzheitlicher Blick ist wichtiger denn je. Ansonsten erleben wir, was Alexander Mitscherlich mit der „Unwirtlichkeit unserer Städte“ bezeichnete.

Rainer Roehl, a'verdis/BioMentoren-Netzwerk

Mit etwa 70 Mrd. Euro macht der Außer-Haus-Markt deutschlandweit gut ein Drittel des gesamten Lebensmittelumsatzes aus. Mit wachsender Tendenz, denn immer mehr Menschen können oder wollen nicht selbst kochen oder sind gezwungen, mit Essen und Trinken versorgt zu werden. Die Bedeutung von Gemeinschaftsverpflegung und Gastronomie für die Gesundheit, die Leistungsfähigkeit und das Wohlbefinden der Menschen nimmt also zu. Und ebenso die Bedeutung für die ökologischen und sozialen Herausforderungen unseres Ernährungssystems. Aber machen wir uns nichts vor, für die Gäste – egal, ob in

einem Sternerestaurant oder einer Klinikküche – geht es beim Essen zu allererst um den Genuss. Dies aber zunehmend verbunden mit der Forderung nach einer ökologischen und ethischen Qualität sowie einer transparenten Herkunft der Lebensmittel und Speisen. Ganz oben in der Wertschätzung: Lebensmittel aus ökologischer Erzeugung und aus der Region. Wie sich diese Gästeansprüche zu einem ganzheitlichen gastronomischen Zukunftskonzept entwickeln lassen, zeigen in NRW u. a. die Betriebe der BioMentoren (siehe www.biomentoren.de), einem Netzwerk von Gastronomen und Gemeinschaftsverpflegern, für dessen Mitglieder Bio-Lebensmittel zentraler Baustein der Qualitätsphilosophie sind und die der gesamten Branche als Vorbild dienen. Bezogen auf die Nachhaltigkeitsstrategie NRW muss es beim Thema Essen und Trinken neben den Themen Klimaschutz und Ressourceneffizienz auch und vor allem die Förderung einer ganzheitlichen Genusskultur gehen.

Maria-Elisabeth Loevenich, Codewalk ICT Consulting

Die Bedeutung kommunaler BNE-Bildungslandschaften zur Umsetzung der NRW Nachhaltigkeitsstrategie.

Die NRW-Nachhaltigkeitsstrategie ist ein Meilenstein auf dem Weg der großen Transformation. Sie ist da effizient, wo sie von ihren Bürgern verstanden, bejaht und mitgetragen wird. Kommunen, und hier als Pioniere des Wandels insbesondere die ausgezeichneten NRW-Kommunen der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung mit ihren lokalen Bildungslandschaften, begrüßen die NRW Nachhaltigkeitsstrategie. Denn Nachhaltigkeit kann man lernen. BNE liefert dazu das wirkungsvolle Bildungskonzept (s. www.bne-portal.de/engagement/ausgezeichnete-kommunen/dekade-kommunen/). Allein sechs der einundzwanzig ausgezeichneten Kommunen der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung sind in Nordrhein-Westfalen beheimatet. Eine der Städte ist die Kleinstadt Bad Honnef am Rhein (s. www.bne-bad-honnef.de).

Hier engagieren sich die Bürger schon seit nahezu 10 Jahren für eine nachhaltige Entwicklung der Regionen, gestalten die Energiewende aktiv mit und führen Klimaschutzaktivitäten durch. In Kitas, Schulen und Betreuungseinrichtungen, in nachhaltig verantwortlich zeichnenden Unternehmen und an lokalen Lernorten sensibilisieren engagierte Akteure authentisch für den sparsamen Umgang mit Energie und engagieren sich für Klimaschutz. Hier wachsen individuelle Bildungnetzwerke wie das „Prima Klima Netzwerk“, das sich auf Initiative der Nachhaltigkeitsagentur Codewalk ICT

Consulting vom Kooperationsprojekt zur Nationalen BNE-Maßnahme entwickelt hat. Was als kleine Keimzelle auf lokaler Ebene begann, trägt heute aktiv zum Aufbau von BNE-Bildungslandschaften bei (s. www.prima-klima-in-der-offenen-ganztagsschule.de).

Bleibt BNE jedoch auf kommunaler Ebene eine freiwillige Leistung, wird sie ihren transformativen Charakter nicht flächendeckend entfalten können. Das bereits bestehende Engagement der aktiven UN-Dekade-Städte und engagierten Unternehmen nicht nur modellhaft zu nutzen, sondern langfristig zu würdigen und weiterzuentwickeln muss daher eine Aufgabe der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie sein.

Doris Freer, LAG kommunaler Frauenbüros/ Gleichstellungsstellen NRW

Eine NRW-Nachhaltigkeitsstrategie muss die Belange ALLER einbeziehen. Daher ist der „Enkelfähigkeit“, auf die Sie gerade verwiesen haben, lieber Herr Minister Duin, auch die Dimension der Enkelinnen-Fähigkeit hinzuzufügen! Denn eine Nachhaltigkeitsstrategie auf der Basis der Agenda 21 muss – über den Gender Mainstreaming-Ansatz hinaus – explizit die Frauenpolitik auf folgenden Ebenen strukturell verankern:

1. Frauenpolitik ist als Querschnittsaufgabe zu verankern. Relevante Themenfelder sind in diesem Kontext u. a. Stadtentwicklung und Umweltschutz/ Klimaschutz.
2. Frauenpolitik muss als eigenes Politikfeld implementiert werden. Sie muss Themenkomplexe umfassen wie z. B. Frauengesundheit; Verteilung der Arbeit; Gewalt gegen Frauen, Frauenhandel und geschlechtergerechte Verteilung öffentlicher Mittel.
3. Die gleichberechtigte Partizipation von Frauen ist umzusetzen. Die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen an Entscheidungs-, Planungs- und Umsetzungsprozessen aller Art und auf allen Ebenen ist – u.U. durch die Einführung eines Quotierungssystems in allen relevanten Bereichen – sicherzustellen.
4. Ein „Nachhaltigkeitscheck Frauenpolitik“ ist konsequent – bezogen auf alle o.g. Themenfelder – einzuführen. Dessen strukturelle Verankerung und konsequente Umsetzung ermöglicht ein Controllingssystem bezüglich Datenmaterial, Mittelverteilung und Partizipation.

Fazit

Gut Leben, Arbeiten und Wirtschaften in NRW kann nur mit Einbeziehung expliziter Frauenpolitik erzielt werden. Daher: Frauenpolitik darf nicht im Mainstream untergehen!

Michael Harenger, BUND NRW

Zur Nachhaltigkeit gehört auch die Beendigung nicht-nachhaltiger Wirtschaftstätigkeiten, wie z. B. die Braunkohlentagebaue, der Neubau von Kohlekraftwerken (z. B. Datteln IV) und atomkraftrelevante Unternehmungen wie vor allem die UAA Gronau. Ebensovienig akzeptabel ist der Versuch, sich beim Atommüll der KFA Jülich durch ein ohnehin illegales Verschieben in die USA aus der Verantwortung zu stehlen.

Zu einem „nachhaltigen NRW“ passt darüber hinaus in keiner Weise, dass NRW-Ministerien Werbeveranstaltungen für das derzeit verhandelte „Freihandelsabkommen“ TTIP durchführen.

Der vom Wirtschaftsminister mit viel PR betriebene „Dialog schafft Zukunft“, abgehalten ausgerechnet auch bei RWE, stellt einen Versuch dar, den kritischen Teil der Bevölkerung „einzufangen“ und anstelle des entscheidenden „Ob“ nur das „Wie“ zu beleuchten.

Michael Funcke-Bartz, Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Gelingt es nicht, die globalen Treibhausgasemissionen drastisch zu senken, ist eine Temperaturerhöhung bis 2100 von bis zu 4°C wahrscheinlich. Je länger gewartet wird, umso höher werden die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kosten sein. Der globale Klimawandel wird daher zum prägenden Faktor der kommenden Jahrzehnte werden, der die anderen Handlungsfelder überlagert und bestehende Probleme verstärkt. Dem muss die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Rechnung tragen. Die große Herausforderung wird darin bestehen, den Transformationsprozess im gesellschaftlichen Konsens zu gestalten und eine breitenwirksame Dynamik von unten zu fördern. Der Transformationsgedanke sollte daher im Mittelpunkt stehen. Die Nachhaltigkeitsstrategie bietet die Chance, ein Sektoren und Legislaturperioden übergreifendes Leitbild zu entwickeln, das die Anforderungen an eine zukunftsfähige, kohlenstoffarme, ressourceneffiziente und inklusive Entwicklung in NRW neu definiert, prioritäre Handlungsfelder festlegt und die Eine-Welt-Dimension als integralen Bestandteil berücksichtigt. Die GIZ unterstützt die Landesregierung bei der Umsetzung ihrer Eine-Welt-Strategie. Die Ghana-NRW Partnerschaft für Klima- und Ressourcenschutz nutzt in NRW verfügbare Kompetenzen. Perspektivisch könnten auch in NRW generierte Treibhausgasemissionen durch Klimaschutzvorhaben z. B. in Ghana kompensiert werden. Mit der Bonn Conference for Global Transformation schaffen NRW und GIZ ab 2015 eine inter-

nationale Dialogplattform, die Chancen für einen wechselseitigen Lernprozess bietet und den NRW-Nachhaltigkeitsprozess positiv verstärken kann.

Erste Reaktion zum Block Handlungsfelder und Querschnittsthemen

Viktor Haase, Abteilungsleiter nachhaltige Entwicklung im Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW, reagierte auf die zweite Runde der Statementgeber und bedankte sich für die inhaltliche Breite der Diskussion. Er hob insbesondere drei Anregungen für die weitere Diskussion innerhalb der Landesregierung hervor: Erstens sei Klarheit zu schaffen bezüglich der Definition des Begriffes Nachhaltigkeit. Zweitens sei eine Konkretisierung in den Zielen, Maßnahmen und Zeitplänen anzustreben und drittens eine Kohärenz zwischen den einzelnen Handlungsfeldern und Strategieansätzen innerhalb der Landesregierung herzustellen.

Nach den Beiträgen der 18 Stakeholder gab es auch aus dem Publikum heraus ergänzende Anmerkungen und Fragen: Unter anderem wurde das Thema Suffizienz in die Diskussion eingebracht. Auch der Aspekt der Genügsamkeit, also des Bemühens um einen möglichst geringen Ressourcen- und Energieverbrauch in allen Bereichen, fand Erwähnung. Der angedachte Investorenschutz im Rahmen der EU-Handelsabkommen wurde als eine Gefahr angesehen, die Rechtsstaatlichkeit und Nachhaltigkeit aushebeln könne.

Während der Plenumsdiskussion konnten sich über eine Twitterwall auch alle anderen Teilnehmenden und Externe live in die Diskussion einbringen. Die Landesregierung wird sich bei der Formulierung des für Mitte 2015 geplanten Entwurfs einer Nachhaltigkeitsstrategie auf dieses vielfältige Feedback auf, vor und im Nachgang der Tagung stützen.

Eine Liste der eingegangenen schriftlichen Stellungnahmen zum Strategiepapier ist der Dokumentation im Anhang beigefügt.





Gute und faire Arbeit

Diskutanten:

Magdalene Wilczek, Referentin, Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales NRW

Ulrich Lensing, Referent, Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales NRW

Dr. Alexandru Zidaru, Bildungsreferent Arbeit und Leben, DGB/VHS NW e.V.

Kommentar:

Paul M. Erzkamp, SJD – Die Falken, Vertreter des Landesjugendrings als „Stimme der Jugend und der nachfolgenden Generation“

Einführung, Moderation:

Arnold Kratz, G.I.B. – (Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung mbH)

Einleitung

Im Rahmen des von der Landesregierung im Juni 2014 beschlossenen 3. Strategiepapiers für Nachhaltigkeit in Nordrhein-Westfalen spielt das Thema der fairen und guten Arbeit eine zentrale Rolle. „Faire und gute Arbeit sind wichtige Bestandteile der Nachhaltigkeitsstrategie“, betonte Moderator Arnold Kratz (G.I.B.). Im Mittelpunkt steht die Landesinitiative „Faire Arbeit – Fairer Wettbewerb“, deren Eigenanspruch es ist, NRW durch die Verdrängung prekärer und die Bekanntmachung sowie Unterstützung fairer Arbeitsverhältnisse zum „Land der fairen Arbeit“ zu machen. Anlässlich der im Folgenden dokumentierten Veranstaltung wurden sowohl diese als auch zwei weitere Initiativen vorgestellt, die sich dem Thema der fairen und guten Arbeit widmen.

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse zurückdrängen

Die von Magdalene Wilczek vorgestellte Initiative „Faire Arbeit – Fairer Wettbewerb“ des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales NRW nimmt mit dem Ziel, prekäre Arbeitsverhältnisse zu dezimieren, drei zentrale Bereiche in den Fokus: Erstens sollen zukünftig für sogenannte Minijobs bessere Arbeitsbedingungen geschaffen und die Umwandlung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze in Minijobs verhindert werden; umgekehrt sollen Minijobs in umfassend sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse verwandelt werden. Zweitens soll Leiharbeit fair gestaltet und der Missbrauch von Werkverträgen verhindert werden. Als dritter Punkt stehen die Sicherung auskömmlicher Löhne und die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern auf der Agenda. Information und Beratung sind dabei der erste Ansatz, um Transparenz herzustellen und Missstände aufzuzeigen. Erfolgreiche Maßnahmen und Strategien zur Verhinderung prekärer Beschäftigung sollen gefördert und verbreitet werden. Gesetzesinitiativen zur Verbesserung der Arbeits- und Entlohnungsbedingungen und die Förderung von Modellprojekten sind weitere zentrale Bausteine der Initiative. Exemplarisch dafür seien die Information und Beratung über die „Hotline Zeitarbeit“, die Schulungen für Jobcenter zur Vermittlung in faire Arbeit, die Mitwirkung der Landesregierung am Bundesgesetz zur Regulierung von Werkverträgen und Leiharbeit und einige weitere Beispiele. Zudem wolle man die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns mit Informationskampagnen flankieren und dadurch stärker ins Bewusstsein der jeweiligen Akteure rücken. Hinter der Initiative steht die Überzeugung, dass nachhaltige Beschäftigungsverhältnisse im Sinn von dauerhaften Be-

schäftigungsverhältnissen zu fairen Arbeitsbedingungen ein elementarer Bestandteil sozialer Gerechtigkeit sind.

Auf veränderte Anforderungen moderner Arbeit reagieren

Im anschließenden Input-Beitrag stellte Ulrich Lensing das Projekt „Arbeit gestalten NRW“ vor, das sich der Frage „Wo steht Nachhaltigkeit heute?“ widmet, veränderte Grundbedingungen in der heutigen Arbeitswelt beleuchtet und darauf reagieren möchte. Im Zentrum dieser Initiative steht die Frage nach den Auswirkungen des demographischen Wandels, infolge dessen die Arbeitswelt immer „älter und bunter“, aber auch kleiner werde, sodass sich das Renteneintrittsalter durchschnittlich erhöhe. Dazu komme die Flexibilisierung von Arbeit, die sich unter anderem in neuen Arbeitszeitmodellen („selbst gestaltetes Arbeiten“), veränderten Arbeitsformen, prekärer Beschäftigung, höherem Innovationsdruck durch globale Entwicklungen und der Digitalisierung der Arbeitswelt ausdrücke, wie Ulrich Lensing ausführte. Eine mögliche, wenn auch nicht notwendige Folge daraus sei die „Entgrenzung von Arbeits- und Privatwelt“, die mit einem erhöhten Wunsch der Arbeitnehmer nach Vereinbarkeit von Beruf und Familie einhergehe. Mit Verweis auf die LIA-Studie 2014 betonte Ulrich Lensing darüber hinaus den allgemeinen Stellenwert von guter Arbeit für Individuen, die ein Generator für das Selbstwertgefühl sein könne. Im umgekehrten Fall – also bei nicht zufriedenstellender Arbeit oder Arbeitslosigkeit – seien zudem starke Zusammenhänge zwischen dem Auftreten von (psychischen) Krankheiten und der Qualität der Beschäftigungsverhält-

nisse festzustellen. Eben diese psychischen Krankheiten seien in den letzten Jahren häufiger geworden, zurückzuführen beispielsweise auch auf erforderliches Multitasking oder höhere berufliche Verantwortung, so dass auch der volkswirtschaftliche Schaden durch krankheitsbedingte Arbeitsausfälle im Zeitraum von 2008 bis 2011 deutlich gestiegen sei. Auf diese sowohl individuellen als auch volkswirtschaftlichen Probleme will die Initiative reagieren, indem sie die zahlreichen Akteure („Sozialpartner“), die sich für bessere Beschäftigungsverhältnisse einsetzen, stärker miteinander vernetzt, um ein effektiveres kollektives Handeln zu ermöglichen. Nicht ein Mangel an Wissen liege vor, sondern vielmehr Bedarfe bezüglich der Organisation und der Vernetzung. Man wolle zusammen mit den Sozialpartnern auf die Zielgruppe der kleinen und mittleren Unternehmen zugehen. In einem Landesbeirat versammeln sich große Partner der Initiative wie Gewerkschaften und Verbände, um die Initiative unter anderem mittels eines „Patentkonzeptes“ aktiv zu unterstützen.

Ausbeutung von Arbeitsmigrantinnen und -migranten bekämpfen

Die dritte von Dr. Alexandru Zidaru (DGB/VHS NW e.V.) vorgestellte Initiative „Arbeitnehmerfreizügigkeit in NRW gestalten“ hat es sich zum Ziel gemacht, die Ausbeutung insbesondere osteuropäischer Migrantinnen und Migranten zu bekämpfen, die sich überdurchschnittlich oft in unterbezahlten und unzureichend abgesicherten Beschäftigungsverhältnissen wiederfinden. Insbesondere in der Fleisch- und Bauindustrie seien diese Missstände anzutreffen. Die Arbeitsbedingungen seien geprägt von schweren körperlichen Belastungen und allgemeiner sozialer Unsicherheit aufgrund fehlender Gesundheits- und Sozialversicherungen sowie der Beschäftigung in „Schein-Selbstständigkeit“ und über Werkverträge. Problematisch seien in diesem Zusammenhang sowohl häufig sehr rudimentäre Deutschkenntnisse als auch die (bewusste) Stiftung von Angst und Misstrauen in Betrieben. Sogar die Ausübung von Gewalt sei häufig zu beobachten. Strategisch wolle man darauf vor allem mit intensiven Informations- und Beratungsangeboten, der Stärkung des Gemeinschaftsgefühls der Betroffenen und einer stärkeren Vernetzung reagieren. So vertrete man die Interessen der Arbeitnehmer unter anderem bei „runden Tischen“, plane Aktionen zusammen mit Gewerkschaften und bürgerlichen Initiativen und betreibe intensive Öffentlichkeitsarbeit.



Jugendperspektive

Im Anschluss erhielt zunächst Paul M. Erzkamp (SDJ - Die Falken) für den Landesjugendring NRW die Chance, auf die Input-Beiträge aus der Jugendperspektive zu reagieren. Sein Fazit war gemischt: Einerseits lobte er die Beiträge dafür, dass wichtige Themenfelder wie die Gleichstellung der Geschlechter und prekäre Arbeit thematisiert wurden, kritisierte aber, dass die Perspektiven von Jugendlichen innerhalb der Initiativen zu kurz kämen. So würden nur 25% der nordrhein-westfälischen Unternehmen überhaupt ausbilden, Kinder und Jugendliche seien dazu vom gesetzlichen Mindestlohn ausgenommen und allgemein gebe es eine Verdichtung der Arbeitszeit, welche den Druck auf Jugendliche zusätzlich erhöhe. Zudem argumentierte er, dass Jugendliche nicht vorrangig als Arbeitskräfte zu sehen seien. Aus Perspektive des Verbandes SDJ – Die Falken kritisierte er zudem die Vorstellung, Wettbewerb könne die richtige Herangehensweise sein, um faire Arbeitsverhältnisse zu schaffen, denn die Ziele von Arbeitnehmenden („faire Arbeit“) und Arbeitgebenden („Profit“) ständen sich diametral gegenüber. Er fordert daher eine stärkere Einbeziehung von Jugendlichen in grundsätzliche Erörterungen über Arbeit und keine „Scheinpartizipation“ sowie eine grundsätzlichere Behandlung der Frage, was „faire und sinnvolle“ Arbeit überhaupt sein könne.

Weitere Kritik äußerte auch Hans-Jörg Rohwedder (MdL, Piratenpartei), der eine intensivere Erörterung des bedingungslosen Grundeinkommens als Lösungsansatz forderte. Diskussionsbedarf bestand des Weiteren zu dem Themen-

feld der Inklusion und der Frage nach dem „Gemeinwohl“ an sich. Allgemein wurde der Wunsch geäußert, wissenschaftliche Studien stärker in die Diskussion einzubeziehen. Die Beiträge zeigten mit Sektor bezogenen Anliegen wie der Frage nach dem Zustand von Beschäftigungsverhältnissen im Bereich der „erneuerbarer Energien“ bis hin zu Verweisen auf Problematiken wie schwere Kinderarbeit mit internationaler Dimension eine große Bandbreite.

Fazit

Das Themenforum hat gezeigt, dass die Zielsetzung, NRW zum „Land der fairen Arbeit“ zu machen durchaus problemorientiert und auch ehrgeizig gewählt ist. Noch gilt es, eine Anzahl von Problematiken zu bekämpfen, zu denen die vorgestellten Projekte ihren Handlungsfeldern entsprechende Strategien und Maßnahmen entworfen haben. Die Überprüfung der Durchsetzbarkeit und Wirkungskraft der laufenden Initiativen stellte Moderator Arnold Kratz abschließend als Diskussionsthema für die 4. NRW-Nachhaltigkeitstagung in Aussicht.





„Fortschritt NRW“ – Forschung und Innovation für eine nachhaltige Entwicklung

Diskutanten:

Judith Enders, Green Office, Universität Maastricht
Prof. Dr. Marcel Hunecke, Professor für Allgemeine Psychologie, Organisations- und Umweltpsychologie, Fachhochschule Dortmund, Privatdozent an der Fakultät für Psychologie und Philosophie, Ruhr-Universität Bochum
Florian Lorisich, Green Office, Universität Maastricht

Kommentar:

Dipl. Ing. Karlheinz Busen MdL, FDP-Fraktion
Katharina Zink, BDKJ NRW, Vertreterin des Landesjugendrings als „Stimme der Jugend und der nachfolgenden Generation“

Einführung, Moderation:

Prof. Dr. Jürgen Howaldt, Leiter der Sozialforschungsstelle Dortmund (SFS), TU Dortmund

Einleitung in die Thematik

Eng verbunden mit der Nachhaltigkeitsstrategie ist auch die Forschungsstrategie des Landes „Fortschritt NRW – Forschung und Innovation für nachhaltige Entwicklung“. Diese sieht vor, dass sich NRW stärker auf Forschungsfelder entlang der großen gesellschaftlichen Herausforderungen konzentriert und die dem Land zur Verfügung stehenden Instrumente und Mittel der Forschungs- und Innovationsförderung verstärkt entlang des Ziels nachhaltiger Entwicklung einsetzt (Weiterführende Informationen unter www.fortschritt.nrw.de). Das zentrale Thema des diesjährigen Forums war die Frage, „Wie kann ein erfolgreicher Austausch von Nachhaltigkeitswissen zwischen Hochschule und Gesellschaft stattfinden?“

Diskussion

Prof. Dr. Marcel Hunecke führte in die Besonderheiten von Forschung für nachhaltige Entwicklung (Stichworte: inter- und transdisziplinäre Forschung) ein und stellte best practice Beispiele vor. Judith Enders und Florian Lorisich

erläuterten, wie die Studierenden in Maastricht bei der Implementierung des Nachhaltigkeitsgedankens in der Universität als Institution, in der Lehre und in der Forschung mitwirken können. Dipl. Ing. Karlheinz Busen MdL ging in einem Kurzvortrag konkret auf einzelne Ansätze von „Fortschritt NRW“ ein.

Wissensintegration als zentrale Herausforderung der Forschung für nachhaltige Entwicklung

Die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung erfordert insbesondere die Zusammenführung bestehender Wissensbestände. Denn ökologische Probleme sind nicht allein auf der Grundlage technologischer Effizienzsteigerungen zu lösen, sondern erst über die soziale Einbettung klima- und umweltschonender Technologien lässt sich deren Nutzung nachhaltig sicherstellen. Zunächst ist eine interdisziplinäre Integration naturwissenschaftlich-technischer und kultur- und sozialwissenschaftlicher Wissensbestände erforderlich. In der Forschung für nachhaltige Entwicklung ist jedoch noch eine zweite, eine transdisziplinäre Integration zu leisten, in der das Wissen unterschiedlicher akademischer Disziplinen mit dem Erfahrungswissen von Praxisakteuren zusammengeführt werden muss. Die Praxisakteure müssen dabei im Prozess der transdisziplinären Wissensproduktion an der Problemformulierung, Problembearbeitung und Bewertung der generierten Problemlösungen beteiligt werden, um die Praxistauglichkeit der wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Lösung sozial-ökologischer Problemlagen zu erhöhen. Professor Hunecke erläuterte diesen Prozess konkret am Beispiel des von ihm durchgeführten Projekts KlimaNet (2008-2010).

Im Projekt KlimaNet erarbeiteten vier Forschungsinstitute aus Aachen, Bochum und Duisburg-Essen zusammen mit Praxisakteuren aus den drei Kommunen Bochum, Essen und Herne, der Wasserwirtschaft und Bürgerinnen und Bürgern eine Strategie für eine wassersensible Stadtentwicklung. Bei den Entwicklungsphasen der politischen Willensbildung, der Analyse, Planung und Umsetzung wurden unterschiedliche wissenschaftliche Methoden angewandt. Die Wissenschaftler und Praxisakteure trafen während der dreijährigen Projektentwicklung bei jeder Phase in Gruppen zusammen und bearbeiteten einzelne Fragestellungen.

Für eine erfolgreiche Forschung für nachhaltige Entwicklung sei die inter- und transdisziplinäre Wissensintegration und die Vermittlung des hierfür erforderlichen methodischen Wissens die zentrale Aufgabe der Hochschulen, so Professor Hunecke. Insbesondere betonte er die Bedeutung der sozialen Dimension der Nachhaltigkeit; ein Aspekt, der bislang noch zu wenig berücksichtigt würde. Durch die Kooperation mit Praxisakteuren und die Kommunikation von Forschungs-

ergebnissen entstünde ein Wissensaustausch von der Hochschule in die Gesellschaft und vice versa. Als eine Handlungsempfehlung nannte Professor Hunecke, das Thema „Nachhaltigkeit“ vermehrt in die Curricula aufzunehmen.

Rolle der Studierenden bei der Entwicklung der Hochschule zu mehr Nachhaltigkeit

Judith Enders und Florian Lorisich stellten das ‚Green Office‘ (GO, seit 2010) der Universität Maastricht vor. Aufgabe des GO sei es, durch Initiativen unter studentischer Leitung den Hochschulwandel hin zu mehr Nachhaltigkeit zu unterstützen. Das GO ist ein Nachhaltigkeitsbüro, in dem Studierende als Angestellte der Universität eigene Projekte vorantreiben. Zwar habe es auch schon vorher (und auch jetzt noch) einen Umweltkoordinator, ein Nachhaltigkeitskomitee sowie universitäre Forschungsprojekte zu verschiedensten Nachhaltigkeitsthemen gegeben, allerdings sei die Reaktion auf wichtige Umweltthemen wenig dynamisch gewesen. Außerdem wäre „Nachhaltigkeit“ in diversen Studierendenorganisationen und -vereinen thematisiert worden, die Studierenden hätten aber keinen Zugang zur Hochschule (Leitung, Verwaltung) gefunden. So habe die Entwicklung der Universität zu mehr Nachhaltigkeit stagniert.

Studierende entwickelten die Idee eines studentischen Nachhaltigkeitsbüros und setzten diese mit der Gründung des GO um. Ein eigenes Budget und Ressourcen, studentische Angestellte, die aktive Einbeziehung von Ehrenamtlichen sowie ein Aufsichtsrat sind die Eckpfeiler des GO. Zurzeit sind 8 Studierende verschiedener Studiengängen fest angestellt. Durch einen fließenden Personalwechsel innerhalb dieses Teams werden die Wissenssicherung im GO und die Kontinuität der Zusammenarbeit des GO mit der Hochschule sichergestellt. Das GO verfügt über ein jährliches Budget von 160.000 Euro. Das GO arbeitet mit 30 Ehrenamtlichen zusammen.

Die Projekte des GO betreffen vier Bereiche der Hochschule:

1. Der Bereich Bildung arbeitet an einer stärkeren Einbeziehung von Nachhaltigkeitsthemen in die Curricula.
2. Der Bereich Forschung befasst sich mit der Umsetzung des Nachhaltigkeitsgedankens in der Forschung.
3. Ein weiterer Bereich widmet sich der nachhaltigen Gestaltung der täglichen Betriebsabläufe.
4. Der Bereich Öffentlichkeitsarbeit organisiert die Kommunikation mit und die Einbindung von Studierenden in Projekte.

Alle Projekte des GO orientieren sich an einer gemeinsamen Vision sowie einer „Roadmap“, die klar aufzeigt, wann welche Ziele erreicht sein sollen. Generelles Ziel ist es, alle Beteiligte von passiven Beobachtern hin zu engagierten Akteuren zu verändern.

Ausschlaggebend für den Erfolg des GO ist die enge und gute Zusammenarbeit mit der Universitätsverwaltung und den Entscheidungsträgern der Universität. Die Studierenden treten als aktive Pioniere des Wandels auf, um „ihre“ Universität nachhaltiger zu gestalten. (Weiterführende Informationen unter www.greenoffice-maastricht.nl)

2012 wurde die Beratungsorganisation rootAbility gegründet, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, das GO-Modell der Universität Maastricht in Europa weiter zu verbreiten. Sowohl das GO als auch rootAbility wurden bereits mehrfach ausgezeichnet.

Ausbildung von wissenschaftlichem Nachwuchs für Forschung für nachhaltige Entwicklung

Auch die Forschung für nachhaltige Entwicklung muss selbst nachhaltig sein; zum Beispiel durch eine entsprechende Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Die Einrichtung neuer Studiengänge zu „Nachhaltiger Entwicklung“ bzw. die Einbeziehung des Nachhaltigkeitsgedankens in bestehende Studiengänge wären mögliche Ansätze.

Beispielhaft stellten Adrian Wohlgemuth den Bachelorstudiengang „Nachhaltige Entwicklung“ der FH Bochum und Professor Hunecke den Masterstudiengang „Soziale Nachhaltigkeit und demografischer Wandel“ der FH Dortmund vor.

Förderung der Innovationsfähigkeit von KMUs

Dipl. Ing. Karlheinz Busen, MdL äußerte sich zur Forschungsstrategie des Landes. Sehr wichtig seien ihm einfache, unbürokratische Förderverfahren zur Stärkung der Innovationsfähigkeit von KMUs. Außerdem müsse die Innovationsförderung technologisch offen erfolgen.

Verankerung des Themas „Nachhaltigkeit“ in den Hochschulen

Die Abschlussdiskussion beleuchtete nochmals Möglichkeiten das Thema „Nachhaltigkeit“ in den Hochschulen zu verankern. Weitgehender Konsens bestand darin, dass jede Hochschule die zu ihr passende Strategie entwickeln müsse. Aufgabe der Landesregierung

sei es, die für diesen Bottom-up-Prozess notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Fazit

„Aus meiner Sicht, so Prof. Dr. Jürgen Howaldt, machte die Diskussion des Themenforums deutlich, dass die Hochschulen und Forschungseinrichtungen heute mit der Anforderung konfrontiert sind, ihre Potenziale im Sinne eines umfassenden Innovationsverständnisses bei der Gestaltung technologischer und sozialer Innovationen einzubringen. Für das Themenfeld der „Nachhaltigkeit“ gibt es einen umfangreichen Forschungsbedarf, der inter- und transdisziplinäre Ansätze der Natur-, Geistes-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften erforderlich macht. Zugleich bedarf es einer verstärkten Kooperation mit der Zivilgesellschaft und neuer Formen des Transfers, um frühzeitig wichtige gesellschaftliche Akteure bei der Problemdefinition und -lösung einzubinden und gemeinsam Impulse für die Entwicklung sozialer Innovationen in den Regionen und Kommunen zu setzen. Die Arbeit des Green Office an der Universität Maastricht macht eindrucksvoll deutlich, dass dabei auch studentische Initiativen einen wichtigen, bisher jedoch eher unterschätzten Beitrag leisten können.“

„Für das Themenfeld „Nachhaltigkeit“ gibt es einen umfangreichen Forschungsbedarf, der inter- und transdisziplinäre Ansätze der Natur-, Geistes-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften erforderlich macht. Die Beiträge des Themenforums machen eindrucksvoll deutlich, dass dabei auch studentische Initiativen und neue Studiengänge einen wichtigen Beitrag leisten können.“

Prof. Dr. Jürgen Howaldt



Nachhaltiger Konsum und nachhaltige Lebensstile

Diskutanten:

Regine Rehaag, Katalyse-Institut, Köln
Prof. Dr. Carola Strassner, Fachhochschule Münster

Kommentar:

Simone Brand MdL, Piratenfraktion
Ulrike Schell, Verbraucherzentrale NRW und Mitglied im TEAM Nachhaltigkeit
Prof. Dr. Christa Liedtke, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie,
Claudia Tillmann, BUND Jugend NRW, Vertreterin des Landesjugendrings als „Stimme der Jugend und der nachfolgenden Generationen“

Einführung, Moderation:

Nora Brüggemann, Collaborating Centre on Sustainable Consumption and Production (CSCP), Wuppertal

Einleitung

Wie wollen wir in Zukunft leben und durch welchen Lebens- und Konsumstil kann jeder Einzelne zur Nachhaltigkeit beitragen? Diese Fragen im Kontext der Nachhaltigkeitsstrategie der Landesregierung zu diskutieren und Anregungen für dessen weitere Prozessentwicklung zu geben war das Ziel des Workshops „Nachhaltiger Konsum und nachhaltige Lebensstile“. Dabei ging es vor allen Dingen auch um eine

Konkretisierung des Papiers, das heißt um die Frage, mit welchen Mitteln und Maßnahmen nachhaltiges Verbraucherverhalten und ein klimafreundlicher Lebensstil gefördert und im Alltag verankert werden könne. Die dafür von der Landesregierung vorgeschlagenen Themenbereiche sind:

- Eine klimafreundliche, tierwohlgerechte und regionale Ernährung,
- Nachhaltige Konsumprodukte (z. B. Bekleidung) und Dienstleistungen,
- Ressourcenschonung und Recycling,
- Individuelle Mobilität und alternative Nutzungskonzepte

Die Moderatorin Nora Brüggemann wies in ihrer Eingangsmoderation explizit auf die erwünschte Partizipation der Teilnehmenden des Workshops hin und dass es in der Diskussion vor allem darum gehen sollte, Ideen, Kommentare, Lob, Kritik und Verbesserungsvorschläge zum jetzigen Standpunkt des Strategiepapiers einzuholen.

Diskussion

Die beiden Inputs vor der Diskussion beschäftigten sich mit den zwei zentralen Verbraucherthemen Mobilität und Ernährung. Regine Rehaag (KATALYSE Institut) sieht Mobilität als zentrale Herausforderung für Städte und Kommunen, die verkehrspolitische Maßnahmen treffen und öffentliche Verkehrsmöglichkeiten gestalten müssten. Im Vordergrund müsse die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger stehen, etwas an ihrer Form der Mobilität zu ändern. Bisher würden weniger als ein Prozent der Autonutzer in Deutschland Car-Sharing-Angebote nutzen, wobei Nachhaltigkeitsaspekte bei dieser

Wahl eine nachrangige Rolle spielten. In der späteren Diskussion wies Ulrike Schell (Verbraucherzentrale NRW) darauf hin, dass auch die Auswirkungen des Car-Sharings aus Nachhaltigkeitsgesichtspunkten noch nicht abschätzbar und ungewiss seien. Regine Rehaag bejahte dies und wünschte sich für das Strategiepapier insgesamt eine Ausweitung des Themas Mobilität.

Im folgenden Input berichtete Prof. Dr. Carola Strassner (Fachhochschule Münster) vom aktuellen Stand eines internationalen Forschungsprojektes zum Thema Ernährung, das zum einen an die Definition der FAO (Food and Agricultural Organization of the United Nations), zum anderen an die als Weltkulturerbe erklärte Mediterrane Ernährung anknüpft. Besonders auffällig sei in der aktuellen Darstellung der Mediterranen Ernährungspyramide, dass diese nicht nur Lebensmittel beinhalte, sondern erweiternd etwa auf die Bedeutung des selber Kochens, des geselligen Beisammenseins und der Genügsamkeit beim Essen hinweise. In einer gemeinsamen Arbeitsgruppe (FAO-UNEP) arbeite man zur Zeit an der Entwicklung von Indikatoren für nachhaltige Ernährung, die in einem Index zusammengefasst den Vergleich einzelner (Bundes-)Länder möglich machen solle. Letztendlich sei das Konzept einer Nachhaltigen Ernährung aber bisher erst im Bereich der Forschung und Entwicklung und noch nicht bei der Bevölkerung angelangt, obwohl einige gute Beispiele wie die New Nordic Cuisine in eben diese Richtung weisen würden.

Information als Schlüssel zu nachhaltigem Verhalten

Simone Brand, MdL machte darauf aufmerksam, dass die Verbraucherbildung als durchgehendes Konzept vom Kindergarten an thematisiert werden müsse, denn nur ein informierter Verbraucher könne richtige Entscheidungen treffen und nachhaltig agieren. Dabei spielten Internet und Smartphones eine zentrale Rolle, da sie die Informationsbeschaffung stark vereinfachen würden.

Es müsse bedacht werden, dass der Verbraucher häufig nicht nur aus mangelnder Information sondern aus Bequemlichkeit sein Verhalten nicht überdenke und ändere. Christa Liedtke (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie) sprach in diesem Zusammenhang von unbewussten Routinen, die Ressourcenverbrauch förderten. Sie führte aus, dass ein Training zu nachhaltigem Verhalten notwendig sei. Da aber niemand permanent über sein Verhalten reflektieren wolle, müsse die Infrastruktur dies erleichtern und ermöglichen, ohne aber dabei die Bürgerinnen und Bürger zu entmündigen.

Positive Kommunikation

Für Ulrike Schell ist es in der Kommunikation sehr wichtig, nicht auf Einschränkungen oder Verzicht hinzuweisen, sondern eine positive Formulierung zu finden, auch, so führte Carola Strassner erweiternd aus, außerhalb eines Fachpublikums. Dazu gehöre aber zusätzlich die Erlebbarkeit dieser Vorteile eines nachhaltigen Lebensstils, bspw. Kindern und Jugendlichen nicht nur von gesundem Essen zu erzählen, sondern dieses auch erfahrbar zu machen. Da die Nachhaltigkeits-Community klein und beschränkt sei, sei fraglich, so Christa Liedtke, wie sich die Kommunikation in andere Milieus gestalten könne und welche anderen Instrumente und Möglichkeiten gefunden und genutzt werden müssten.

Vielfältige Akteure

Zentrales Thema der Diskussion war die Einbindung aller Akteure in den Nachhaltigkeitsprozess, denn eine Gesamtstrategie, so Ulrike Schell, könne nur erfolgreich sein, wenn auch Wirtschaft, Gewerkschaften und Kommunen mitziehen und die Politik notwendige und geeignete Rahmenbedingungen setze. Die Interaktion und Verbindung zwischen den Akteuren sei hier zentral, führte Christa Liedtke aus. Man könne kaum von nachhaltiger Ernährung beim Konsumenten sprechen, wenn etwa ökologische Lebensmittel und nachhaltige Landwirtschaft im Strategiepapier keine Rolle spielten, fügte eine Teilnehmerin hinzu. Bemängelt wurde von mehreren Seiten, dass Unternehmen sich aus diesem Prozess zu sehr heraushalten, sie aber eine zentrale Rolle spielen, dem Verbraucher nachhaltigen Konsum zu ermöglichen.

Konkretisierung und Messbarkeit

Von vielen Seiten wurde in der Diskussion der Wunsch nach mehr Konkretisierung und Messbarkeit laut. Es wurde vorgeschlagen, nachhaltigen Konsum und Lebensstile zusätzlich zum eigenen Unterkapitel zudem als übergreifendes Thema im Strategiepapier zu begreifen und mit den anderen Themen besser zu verzahnen. Laut Christa Liedtke müssten Indikatoren hergeben, wie alle Bereiche (ökologische, soziale etc.) miteinander verbunden werden könnten. Bisher gebe es jedoch nur statische, aber keine dynamischen Modelle. Ihr sei nicht klar, ob die Diskussion im Themenforum auf der Strategieebene oder der Verhaltensebene geführt werden solle, denn schließlich gehe es um die Struktur eines Strategiepapiers, aus dem die Details zum Verhalten abgeleitet werden sollten. Nora Brüggemann bestätigte, dass die Messbarkeit von Zielen und Erfolgen nicht thematisiert werde, dass eine Übertragbarkeit auf die Strategieebene jedoch Aufgabe des Ministeriums sei und in der Diskussion Kommentare und Anregungen auf jeder Ebene im Sinne der Partizipation möglich sein sollten.

Jugendperspektive

Als „Stimme der Jugend und der nachfolgenden Generationen“ betonte Claudia Tillmann (BUND Jugend NRW), dass in dem Strategiepapier kein Paradigmenwechsel deutlich werde und bemängelte, wie auch andere Diskussionsteilnehmer, das „Unkonkrete“ des Papiers. Sie kritisierte, dass Johannes Remmel im Plenum aus industriebezogener Perspektive von weiterem Wachstum gesprochen habe und stellte in Frage, ob dies auch der Wunsch der Jugend sei. Sie forderte sowohl gedankliche als auch physische Experimentierräume für die Jugend und eine bessere Infrastruktur und Unterstützung individueller Initiativen. Tillmann wies außerdem darauf hin, dass sich die Jugend eine Landesregierung wünsche, die mit gutem Beispiel vorangehe. Des Weiteren forderte sie für das Strategiepapier eine Konkretisierung, wie die Beteiligung durch die Zivilbevölkerung und vor allem durch Jugendliche aussehen und stattfinden könne.

Fazit

Zusammenfassend lassen sich aus der Diskussion folgende relevante Themenfelder bilden, die im Kontext mit dem Strategiepapier von den Teilnehmenden des Workshops genannt wurden:

- Die Vorbildrolle der Landesregierung/Politik
- Einbeziehung aller relevanten Akteure, systemischer Ansatz (Wertschöpfungskette)
- Der Mobilitäts-Mix der Zukunft
- Konkretisierung von Zielen und Indikatoren und Kriterien zur Messbarkeit nachhaltigen Konsums und nachhaltiger Lebensstile
- Das Thema Suffizienz (auch aus dem Plenum)
- Digitalisierung als Chance aber auch als Risiko
- Innovationen nicht nur im technologischen Bereich - wie Minister Johannes Remmel sie forderte - sondern vor allem auch im sozialen Bereich
- Informationsvermittlung und darüber hinaus die Erlebbarkeit der Vorteile nachhaltigen Agierens, Strukturen und Angebot müssen vorhanden sein oder geschaffen werden
- Schaffung einer Infrastruktur, die nachhaltiges Handeln erleichtert und ermöglicht
- Positive Kommunikation ohne Wörter wie „Verzicht“ oder „Einschränkung“, gerade außerhalb eines Fachpublikums
- Die Rolle der Großhaushalte
- Politische Unterstützung von Gemeinschafts- und Nachbarschaftsprojekten
- Nachhaltige Investitionen im Finanzbereich

„Nachhaltiger Konsum und nachhaltige Lebensstile sind auch für die NRW Nachhaltigkeitstrategie als zentrale Themen bestätigt worden. Gefordert wurde deren systemische Verankerung sowie Unterstützung durch alle Akteure; die Notwendigkeit der Förderung der Erlebbarkeit nachhaltigen Agierens, unterstützender Infrastrukturen, sowie von Investitionen unterstrichen.“

Nora Brüggemann



Nachhaltiges Wirtschaften am Beispiel der Umweltwirtschaft

Diskutanten:

Matthias Gölitz, Geschäftsführer, akkreditierter Berater der Deutschen Material- und Effizienzagentur (DEMEA)

Hans Christian Markert MdL, Sprecher für Anti-Atompolitik, Umwelt- und Verbraucherschutz der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion

Dr. Bernd Steingrobe, Leiter des Projektträgers ETN, Leiter der LeitmarktAgentur.NRW, Forschungszentrum Jülich

Einführung, Moderation:

Alexandra Landsberg, Referatsleiterin für Umweltstrategie und Strukturpolitik, Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes NRW

Einleitung

Dem Nachhaltigen Wirtschaften kommt im Strategiepapier „Auf dem Weg zu einer Nachhaltigkeitsstrategie für Nordrhein-Westfalen“ der Landesregierung NRW eine besondere Bedeutung zu. Nur wenn Unternehmen ihre gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen, können soziale und ökologische Herausforderungen jetzt und in der Zukunft nachhaltig gelöst werden. Immer mehr Unternehmen in NRW möchten dieser Rolle gerecht werden und beziehen soziale und ökologische Aspekte in ihre Strategieentwicklung mit ein.

Um dieses Engagement zu vervielfältigen und zu fördern hat das Land NRW unterschiedliche Strategien entwickelt. Im Rahmen des Nachhaltigen Wirtschaftens sind dabei vor allem die Umweltwirtschaftsstrategie NRW, die Leitmarktstrategie NRW, die CSR-Strategie NRW und die Forschungsstrategie NRW zu nennen. Diese stellen zusammen ein kohärentes Instrumentarium dar um konkrete Ergebnisse zu erzielen.

Diskussion

Zu Beginn des Workshops begrüßte die Moderatorin Alexandra Landsberg die Anwesenden und die Diskutanten des Panels. Nach einer kurzen Vorstellung und Einführung wandte sich die Moderatorin mit der Frage an die Zukunft 2030, 2050 „Wie sieht NRW aus, wenn hier nachhaltig gewirtschaftet wird?“ an Hans Christian Markert, MdL Nordrhein-Westfalen.

Der Kluge löst Probleme, der Weise meidet sie – von Effizienz zu Suffizienz

Hans Christian Markert erklärte, man wünsche sich einen gelingenden Transformationsprozess. Doch während meist das Augenmerk auf Effizienz gelegt werde, gehörten seiner Ansicht nach zwei zusätzliche Faktoren dazu, ohne die ein Gelingen nicht möglich sei. Dies seien Suffizienz, also das Vermeiden von negativen Auswirkungen, sowie Konsistenz im Sinne einer konsequenten Integration des Kreislaufgedankens.

Man befinde sich bereits auf einem guten Weg. Wenn man die Problematik jedoch monokausal angehe, würden dabei nur neue „Energiesparlampen“ heraus kommen, die zwar

Strom sparen, aufgrund ihrer Inhaltsstoffe jedoch nur als Sondermüll entsorgt werden könnten.

Suffizienz werde immer als Verzicht bezeichnet, obwohl es eigentlich eher um Vermeidung ginge. Ein Beispiel sei die Kali-Verschmutzung der Weser, die aus einer ungeschützten Lagerung der Chemikalie resultiere. Bereits ein kostengünstiger Schutz mittels Plastikplanen könne die Verunreinigung und damit Folgekosten der Wasseraufbereitung und Schadensbehebung vermeiden.

Auf die Frage, wie man entsprechend auf den richtigen Weg gelangen könne, antwortete Hans Christian Markert damit, dass Forschungs- und Förderkriterien angepasst werden sollten. Es gehe eben nicht mehr nur um die BWL-typische Ansicht, dass Effizienz, also ein Input mit maximalem Output, die Maxime schlechthin sei.

Ein weitgreifender Transformations- und Umbauprozess müsse nicht nur ökonomisch, sondern auch sozialpolitisch gedacht werden. Die sozialen Sicherungssysteme müssten zukunftstauglich gemacht werden.

Besseres Design für intelligentere Produkte

Die Moderatorin wandte sich im Folgenden an Matthias Göllitz, welcher 2013 das mittelständische Unternehmen FREUND aus Wuppertal dabei unterstützt hatte, den Effizienzpreis NRW zu gewinnen.

Matthias Göllitz, Geschäftsführer von goelitzdesign, stellte kurz die Produktpalette vor, mit welcher der Werkzeughersteller FREUND den Effizienzpreis NRW gewinnen konnte. In diesem Unternehmen wurde Matthias Göllitz als akkreditierter Berater der Effizienz-Agentur NRW tätig. Er entwickelte für das Unternehmen eine Ressourcen sparende und die Gesundheit schonende Andruckrolle für Dachdecker, Zimmerer und Klempner. In der Wertschöpfungskette hat die Umstellung auf dieses erhebliche Einsparungen und Verbesserungen für das Unternehmen bewirkt.

Alexandra Landsberg kommentierte, dass viele Menschen der Ansicht seien, Produktdesign sei „ganz nett, aber überflüssig“ und bat Matthias Göllitz um seine Meinung. Dieser antwortete, dass Industriedesigner wie er selbst direkt am Anfang der Wertschöpfungskette eingreifen würden und ihre Rolle deswegen nicht unterschätzt werden dürften. Wie soll ein Produkt aussehen? Diese Frage biete die Möglichkeit früh zu steuern, welche Materialien zum Einsatz kommen sollen.

In der Idealvorstellung heiße dies, dass mehr intelligente Produkte geschaffen werden könnten. Die klassische Betrachtung von Wertschöpfungsketten und das stete Streben nach Wachstum gingen selten mit Nachhaltigkeit einher. Er vertrete daher die Ansicht, dass man mehr intelligente Produkte brauche, sodass dem „Wegwerfgedanken“ Einhalt geboten werden könne.

Innovation als Antrieb für Nachhaltigkeit?

Zu diesem Stichwort richtete sich Alexandra Landsberg an Dr. Bernd Steingrobe, Leiter des Projektträgers ETN, mit der Frage, welche Beiträge der Leitmarkt Wettbewerb Energie- und Umweltwirtschaft für nachhaltiges Wirtschaften liefern könne.

Nachdem Dr. Bernd Steingrobe kurz auf die Rahmenbedingungen des Wettbewerbes eingegangen war, fragte Alexandra Landsberg nach, ob auch hier das Problem bestünde, dass Förderung als „rotes Tuch“ empfunden werde. Hier verwies Dr. Bernd Steingrobe auf die erheblichen Vereinfachungen, die in der neuen Förderphase vorgenommen worden wären.

Auf die Frage, weshalb Innovation stets ein Schlüsselthema im Bereich des Nachhaltigen Wirtschaftens sei, gab Dr. Bernd Steingrobe einschränkend zu bedenken, dass Innovation nicht automatisch nachhaltig sei. Die Akteure (Unternehmen und Hochschulen) sollten sich im Rahmen der Projektskizzen mit Nachhaltigkeit auseinandersetzen. Als Projektförderer frage man sich dabei vor allem, welche Strukturen man damit aufbaue und wie nachhaltig diese seien. Er fügte hinzu, dass seiner Meinung nach z. B. eine Energiesparlampe wie vorher beschrieben, nicht gefördert werden würde, da man erkenne, dass es sich nicht um ein nachhaltiges Produkt handle.

Gesellschaftlicher Konsens und Bildung – die Basis der Nachhaltigkeit

Im Panel herrschte Einigkeit darüber, dass Sozialverträglichkeit und Langlebigkeit wichtige Kriterien für die Entwicklung von Konsumgütern werden sollten. Hierüber müsse ein gesellschaftlicher Konsens geschaffen werden. Es sei wichtig, die Bevölkerung – unabhängig von Parteien – einzubeziehen. Darum sei die vierte Säule der Nachhaltigkeit Transparenz und Kommunikation.

Die Podiumsteilnehmer vertraten einhellig die Meinung, dass vor allem Bildung eine wichtige Rolle in den Transformationsprozessen hin zu Nachhaltigem Wirtschaften einnehmen müsse. Die Politik könne den Menschen nicht vorschreiben, wie sie leben sollten. Nur mehr Bildung

führe auch zu mehr Entscheidungskompetenz. Dr. Bernd Steingrobe fügte hinzu, dass zusätzlich zum gesellschaftlichen Bewusstsein die Unternehmen in die Pflicht genommen werden müssten.

Stimmen aus dem Plenum

Mit der Frage, welche Aspekte für sie wichtig seien, wenn die Landesregierung das Strategiepapier auf den Weg bringe, wandte sich Alexandra Landsberg dem Publikum zu. Dabei stellte sich heraus, dass die Handlungsempfehlungen in vielen Bereichen ähnlich ausfallen.

André Niemann, Dozent an der Universität Duisburg-Essen, sprach über Medikamenteneinsatz und die daraus resultierende Verunreinigung von Trinkwasser. Das Panel war sich einig, dass den Konsument/-innen die Wahlmöglichkeiten verdeutlicht werden müssten. Nur wenn bekannt sei, dass er bei der Wahl des einen Medikaments das Abwasser erheblich belastet werde, ein anderes wirkungsgleiches Medikament aber zu erheblich besseren Ergebnissen führe, bestehe die Möglichkeit, die Produktnachfrage zu lenken. Gleichzeitig sei die Politik in der Verantwortung, Regelungen für die Pharmaindustrie zu schaffen. Denn diese produziere teilweise nicht biologisch abbaubare Produkte und sollte sich folglich auch an der Beseitigung dieser Stoffe beteiligen. Hier sei die Politik gefragt, konsequent das Verursacherprinzip zu verfolgen.

Dr. Holger Berg vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie führte aus, dass derzeit daran gearbeitet werde, dem Endverbraucher das nachhaltige Verhalten zu erleichtern, z. B. mit Smart Heater oder ähnlichen Anwendungen. Es sei jedoch auch wichtig, in der Industrie und in Unternehmen weiter für Nachhaltigkeit zu werben und zu betonen, warum Nachhaltigkeit sinnvoll sei. Er konstatierte, dass die Prinzipien der Nachhaltigkeit nicht aufgebürdet werden dürften, sondern in den Kernprozessen der Unternehmen verankert werden müssten. Diese Aussage traf auf breite Zustimmung im Plenum.

Fazit

Abschließend bat Alexandra Landsberg die Podiumsteilnehmer um einen Kommentar in Bezug auf die nächsten wichtigen Schritte für das Nachhaltige Wirtschaften in NRW.

Dr. Bernd Steingrobe betonte, dass vor allem der gesellschaftliche Konsens geschaffen werden müsse, um nachhaltige Transformationsprozesse zu gewährleisten. Denn auch das Nachfrageverhalten der Konsument/-innen müsse sich ändern. Darüber hinaus wünsche er sich mehr Informationen zu Produkten, die den Verbraucher/-innen ausführlich darüber informieren, was gekauft wird und wie es produziert wurde.

Matthias Gölitz ergänzte, dass es darum ginge, intelligente Systeme zu entwickeln. Ressourceneffizienz solle direkt an Produkte gekoppelt werden, beispielsweise durch die Bindung der Gewerbesteuer an die Ressourceneffizienz. Wenn entsprechende Gesetze geschaffen würden, könne dies einen signifikanten Einfluss haben. Den Unternehmen ginge es oft vor allem ums Geld. Wenn jedoch eine Belohnung für geringe Ressourcenbelastung erreicht werden könne, sei eine erfolgreiche Umsetzung wahrscheinlicher. Voraussetzung dafür seien vor allem intelligentere und kreativere Hebel.

Hans Christian Markert erklärte, dass es im Hinblick auf ein nachhaltiges 2030 um die Etablierung einer Transformationskultur ginge. Nachdem in den letzten 15 Jahren Effizienz der Leitgedanke gewesen sei, müsse nun der Kreislaufgedanke folgen. Man müsse sich aus seinen Elfenbeintürmen heraus in die Gesellschaft wagen. Veränderung ließe sich nur erreichen, wenn sie breit verankert sei.

„Die Diskussion hat gezeigt, dass neue Lösungen nur eine ausreichende Wirkung erzielen, wenn Sie in der Breite der Bevölkerung angenommen werden. Dazu muss sich eine Transformationskultur entwickeln, die das ermöglicht.“

Alexandra Landsberg



Die internationale und europäische Dimension einer NRW-Nachhaltigkeitsstrategie

Diskutanten:

Adolf Kloke-Lesch, Geschäftsführender Direktor Sustainable Development Solutions Network Germany (SDSN Germany, Geschäftsstelle)

Henrik Riedel, Projektmanager bei der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Kommentar:

Norbert Meesters MdL, SPD-Fraktion

Melanie Fecke, BDKJ NRW, Vertreterin des Landesjugendrings als „Stimme der Jugend und der nachfolgenden Generation“

Einführung, Moderation:

Dr. Christian Engel, Referatsleiter bei der Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien

Einleitung

Die nordrhein-westfälische Lebens- und Wirtschaftsweise hat Folgen, die über die Grenzen des Bundeslandes hinausreichen. So kann auch die NRW-Nachhaltigkeitsstrategie nicht losgelöst von ihren europäischen und internationalen Auswirkungen betrachtet werden.

Umgekehrt beeinflussen die Nachhaltigkeitsaktivitäten auf EU- und internationaler Ebene die Nachhaltigkeitsstrategie Nordrhein-Westfalens.

Diese Zusammenhänge wurden im Themenforum diskutiert, wobei die verschiedenen Komponenten von Nachhaltigkeit einbezogen wurden. Daraus ergaben sich zahlreiche Anregungen für die weitere Entwicklung der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie.

Diskussion

Der Diskussion mit allen Teilnehmenden des Themenforums vorangestellt wurden einführende Worte von Dr. Christian Engel sowie zwei Input-Vorträge von Henrik Riedel und Adolf Kloke-Lesch.

Dr. Christian Engel betonte den günstigen Zeitpunkt einer solchen Diskussion, da die Konturen der internationalen Nachhaltigkeitsagenda bereits gut erkennbar seien. Er hob drei Dimensionen besonders hervor: die Zusammenhänge der Nachhaltigkeitsstrategien der politischen Ebenen untereinander die Auswirkungen des Konsum- und Produktionsverhaltens hierzulande auf Schwellen- und Entwicklungsländer die Frage, wie sich die Ziele, die auf VN-Ebene entwickelt werden, auf den unteren Ebenen in Zukunft manifestieren lassen

SDSN Germany und SDG

Adolf Kloke-Lesch stellte das SDSN Germany vor und trug anschließend wichtige Punkte der Präsentation der kurzfristig verhinderten Frau Dr. Nicole Rippin (DIE) vor:

Auf VN-Ebene gab es im Rahmen des Post-2015-Prozesses eine `Open Working Group`, die unter Einbeziehung aller Mitgliedsstaaten einen Vorschlag für Ziele für nachhaltige Entwicklung erarbeitet hat, die sogenannten Sustainable Development Goals (SDG). Der wesentliche Unterschied der SDG zu den Millennium Development Goals ist, dass sie sich auf alle Dimensionen nachhaltiger Entwicklung und auf die Entwicklung in allen Ländern beziehen sollen. Es ließe sich feststellen, dass diese sich oft mit den Zielen der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie deckten und daher konkrete Anregungen für das Handeln auf Länderebene bieten würden.

Die EU-Nachhaltigkeitsstrategie und die EU-2020-Strategie im Vergleich

Henrik Riedel lieferte einen Vergleich zweier Strategien auf EU-Ebene, der EU-Nachhaltigkeitsstrategie und der EU-2020-Strategie.

Erstere konzentrierte sich stark auf Wirtschafts- und Finanzfragen und habe außerdem konkret messbare Ziele, Indikatoren sowie Leitinitiativen, die bei der ganzheitlich angelegten EU-Nachhaltigkeitsstrategie fehlen würden. Dies habe eine schwierigere Umsetzbarkeit zur Folge. Es sei daher sinnvoll, dass die EU-Kommission beide Strategien weiter verfolge, die EU-Nachhaltigkeitsstrategie jedoch mit messbaren Zielen auszustatten sei und die EU-2020-Strategie mit diesen verknüpft werden müsse.

Abstrakte Themen und konkretes Handeln

Norbert Meesters, MdL ging darauf ein, wie sich die globalen Strategien auf politischer Länderebene einbringen konkretisieren ließen. Besonders hob er das NRW-Klimaschutz-Gesetz hervor, das eine Vorreiter-Rolle einnehme, die auch in Zusammenhang zu der besonderen Verantwortung NRWs stünde. Das Thema `Nachhaltigkeit` sei im aktuellen Koalitionsvertrag ein Wesentliches.

Teilnehmer-Diskussion

Welche konkreten Impulse für die NRW-Nachhaltigkeitsstrategie bieten die SDG?

Frau Küppers-Ullrich vom Ministerium für Stadtentwicklung regte an, dass das Thema Quartierentwicklung sich gut konkretisieren ließe, da es handfest sei und Kinder und Jugendliche gut einbezogen werden könnten.

Weitere Anregungen beinhalteten das Einführen eines `Nachhaltigkeits-Filters`, der bei allen politischen Entscheidungen angewandt werden müsse – um zu

überprüfen, ob das jeweilige Vorhaben mit Nachhaltigkeit verträglich sei. Marc-Oliver Pahl zufolge, der den Nachhaltigkeitsstrategieprozess NRW mit koordiniert, sei angedacht, Nachhaltigkeitsprüfungen in NRW einzuführen. Auf europäischer Ebene gebe es etwas ähnliches: `Impact-Assessment`. Politisch Verantwortliche sollten sich damit auseinandersetzen, welche Auswirkungen ihre Entscheidungen auf die Nachhaltigkeitsprozesse haben.

Ein Teilnehmer forderte, dass die Akteure und Themen in den einzelnen Handlungsfeldern benannt werden müssten, um Fortschritte transparenter und messbarer zu machen.

Nachhaltigkeit und Wirtschaft

Weiterhin wurden die internationalen Beziehungen und Relevanz NRWs hervorgehoben. So seien viele nordrhein-westfälischen Unternehmen über Wertschöpfungsketten mit internationalen Märkten verknüpft. Die gegenseitigen Auswirkungen der bestehenden Strukturen müssten beachtet werden.

Es wurde betont, dass Ideen zur Nachhaltigkeit nur umsetzbar seien, wenn Wirtschaft und Handwerk einbezogen würden. Man müsse nicht auf politische Entscheidungen warten, um aktiv zu werden.

Marc-Oliver Pahl fügte hinzu, dass die angesprochene Perspektive auf internationale Wertschöpfungsketten im Vordergrund der aktuellen Diskussion stünde. Da man die NRW-Wirtschaft als integralen Teil internationaler Wertschöpfungsketten sehe, könne es nicht das Ziel sein, NRW zu deindustrialisieren. Vielmehr sollten ressourcenintensive Industrien in den Nachhaltigkeitsprozess miteingebunden werden. Auch das Handwerk biete möglicherweise viele Ansatzpunkte für Veränderungen.

Nachhaltigkeit auf Länder-, Bundes-, EU- und internationaler Ebene

Adolf Klope-Lesch wies darauf hin, dass die verschiedenen Ebenen sich gegenseitig inspirieren könnten und nicht immer gewartet werden müsse, bis die Arbeiten auf einer anderen Ebene abgeschlossen seien. Beispielsweise sei die Überarbeitung der deutschen nationalen Nachhaltigkeitsstrategie für 2016 vorgesehen. Mit den im Herbst 2015 bei den Vereinten Nationen zu beschließenden SDG werde es erstmalig einen allgemein gültigen Referenzrahmen geben. Er empfahl zu überlegen, wie man die einzelnen SDG auf der „eigenen“ Ebene umsetzen könne

und insbesondere zu reflektieren, an welcher Stelle der eigene Beitrag besonders wichtig sein könne. Dort könne man entsprechend anspruchsvoller zu sein – in NRW sei speziell das Thema „Emissionen“ und „Klimaschutz“ von Bedeutung, wie auch Norbert Meesters hervor hob. Aber auch andere Ziele (z. B. den Verlust von Nahrungsmitteln pro Kopf zu halbieren; das Ziel gelungener Integration) seien konkret in NRW anwendbar.

Henrik Riedel pflichtete bei, dass es möglich sei, abstrakte Ideen in konkrete Handlungsmöglichkeiten zu übersetzen. Zum Beispiel könne die Stadt- und Quartiersentwicklung einen Beitrag zur Armutsbekämpfung leisten. Norbert Meesters stimmte diesen Ausführungen zu und bekräftigte, wie wichtig es sei, die Menschen vor Ort einzubinden und zu `aktivieren`.

Klimaschutz und erneuerbare Energien

Eine Teilnehmerin fragte, ob und wie die Regierung NRW Einfluss auf die Entwicklung des europäischen Emissionshandels nehmen könnte. Das Interesse an regionalen Initiativen sei in Brüssel groß, lautete die Antwort. Bis 2015 sollen konkrete Vorstellungen in der EU für die Fortentwicklung des europäischen Emissionshandels genannt werden, gestützt auf die Forschungsergebnisse des Europäischen Rates. Die Ideen NRWs würden dabei stark wahrgenommen und Eingang finden. Norbert Meester fügte hinzu, dass die Landespolitik den Ausstieg aus der Braunkohle-Produktion befürworte und fördere.

Abschlussrunde

Adolf Kloke-Lesch gab die Frage in die Runde, wie man die verschiedenen Einzelinitiativen so bündeln könne, dass man ihre Kräfte addieren und konkrete Ziele erreichen könne.

Dr. Christian Engel empfand es wichtig, Indikatoren der Umsetzung einzubauen und in der Planung zu beachten, welchen Einfluss man auf die Erreichung des Ziels habe. Weiterhin müsse die internationale Dimension immer mitgedacht werden. Abschließend betonte er, und traf dabei vielfach auf Zustimmung, dass NRW stolz auf seine Transformationsgeschichte sein solle, anstatt sich als Problemfall zu inszenieren. Melanie Fecke resümierte als Jugendverteterin, dass diese Transformationsgeschichte auch eine Vorbildfunktion für die junge Generation haben könne.

Henrik Riedel empfahl, auf Landesebene eine Leitlinie zur internationalen Verantwortung einzurichten, wie sie auf nationaler Ebene bereits existiert, und daran anknüpfend zu verdeutlichen, welche Handlungsmöglichkeiten sich für den Einzelnen ergeben.

Dr. Christian Engel griff noch einmal das Thema der zukünftigen internationalen Richtlinien auf, an denen sich seiner Ansicht nach auch NRW messen lassen und bekräftigte, dass es Handlungsbezüge zwischen globalen und regionalen Zielen gebe. Weiterhin regte er an, internationale Partnerschaften aufzubauen und zu stärken, um die gesetzten Ziele zu erreichen.

Jugendperspektive

Melanie Fecke berichtete, dass im Mittelpunkt ihrer Arbeit mit Jugendlichen das Thema `Kritischer Konsum` stünde. Das Interesse der Jugend sei durchaus groß, es sei jedoch eine Herausforderung, genügend und passende Kommunikationsformate und -orte zu finden. So sei es wichtig, langfristig genügend Mittel bereitzustellen, um entsprechende Bildungsarbeit leisten zu können.

Fazit

Als Handlungsempfehlung wurde im Themenforum formuliert, dass abstrakte Ideen konkretisiert, die SDG auf regionale Ebene übersetzt und für den Einzelnen handelbar gemacht werden müssen. Die verschiedenen Ebenen dürfen und sollen sich gegenseitig inspirieren. Notwendigerweise muss die Einführung von Indikatoren zur Messbarkeit der Ziele auch auf Landesebene erfolgen. Innovationen und Ideen made in NRW finden auch auf EU-Ebene Eingang. Der Wandel, der in NRW bereits vollzogen wurde, ist ein gutes Zeichen für das Potential des Landes. In allen Bereichen ist die Einbindung der Jugend als (über)lebenswichtig für die Fortsetzung aller Nachhaltigkeits-Strategien zu werten.



Bildung für nachhaltige Entwicklung

Einführung:

Jiska Troppenz, Geschäftsleiterin Agentur „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BnE-Agentur)

Klaus Kurtz, Mitarbeiter Agentur „Bildung für nachhaltige Entwicklung“

Sabine Blom, Mitarbeiterin Agentur „Bildung für nachhaltige Entwicklung“

Dodo Schulz, Mitarbeiterin Agentur „Bildung für nachhaltige Entwicklung“

Kommentar:

Dr. Antoinette Bunse MdL, CDU-Fraktion

Dr. Christa Henze, Akademische Oberrätin, Universität Duisburg-Essen

Mareike Kursawe, BUND Jugend NRW, Vertreterin des Landesjugendrings als „Stimme der Jugend und der nachfolgenden Generation“

Dorothee Tiemann, Promotorin für Globales Lernen, Eine Welt Netz NRW e.V.

Moderation:

Jiska Troppenz und Klaus Kurtz, Agentur „Bildung für nachhaltige Entwicklung“

Einleitung

Seit den 1970er Jahren befindet sich NRW in einem tief greifenden strukturellen Wandel. Aus den daraus resultierenden Zielkonflikten und den vielfältigen, auch internationalen Verflechtungen ergibt sich für Nordrhein-Westfalen (NRW) eine globale, regionale sowie eine lokale Verantwortung. Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, beschloss die NRW Landesregierung am 14. Februar 2012 im Rahmen der UN-Dekade „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ die Erarbeitung einer Strategie zur Implementierung von „Bildung für nachhaltige Entwicklung in NRW“ (BNE-Strategie), welche bis Mitte 2015 im Kabinett beschlossen und im Anschluss systematisch in möglichst allen Bereichen des Bildungswesens in Nordrhein-Westfalen umgesetzt werden soll. Ziel ist es, BNE auf Landesebene und in den vielfältigen örtlichen und regionalen Bildungseinrichtungen, Bildungsnetzwerken und Bildungslandschaften dauerhaft zu verankern.

Um diese Landesstrategie zu erarbeiten wurde 2012 die Agentur „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BnE-Agentur) gegründet. Im August 2014 veröffentlichte die Agentur „Leitgedanken der Bildung für nachhaltige Entwicklung in NRW“, die als Grundlage für die BNE-Strategie dienen sollen. Im Rahmen des Themenforums wurden die Leitgedanken in den drei Abschnitten „Nachhaltige Entwicklung in NRW“, „Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)“, und „BNE in der Bildungspraxis“, unter Beteiligung von drei Expertinnen und den Teilnehmenden, kritisch analysiert.

Diskussion

Im ersten Teil des Themenforums gab Klaus Kurtz einen Überblick über Ziel, Aufgabe und Genese der BnE-Agentur sowie der BNE-Strategie. Um die Arbeit der BnE-Agentur zu veranschaulichen, stellten Sabine Blom und Dodo Schulz beispielhaft den Bildungsbereich „Berufliche Aus- und Weiterbildung“ vor: Sie präsentierten die relevanten Akteure anhand einer Akteurslandkarte und erläuterten Zusammenhänge und Formen der Zusammenarbeit in diesem Bereich. In einem zweiten Schritt stellten sie Schritte zur Strategieentwicklung und anstehende Aktivitäten vor. Als erstes Ergebnis der Arbeit in diesem Bereich fand am 4. November 2014 die Veranstaltung „Forum Berufliche Bildung für nachhaltige Entwicklung NRW“ statt.

Zu diesem Impuls wurden einige Rückfragen gestellt und konstruktive Kritik geäußert, welche sich vorrangig auf die Akteurslandkarte und die Art der Strategieentwicklung bezogen: Die Akteurslandkarte wurde von verschiedenen Teilnehmenden als unvollständig empfunden – das Fehlen der Jugendarbeit wurde bemängelt, ebenso wie das Fehlen der Betroffenen (Schüler, Studenten, Auszubildende, Jugendliche) als Akteure. Ein weiterer Kritikpunkt betraf die Strategieentwicklung selbst. Verschiedene Teilnehmende äußerten die Befürchtung, dass die aktuelle Herangehensweise, für jeden Bildungsbereich eine Teilstrategie zu entwickeln, dem globalen, umfassenden Anspruch von BNE entgegenlaufe.

Jiska Troppenz wies als Geschäftsleiterin der BnE-Agentur darauf hin, dass der Bildungsbereich „Berufliche Aus- und Weiterbildung“ exemplarisch vorgestellt worden sei. (Weiterführende Informationen zur Arbeit der BnE-Agentur und zu den Leitprojekten unter www.zukunft-lernen-nrw.de/bne-in-nrw/leitprojekte)

Im zweiten Teil des Themenforums wurden die vorab verschickten BNE- Leitgedanken zunächst erläutert. Als Impuls für die folgende Diskussion stellte Jiska Troppenz

die Leitgedanken für die BNE-Strategie vor:

- Welcher Nachhaltigkeitsbegriff soll verwendet werden?
- Was macht gute Bildung aus?
- Wie soll der Begriff „Bildung für nachhaltige Bildung“ definiert werden?
- Wie kann BNE in der Praxis um-/eingesetzt werden?

Danach wurde das Papier von den drei Expertinnen – Dr. Christa Henze, Mareike Kursawe und Dorothee Tiemann – kritisch kommentiert und analysiert: Die Diskutantinnen nahmen zu jedem der drei Abschnitte „Nachhaltige Entwicklung in NRW“, „BNE“, und „BNE in der Bildungspraxis“ Stellung. Danach wurden Kommentare und Anmerkungen aus dem Plenum zu diesem Kapitel entgegengenommen.

Was bedeutet nachhaltige Entwicklung in NRW?

Alle drei Diskutantinnen forderten eine deutliche Nachschärfung dieses Abschnitts, da dieser zu vage formuliert und zu beschreibend sei. Einmal erwähnte NRW-Bezüge sollten in den weiteren Abschnitten wieder aufgegriffen werden. Des Weiteren solle die im dritten Abschnitt zu „BNE in der Praxis“ erwähnte kulturelle Vielfalt als Potenzial und Chance für gesellschaftliche Veränderungsprozesse bereits in diesem Absatz erwähnt werden. Zudem müsse an dieser Stelle stärker herausgestellt werden, dass es Aufgabe der Politik sei, Rahmenbedingungen z. B. für nachhaltig produzierte Lebensmittel / Produkte, so auch für BNE zu schaffen. Zudem bleibe zu bedenken, so Dr. Christa Henze, dass Bildung nicht die einzige Maßnahme zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung sei. Sie forderte weiterhin, dass eine Vernetzung der genannten Dimensionen hergestellt und diese verschränkt gedacht werden müssten.

Was heißt BNE?

Dorothee Tiemann kritisierte, dass der ganzheitliche Anspruch von BNE nicht abgebildet sei und forderte, das Thema der globalen Gerechtigkeit bei der weiteren Strategieentwicklung stärker mitzudenken. Auch Christa Henze forderte eine Konkretisierung des Begriffes BNE und kritisierte das Fehlen von Zielen und Zielorientierungen in diesem Abschnitt. Sie regte weiterhin an, diesen Abschnitt dahingehend zu überarbeiten, das für die Umsetzung des BNE-Ansatzes nötige Selbstwirksamkeitserleben auch sprachlich deutlich abzubilden.

Anmerkungen und Anregungen zu BNE in der Praxis.

Diesen Abschnitt bewerteten alle drei Diskutantinnen als zu schullastig, und empfahlen, den politischen Kontext

und die strukturellen Voraussetzungen für eine Transformation darin zu erwähnen und mit den NRW-spezifischen Herausforderungen zu verknüpfen. Dorothee Tiemann lobte, dass in diesem Abschnitt darauf hingewiesen werde, dass die Umsetzung von BNE einen gesellschaftlichen Wandel nötig mache und regte an, diese Tatsache noch stärker zu betonen sowie Umsetzungs- und Handlungsstrategien zu nennen. Dr. Christa Henze kritisierte, dass in diesem Abschnitt der ganzheitliche Ansatz (whole institutional approach) fehle. Mareike Kursawe plädierte dafür, Kinder und Jugendliche in diesem Abschnitt deutlich als change agents zu nennen.

Weitere Anmerkungen der Teilnehmenden zum Leitgedanken-Papier

Die Rolle der Kommunen und ihre Aufgaben sollten, auch in Abgrenzung zur Rolle und den Aufgaben des Landes, klarer dargestellt werden.

Ein Appell „nicht das Rad neu zu erfinden“, sondern die Erfahrungswerte erfahrener Praktikerinnen und Praktiker zu nutzen.

Die Genderperspektive sei in diesem Dokument noch unzureichend berücksichtigt bzw. das Dokument müsse im Hinblick auf Gender-Mainstreaming sprachlich überarbeitet werden.

Die Entwicklung des BNE-Ansatzes sei ein partizipativer Prozess. Es müsse daher das Ziel sein, dass die Beteiligten und die Betroffenen eine ownership für diesen Prozess entwickelten.

Jugendperspektive

Mareike Kursawe vertrat in diesem Themenforum die „Stimme der Jugend und der nachfolgenden Generationen“. Sie kritisierte, dass der Begriff „nachhaltige Entwicklung NRW“ in den vorgelegten Leitgedanken sich in seiner jetzigen Form nicht als definitorische Grundlage eigne und nachgeschärft werden müsse. Die Definition des Begriffes „BNE“ hingegen sah sie als gelungen an, forderte jedoch den politischen Kontext stärker zu berücksichtigen und im Abschnitt „BNE in der Praxis“ bereits errungene Erfolge mitaufzunehmen. Weiterhin plädierte Frau Kursawe dafür, Kinder und Jugendliche im Abschnitt „BNE in der Praxis“ deutlich als change agents zu nennen und ihnen mehr Gestaltungsmöglichkeiten zu geben.

Fazit

Der Prozess der BNE-Strategieentwicklung soll 2015 abgeschlossen sein. Der Workshop ermöglichte einen Blick auf den laufenden Prozess. Sowohl die Leitgedanken als auch die Teilstrategien der einzelnen Bildungsbereiche befinden sich in der Entwurfsphase. Durch Veranstaltungen wie dieses Themenforum soll zum einen Transparenz in den Prozess gebracht werden und zum anderen Anregungen und Rückmeldungen eingeholt werden.

Frau Dr. Antoinette Bunse, Mitglied des Landtages, bedankte sich zum Ende der Diskussion beim Plenum und kündigte an, sich auf Grund dieser Veranstaltung dafür einzusetzen, dass BNE stärker im Schulausschuss bearbeitet und berücksichtigt wird.





Podiumsdiskussion

„Eine NRW-Nachhaltigkeitsstrategie im deutschen, europäischen und internationalen Kontext“

Diskutanten:

Dr. Barbara Hendricks, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Karl Falkenberg, Generaldirektor Umwelt, Europäische Kommission

Dr. Peter Liese, Mitglied des Europäischen Parlaments und Koordinator der EVP-Fraktion im Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Lebensmittelsicherheit

Prof. Manfred Fischedick, Vizepräsident Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie

Johannes Rimmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Moderation: Dr. Tanja Busse

Dr. Tanja Busse: Wie lässt sich eine Nachhaltigkeitsstrategie des Landes in der internationalen und nationalen Diskussion einordnen? Was muss Nordrhein-Westfalen beachten – wo muss das Land eventuell aufpassen? Wo kann Nordrhein-Westfalen sogar Vorbild sein? All das möchten wir in der kommenden Stunde diskutieren und einordnen.

Beginnen möchte ich mit der Bundesministerin Dr. Barbara Hendricks. Auch die Bundesrepublik hat eine Nachhaltigkeitsstrategie – wie wirkt sie und was lässt sich daraus für Nordrhein-Westfalen ableiten?

Bundesministerin Dr. Barbara Hendricks: Auf Bundesebene besitzen wir seit dem Jahr 2002 eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie. Sie umfasst 38 Kernkriterien. Zudem gibt es Kernthemen wie die Generationengerechtigkeit, die beachtet werden müssen. Alle zwei Jahre veröffentlicht das Statistische Bundesamt einen Bericht zum Stand der Nachhaltigkeitsindikatoren. Alle vier Jahre

44 Podiumsdiskussion

erfolgt eine Berichterstattung zur Strategie selbst mit einem Fortschrittsbericht, der über den Stand der Umsetzung der Strategie berichtet, Maßnahmen zur Erreichung der gesetzten Ziele nennt und so die Strategie weiterentwickelt. Im Jahr 2016 wird die nächste umfassende Überprüfung erfolgen – soweit mir bekannt, gibt es derzeit beispielsweise noch Defizite in den Bereichen „Biodiversität“ oder „Güter auf die Schiene“, da sind unsere ehrgeizigen Ziele noch nicht erreicht. Und wir müssen, wenn wir uns eine Fortentwicklung vornehmen, auch aktuelle Entwicklungen beachten – derzeit beispielsweise den Widerspruch zwischen Energiegewinnung und Naturschutz, den wir vielleicht vor vier oder fünf Jahren so noch nicht gesehen haben. Es gibt also trotz sehr guter Ansätze noch einiges zu tun, um beispielsweise die Widersprüche bei Naturschutz und Energiewende aufzulösen.

Dr. Tanja Busse: Nach dem, wie ich finde, ganz erfreulichen Blick auf die nationale Ebene wenden wir unsere Aufmerksamkeit jetzt nach Europa. Die europäische Nachhaltigkeitsstrategie steht nicht so im Blick der Öffentlichkeit – was also ist mit Europa 2020?

Karl Falkenberg: Das 7. Allgemeine Umweltaktionsprogramm der Europäischen Union für die Zeit bis 2020, kurz 7. UAP genannt, ergänzt die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie auf europäischer Ebene perfekt. Mit diesem UAP hat die Union beschlossen, ihre Anstrengungen zum Schutz der natürlichen Ressourcen zu verstärken und Anreize zu schaffen, um Wachstum und Innovationen so ressourceneffizient und CO₂-arm wie möglich zu gestalten. Mit der Europa 2020-Strategie soll mit den 28 Mitgliedsländern ganz konkret besprochen werden, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze zu sichern – und das in Einklang mit den Umweltanforderungen. Darüber hinaus haben wir in der Umweltpolitik einen Aktionsplan bis zum Jahr 2050 erstellt. Der lautet: Im Jahr 2050 leben wir gut innerhalb der ökologischen Belastbarkeitsgrenzen unseres Planeten. Das Papier mag manchem zu ökonomielastig sein, aber es folgt vor allem dem Gedanken: „Wie kann ich aus der Umwelt Gedanken und Prozesse ableiten, die zu mehr und besseren Arbeitsplätzen in Europa führen?“

Dr. Peter Liese: Die europäische Politik muss nachhaltig sein und die Nachhaltigkeitspolitik in NRW und im Bund muss europäisch sein. In NRW möchte ich dafür werben, dass wir viel europäischer denken. Da sind beispielsweise die aktuellen Diskussionen in Deutschland und NRW über das freiwillige Abschalten der deutschen Kohlekraftwerke auf europäischer Ebene eher kontraproduktiv, denn sie



konterkarieren den europäischen Emissionshandel, der so nicht in Schwung kommt. Unser gemeinsames Problem in Europa ist, dass der europäische Emissionshandel nicht funktioniert – und Nachhaltigkeit muss eben europäisch gedacht werden.

Dr. Tanja Busse: Prof. Fishedick, werfen wir doch einen Blick auf die internationale Entwicklung in Sachen Nachhaltigkeit. Das Stichwort lautet SDG, Sustainable Development Goals, Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen. Vielleicht können Sie uns sagen, was da neu ist?

Prof. Manfred Fishedick: Eingangs möchte ich unterstreichen, dass Nachhaltigkeit in einem globalen Kontext gedacht werden muss. Die SDGs sind die Nachfolger der Millenniums-Entwicklungsziele der UN aus dem Jahr 2001. Auf dem Rio+20-Gipfel im Jahr 2012 beschlossen die UN-Mitglieder, eine Agenda für die Zeit nach dem Auslaufen dieser Ziele im Jahr 2015 zu schaffen: Die Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung mit den SDGs. Dieses neue Zielsystem soll für Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländer gleichermaßen gelten und alle Aspekte von nachhaltiger Entwicklung umfassen – also die ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekte der globalen Nachhaltigkeit. Dies umfasst viele zentrale Themen wie u. a. Klimawandel, Biodiversität und nachhaltiges Wirtschaften. In diesem Zusammenhang gibt es drei Punkte, die NRW bei seiner Strategieentwicklung beachten sollte:

- a) Was sind im Kontext der SDGs adäquate Ziele von Nordrhein-Westfalen?
- b) Wie kann in NRW ein ganzheitlicher Ansatz abgedeckt werden, der die gesamte Breite von ökologischen, ökonomischen und sozialen Zielen umfasst?
- c) Wie kann NRW als Industrieland Innovationstreiber sein und damit wichtige Impulse auf globaler Ebene setzen?

Die NRW-Nachhaltigkeitsstrategie muss die internationale Diskussion aktiv aufnehmen und NRW als zentrale Akzente setzen.

Tanja Busse: Also sind zwei Aufgaben für die NRW-Nachhaltigkeitsstrategie zentral – nicht in Widerspruch zu den SDGs zu stehen und gleichzeitig Vorbild für andere zu sein. Eine Herausforderung, die ich an Herrn Minister Rimmel weitergeben möchte.

Minister Johannes Rimmel: Im Vergleich zu der Debatte von vor 20 Jahren sehe ich uns tatsächlich einen erheblichen Schritt weiter – vor allem bei der Identifizierung von Zielen, die es in Sachen Nachhaltigkeit zu erreichen gilt. Andererseits sehen wir aber auch internationale Entwicklungen gerade im Nahen Osten oder im Mittleren Afrika, die ganze Regionen zurück ins Mittelalter werfen – in solch einem Umfeld erscheint eine Nachhaltigkeitsdebatte auf den ersten Blick als unpassend. Vielleicht sollten wir uns auf unsere eigene Rolle als Vorbild fokussieren: Wenn wir hier, in einem alten und traditionsreichen Industrieland eine ökonomische, ökologische und soziale Wende hin zu mehr Nachhaltigkeit leisten können, dann hat das in der Tat Modellcharakter – vielleicht sogar weltweit. Für diesen Weg müssen wir uns anstrengen, und ein solcher Weg kostet Geld, braucht Investitionen. Da streite ich auch gerne über die Rahmenbedingungen und komme auch auf das Stichwort Emissionshandel zurück, der eben keine Investitionsanreize bietet und daher überdacht werden sollte. Und vielleicht brauchen wir auch neue Instrumente.

Dr. Tanja Busse: Welche Instrumente wären hier anzuwenden? Wir haben bereits über cradle-to-cradle, also die intelligente Wiederverwertung von Ressourcen ohne Abfälle, gesprochen. Vielleicht kann Prof. Fishedick als Wissenschaftler eine Vorgabe machen, wie dies in eine Strategie passen würde?

Prof. Manfred Fishedick: Für Industrieregionen wie NRW spielen intelligente Kreislaufsysteme zukünftig in der Tat eine ganz zentrale Rolle. Industrieländer haben aber auch eine wichtige Aufgabe in Bezug auf eine zukunftsgerichtete Wohlstandsdebatte – d.h. die Frage nach einem quantitativen versus einem qualitativen Wohlstandsverständnis. Wir stecken mitten drin in der Diskussion, ob das Bruttoinlandsprodukt der einzige Indikator für Wohlstand ist oder wir ein weitergehendes Verständnis brauchen. Darüber hinaus spielt die Frage des Verbraucherverhaltens eine ganz entscheidende Rolle – in Seoul haben wir im Rahmen des wissenschaftlichen Beirats des Oberbürgermeisters in der vorigen Woche beraten, wie die Stadt nicht

nur energieeffizient, sondern auch über einen Suffizienzansatz ein Beitrag zu Klimaschutz und Energiesicherheit geleistet werden kann. In Korea wird Nachhaltigkeit insgesamt schon viel stärker vom Dienstleistungsgedanken aus betrachtet – dort wird zunächst darüber nachgedacht, was wir wirklich brauchen. Grundsätzlich gilt: wir brauchen keine Kilowattstunden, sondern streben nach Komfort, Mobilität etc. und diese Dienstleistungen können nicht nur durch aktive Systeme erbracht werden, sondern auch durch passive Systeme wie z. B. verbesserte Planungen von Gebäuden oder Tageslichtnutzungssysteme.

Dr. Tanja Busse: Von Postwachstumsanhängern wird oft angemahnt, Wohlstand anders zu messen. Frau Dr. Hendricks, stimmen Sie dem zu?

Bundesministerin Dr. Barbara Hendricks: Ja, die Debatte ist in vollem Gang. Es ist sicherlich einerseits richtig, nicht nur in den üblichen Kategorien wie dem Bruttoinlandsprodukt zu denken. Andererseits sind die Vertreter solcher Thesen auch häufig der Ansicht, wir bräuchten gar kein Wachstum. Dem folge ich nicht. Ja, wir werden Wachstum brauchen. Denn in 35 Jahren werden wir nach neuesten Schätzungen neun und nicht sieben Milliarden Menschen auf der Welt haben und diese versorgen müssen. Es gibt Untersuchungen darüber, dass selbst dann, wenn wir Menschen in den Industrieländern ab sofort nur noch die Hälfte an Ressourcen verbrauchen, und alle anderen ebenfalls nur auf die Hälfte dieses Ressourcenverbrauchs anwachsen würden, wir im Jahr 2050 immer noch 40 Prozent mehr Ressourcen benötigen werden als jetzt.

Dr. Tanja Busse: Was sagt denn Europa dazu?

Dr. Peter Liese: Ich stimme Frau Dr. Hendricks zu – wir brauchen Wachstum und müssen es nachhaltig gestalten. Wachstum muss aber nicht mit übermäßigem Ressourcenverbrauch einhergehen. Ich möchte in diesem Zusammenhang eine Lanze für die Ökodesign-Richtlinie der EU brechen. Diese Richtlinie hat jetzt schon europaweit für Einsparungen in Höhe des Energieverbrauchs von Italien gesorgt, beispielsweise durch den Einsatz intelligenter Elektromotoren. Das Instrument ist unbedingt zu unterstützen und muss auch weiterentwickelt werden.

Bundesministerin Dr. Barbara Hendricks: Auch ich möchte für die Ökodesign-Richtlinie eine Lanze brechen. Dass neue und energiesparende Geräte europaweit die alten Stromfresser ersetzen – dagegen kann doch niemand ernsthaft etwas haben. Da finde ich die öffentliche Diskussion völlig unverständlich.



Karl Falkenberg: Ich bin sehr dankbar für diesen Einwurf. Denn dass diese energieeffizienten Geräte europaweit gleichen Normen unterliegen, soll doch Signalwirkungen haben. Es geht letztlich darum, dass wir in Europa Umweltnormen als Standard verabschieden, die als Impulsgeber für die Wirtschaft dienen, neue und nachhaltige Geräte zu entwickeln. Diese haben dann technische Vorteile und damit Vorbildfunktion in ihrer Branche, was letztlich ein globaler Wettbewerbsvorteil in Sachen Nachhaltigkeit und Energieeffizienz ist – für deutsche und für europäische Unternehmen.

Dr. Tanja Busse: Lehnt man sich jetzt in Nordrhein-Westfalen zurück und lässt Europa und die Ingenieure machen?

Minister Johannes Remmel: Wir sehen doch, dass viele Zukunftstechnologien bereits vorhanden sind. Wir wissen, was wir tun müssen, wir müssen nur schauen, wie wir es in eine Massenapplication bringen.

Hier brauchen wir politische Leitentscheidungen und Rahmenbedingungen, um die Entwicklung durchzusetzen. Da sind Interessenkonflikte unvermeidlich. Warum schaffen wir es in Deutschland nicht, die europäischen Energieeffizienz-Vorgaben durchzusetzen? Wir müssen es einfach entscheiden – gleiches gilt für steuerliche Anreize zur Gebäudesanierung. Sie sehen: ich werbe für politische Leitentscheidungen.

Dr. Tanja Busse: Das geht natürlich an die Bundesministerin...

Bundesministerin Dr. Barbara Hendricks: Da möchte ich den Emissionshandel nochmals aufgreifen – der liegt, so wie er derzeit ist, tatsächlich darnieder und hilft nicht. Das wollen und das werden wir ändern, da sind wir in intensiven Gesprächen.

Prof. Manfred Fischeck: Energieeffizienz und Ressourceneffizienz haben ein Problem in der öffentlichen Debatte – es sind extrem komplexe Themen. Das macht sie sehr schwer greifbar. Zudem haben wir es mit sehr unterschiedlichen Umsetzungsebenen zu tun. Wir müssen auch da hinschauen, wo die realen Investitionen stattfinden, in den Städten und Gemeinden. Beispiel Innovation City in Bottrop. Wir lernen dort, was man tun muss, damit Leute in die Energieeffizienz ihrer Gebäude investieren – das erfordert Überzeugungsarbeit, die von Tür zu Tür geleistet werden muss.

Gleiches gilt für die Ressourceneffizienz, insbesondere bei den Materialien. In Deutschland gehen 40 Prozent der Produktkosten auf die verwendeten Materialien zurück – da gilt es anzusetzen und Lösungen zu finden. Denn noch haben wir hier einen Wettbewerbsvorteil.

Dr. Tanja Busse: Das klingt ja alles in sich logisch und schlüssig. Dennoch kann es auf dem Weg in eine nachhal-

tige Zukunft zu Zielkonflikten kommen. Stichwort Erneuerbare Energien und Biogas: Dabei hat die Förderung von Anbaupflanzen ungewollt zu einem Verlust von Biodiversität geführt. Wie können solche Zielkonflikte ausgehalten werden?

Minister Johannes Remmel: Bioenergie im weitesten Sinne zu verwerfen, halte ich für falsch. Das muss weiterentwickelt werden. Wir müssen eben auch an dieser Stelle Nachhaltigkeitskriterien anlegen, beispielsweise den nachhaltigen Anbau. Und wir müssen Biomasse da einsetzen, wo sie sinnvoll andere erneuerbare Energien ergänzt.

Ich kann hier nur nochmals unterstreichen: Um unsere Pläne umzusetzen, brauchen wir Investitionen. Ein solcher Weg ist wachstumsintensiv – und das kann auch im Widerspruch zu sonstigen Ansprüchen des Nachhaltigkeitsgedanken stehen. Das heißt, wir werden auch Widersprüche aushalten müssen. Das mag fremd für unsere Ohren sein, aber wir sind in NRW an einem besonderen Standort.

Dr. Peter Liese: Wenn ich einwerfen darf: Ich sehe das beispielsweise auch bei der aktuellen Diskussion um wie Windkraft. Auch da gibt es aktuelle Zielkonflikte, die wir aushalten müssen. Wir müssen pragmatischer sein und mehr auf den Menschen achten.

Minister Johannes Remmel: Wir müssen viel tun – in beiden Bereichen, sowohl bei der Windkraft als auch bei der Biomasse.

Prof. Manfred Fischedick: Da fällt uns einfach auf die Füße, dass man beim Erneuerbare-Energien-Gesetz nicht so sehr an die Umsetzung gedacht hat. Wir haben geglaubt, dass die Energiewende nicht mit negativen Auswirkungen verbunden ist – und das ist falsch. Und da braucht es einen breiten gesellschaftlichen Diskurs, um eine Balance in diesen unterschiedlichen Konfliktfeldern zu finden.

Dr. Tanja Busse: Ich würde Sie zum Abschluss bitten kurz zu formulieren, was Sie persönlich in das große Buch der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie schreiben würden?

Prof. Manfred Fischedick: Die NRW-Nachhaltigkeitsstrategie sollte eine ganzheitliche Strategie sein, welche die internationale und europaweite Debatte widerspiegelt. Dabei sollte man sich insbesondere die Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Handlungsfeldern ansehen, Konfliktpotentiale identifizieren und dann einen integrierten Ansatz finden. Das wäre mein größter Wunsch.

Dr. Peter Liese: In das Papier würde ich schreiben, dass Nachhaltigkeit auch viel mit nachhaltigen Finanzen zu tun hat. Und ich würde jeden Beamten in der Landesregierung, der an der Strategie arbeitet, dazu auffordern, immer an die europäische Ebene zu denken. Denn Nachhaltigkeit können wir nur gemeinsam erreichen.

Karl Falkenberg: Dem kann ich nur zustimmen. Ich würde größeren Wert als bisher auf Ressourceneffizienz legen – und das in Bezug auf unser „natural capital“ wie Böden, Wasser und Tierhaltung oder Luftqualität. Wir müssen wegkommen von der reinen Energieeinsparung und sinnvoller mit unseren Ressourcen umgehen. Wir sollten mehr in der Kreislaufwirtschaft denken, frei nach dem Motto: Wie kommt man mit weniger weiter?

Bundesministerin Dr. Barbara Hendricks: Ich schließe mich Herrn Falkenberg an: Ressourceneffizienz in einem umfassenden Sinn. Für die Nachhaltigkeitsstrategie für Nordrhein-Westfalen heißt das mit einem bekannten Slogan *act local and think global*.

Minister Johannes Remmel: Wenn wir in zehn Jahren an dem gemessen werden, was wir formulieren wollen, dann wünsche ich mir drei Dinge:

- a) dass wir eine gute Zukunftsbasis gefunden haben
- b) dass die NRW-Nachhaltigkeitsstrategie dazu geführt hat, dass wir mehr Menschen mitnehmen konnten auf unserem Weg und
- c) dass es dank ausführlicher Partizipation zu einem großen Netzwerk und zu vielseitigen Kooperationen gekommen ist.





Ausblick auf den weiteren NRW-Nachhaltigkeitsprozess

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,
sehr geehrter Herr Abgeordneter Dr. Liese,
sehr geehrte Abgeordnete aus dem Landtag,
sehr geehrter Herr Generaldirektor Falkenberg,
sehr geehrter Herr Professor Fischeidick,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich habe jetzt die Aufgabe, die Ergebnisse dieses Tages zusammenzufassen. Lassen Sie mich einige wichtige Punkte erwähnen. Wenn wir in 10 Jahren gefragt würden – ich glaube, daran sollten wir es messen –, was hat die Nachhaltigkeitsstrategie 2014/15 in Nordrhein-Westfalen gebracht, dann wünsche ich mir, dass drei Dinge darüber gesagt werden. Zum einen würde ich mir wünschen, dass man sagt: „Ja, hier hatte man ein gutes Zukunftsradar und die Nachhaltigkeitsstrategie von 2014 und 2015 hat gezeigt, woran wir uns orientieren und wohin wir uns entwickeln müssen.“ Zweitens würde ich mir wünschen: „Ja, die Nachhaltigkeitsstrategie für Nordrhein-Westfalen hat dazu beigetragen, dass noch mehr Menschen sich dem Gedanken der Nachhaltigkeit verpflichtet fühlen, dass der Prozess transparenter, offener und partizipativer geworden ist.“ Und ich würde mir zum Dritten wünschen, dass nach 10 Jahren gesagt würde: „Ja, wir sind durch

diesen Anstoß zu noch mehr Zusammenarbeit, zu mehr Netzwerken und zu mehr Vernetzungen über die einzelnen Politikbereiche hinaus gekommen“. Dies beschreibt neben der inhaltlichen Ebene den Weg, den wir finden müssen. Beeindruckt hat mich heute Morgen der Bericht von Frau Menges über die Entwicklung von Henkel. Vor 10, 15 Jahren wäre es nicht denkbar gewesen, dass ein Unternehmen dieser Größenordnung gesagt hätte: „Ja, wir haben von anderen gelernt, wir tauschen uns mit anderen aus, wir bilden Netzwerke.“ Bereits das Beseitigen solcher Schubladen ist ein wesentlicher Schritt hin zu neuen Lösungen und neuen Innovationen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich danke herzlich für die Beiträge zur 3. NRW-Nachhaltigkeitstagung. Ich denke, insgesamt ist das ein guter Schritt auf dem Weg zu einem nachhaltigen Nordrhein-Westfalen 2030. Herzlichen Dank an all diejenigen, die mitgeholfen haben – an die Mitarbeiterinnen der Stadthalle Mülheim, der Agentur, an diejenigen, die auch in meinem Haus und darüber hinaus diesen Tag vorbereitet haben. Natürlich möchte ich Ihnen, Frau Dr. Busse, dafür danken, dass Sie so hervorragend durch das Programm und durch die Diskussionen geleitet haben. Ihnen allen danke ich für Ihre Beiträge, die Sie heute, aber auch an anderer Stelle eingebracht haben und vielleicht noch einbringen werden. Auch möchte ich im schon im Voraus Dankeschön sagen, dass Sie noch andere ermuntern, sich einzubringen – auch das ist wichtig. Die Ergebnisse der Themenforen werden in der Dokumentation festgehalten. Sie werden sicherlich wichtige Ankerpunkte für die weiteren thematischen Diskussionen im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie NRW sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich freue mich nicht zuletzt darüber, dass das, was wir heute diskutiert haben, offensichtlich auch breite Unterstützung bei der Bevölkerung hat, wie entsprechende Umfragen belegen. Die Bertelsmann Stiftung hat im Rahmen der Zusammenarbeit mit uns eine repräsentative Umfrage für Nordrhein-Westfalen durchgeführt. 87 % der Befragten antworteten, dass Nachhaltigkeit eine wichtige oder sogar sehr wichtige Aufgabe der Landespolitik sei – obwohl Ihnen mitgegeben wurde, dass nachhaltige Politik kurzfristig durchaus auch negative Folgen für die Bürgerinnen und Bürger haben kann, wie zum Beispiel geringere Staatsausgaben oder höhere Steuern. Ich glaube, dass den Menschen bereits bewusst ist, dass es solche Entwicklungsprozesse geben wird, und dass es auch eine Bereitschaft gibt, diesen Entwicklungsprozessen zu folgen, selbst wenn sie für einen selbst gewisse Einschränkungen zur Folge haben. Daran müssen wir anknüpfen, dies müssen wir immer wieder neu erarbeiten. Deshalb ist es auch so wichtig, dass wir bei Leitentscheidungen wie der Energiewende, bestimmten Entwicklungen im Mobilitätsbereich oder bezüglich Fragen der Effizienz immer wieder versuchen, die Debatte zu erden und mit den Menschen zusammen zu diskutieren. Und damit auch das tatsächlich umzusetzen, was die Ethikkommission der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Energiewende als Gemeinschaftswerk formuliert hat. Nur so kann es gelingen. Das bedeutet immer wieder die Hinwendung auch zu den Bürgerinnen und Bürgern, um entsprechend um Zustimmung zu werben. Für ihr eigenes Verhalten halten sogar 94 % der Bevölkerung Nachhaltigkeit für eine wichtige Maxime. Hier mag es noch Widersprüche geben, die Wichtigkeit des Themas auf der einen Seite anzuerkennen und auf der anderen Seite danach zu handeln, wenn es mich persönlich trifft. Ich glaube, wir haben große Chancen, wenn wir in dieser Frage auch werbend eintreten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will versuchen, einen kleinen Ausblick auf die weiteren Schritte der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie zu geben. Ich denke, die heutige Diskussion des Strategiepapiers der Landesregierung hat deutlich gemacht, dass Ihnen allen die Entwicklung, die nachhaltige Entwicklung des Landes am Herzen liegt. Deshalb freue ich mich auf weitere engagierte Beiträge und Ihre Bereitschaft, partizipativ mitzuwirken. Die Kurzstatements und die schriftlichen Stellungnahmen, die Empfehlungen, Hinweise, Vorschläge sowie die kritischen Anmerkungen werden wir bei der Erarbeitung der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie berücksichtigen. Ich möchte noch einmal zusammenhängend

die wichtigen Partner im Strategieprozess nennen, ohne dadurch andere Akteure auszuschließen. Das Spektrum der Beteiligten soll noch einmal zur Sprache kommen: Die Wissenschaft – ich nenne hier gerne an vorderster Stelle auch das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie mit dem dort eingerichteten Team Nachhaltigkeit, wo viele Akteure der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft und der Kommunen mitwirken – das ist ein sehr breiter Kreis und wir freuen uns über die vielfältige Unterstützung. Nennen möchte ich zudem die kommunale Ebene, natürlich mit den kommunalen Spitzenverbänden und der LAG 21. Auch hier gibt es wesentliche und wichtige Impulse. Und schließlich, um das Spektrum zu vervollständigen, die Zivilgesellschaft mit den Umwelt- und Eine-Welt-Verbänden, die Verbraucherzentrale, die Kirchen, die Wirtschaft, die Gewerkschaften und die Akteure in der Verwaltung und bei den Stiftungen. Ich finde, das ist eine gute Aufstellung der Nachhaltigkeitsszene und der Nachhaltigkeitsbühne in Nordrhein-Westfalen – und daraus lässt sich etwas machen. Herzlichen Dank an alle, die zukünftig auch mit am Ball bleiben werden und ihn gemeinsam in die richtige Richtung spielen.

Meine Damen und Herren, einige von Ihnen fragen jetzt nach dem institutionellen Setting für die Nachhaltigkeitsstrategie, wie ist diese in entsprechende Initiativen des Bundes und der Europäischen Union einzuordnen? Wir schauen durchaus, was im Bund, in den Ländern und Regionen sowie international läuft und haben deswegen auch ein entsprechendes Projekt der Bertelsmann Stiftung unterstützt. Wir wissen zudem auch, dass organisatorische Sicherungen wichtig sind für die praktische Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele. Wir sehen aber durchaus auch die Gefahr, dass ein ausgedehntes Institutionengefüge sich manchmal hauptsächlich mit sich selbst beschäftigt und die zentralen politischen Prozesse etwas hintenan bleiben. Deshalb wollen wir dieses Setting möglichst schmal halten. Dennoch ist Nachhaltigkeit keine Frage des Moments, sondern des dauernden Prozesses – und das ist das Wichtige, um in ein solches prozesshaftes Vorgehen zu kommen. Wir haben aus der Analyse der guten Beispiele vor allem eines gelernt: Erfolgreich sind die Strategien, die sich optimal in das jeweilige politische System integrieren lassen und denen es gelingt, die Spielregeln der Macht entsprechend und gemäß der Interessenslage zu verändern. Ein solches Mainstreaming des Nachhaltigkeitsgedankens in die Grundstrukturen des Landes einzupflegen, das ist unser Ziel. Es muss jenseits der Farbenlehre gelingen, bestimmte Grundmuster und Grundmechanismen in den Politikbereichen in Richtung Nachhaltigkeit zu

implementieren, sodass nicht mehr die Frage ist, ob wir Nachhaltigkeitsstrategien miteinander besprechen, sondern wie und in welcher Intensität. Ich glaube, das ist das erste Ziel, das wir gemeinsam fassen müssen.

Viele Statementgeberinnen und -geber haben uns gewarnt, dass die Zahl der Handlungsfelder und Querschnittsthemen zu groß für einen erfolgreichen strategischen Prozess sind. Wir sind davon überzeugt, dass alle ausgewählten Themen eine große Bedeutung für die nachhaltige Zukunftsfähigkeit des Landes haben und vielleicht sogar noch wichtige Themen fehlen. Das Thema Mobilität wurde im Vorfeld – auch heute – zum Beispiel von vielen angesprochen. Zugleich ist uns aber bewusst, dass wir unsere eigenen Kapazitäten und auch die unserer Partner vermutlich in der Tat überstrapazieren würden, wenn wir alle Themen von Beginn an in gleicher Intensität bearbeiten wollten. Also, der Anspruch, allumfassend jedes Detail zum jetzigen Zeitpunkt mit zu besprechen und zu lösen, wird uns unweigerlich überfordern. Lassen Sie uns uns auf das konzentrieren, was jetzt machbar ist, um dann im nächsten Schritt gegebenenfalls Ergänzungen vorzunehmen. Ansonsten könnte es sein, dass wir mit dem Anspruch vielleicht auch scheitern – und das wollen wir ja nun wirklich nicht! Wir werden uns daher eine differenzierte Schwerpunktsetzung überlegen müssen, ohne den Anspruch der Mehrdimensionalität der Nachhaltigkeit aufzugeben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, schriftliche Stellungnahme nehmen wir weiterhin gerne bis zum Ende des Monats entgegen. Danach werden wir die Stellungnahmen innerhalb der Landesregierung besprechen und auf dieser Grundlage einen konkreten Strategiewurf ausarbeiten. Es ist geplant, dass wir uns damit bis zum Herbst 2015 im Kabinett befassen, um im Anschluss im Rahmen der 4. Nachhaltigkeitstagung in eine weitere Konsultationsrunde zu gehen, zu der ich Sie heute schon für das nächste Jahr herzlich einlade. Wir wollen zum Ende des Jahres 2015 die finale Strategie im Kabinett beschließen.

Mit diesem Zeitplan ist sichergestellt, dass wir auch die internationalen Nachhaltigkeitsziele, die „Sustainable Development Goals“, über die wir in der Podiumsdiskussion gesprochen haben, in die NRW-Strategie einfügen können und sie entsprechend berücksichtigen. Damit kein guter Gedanke verloren geht, planen wir eine umfassende Dokumentation der Tagung, die circa Mitte Dezember auf der Tagungswebsite eingestellt wird. Bitte zögern Sie nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren, sich

im Nachgang der Tagung an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu wenden, damit alle Beiträge berücksichtigt werden.

Ich freue mich auf den weiteren Diskussionsprozess sowie heute schon auf die 4. NRW-Nachhaltigkeitstagung im Herbst 2015. Ich hoffe, dass Sie bis dahin gesund und munter bleiben. Zudem hoffe ich, dass sie dem Nachhaltigkeitsprozess in NRW gewogen bleiben und sich weiterhin intensiv kritisch-konstruktiv in diesen einbringen. Nun bleibt mir nur noch eins zu tun: nämlich Ihnen ganz herzlich Dankeschön zu sagen.



Anhang

Durchgeführtes Programm

3. NRW-Nachhaltigkeitstagung „Gut Leben, Arbeiten und Wirtschaften in 2030“ Mülheim/Ruhr, 17. November 2014

- 10:00 Uhr** **Grußwort Dagmar Mühlenfeld, Oberbürgermeisterin der Stadt Mülheim/Ruhr**
- 10:05 Uhr** **Start der Nachhaltigkeits-Strategiediskussion – Vorstellung des Strategiepapiers der Landesregierung**
Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (MKULNV NRW)
- 10:15 Uhr** **Corporate Social Responsibility als Teil der wirtschaftlichen Dimension - Gute und faire Arbeit als Teil der Sozialen Dimension einer NRW-Nachhaltigkeitsstrategie**
Podiumsdiskussion mit:
Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes Nordrhein-Westfalen
Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen
Kathrin Menges, Mitglied im Vorstand von Henkel und im Rat für nachhaltige Entwicklung
Johannes Stein, Bundespräsident der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung
- 11:15 Uhr** **Das Strategiepapier zur Nachhaltigkeitsstrategie in der Diskussion**
Kurze Statements aus Zivilgesellschaft, Kommunen, Wirtschaft und Wissenschaft und Diskussion mit Staatssekretär Peter Knitsch und Abteilungsleiter Viktor Haase, MKULNV NRW
- 12:30 Uhr** **Markt der Möglichkeiten, Zeit zum Netzwerken**
- 14:00 Uhr**
-15:45 Uhr **Sechs parallele Themenforen zu ausgewählten Handlungsfeldern der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie (unter Beteiligung von Mitgliedern aller Fraktionen des Landtags):**
- Gute und faire Arbeit**
Begrüßung, Einleitung und Moderation: Arnold Kratz (G.I.B. – Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung mbH)
Drei Inputs:
Vorstellung der Initiative „Arbeit gestalten NRW“, Ulrich Lensing, Referent im Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales NRW
Vorstellung der Initiative „Faire Arbeit – Fairer Wettbewerb“, Magdalene Wilczek, Referentin im Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales NRW
Bericht aus dem Projekt „Arbeitnehmerfreizügigkeit in NRW fair gestalten“ (Projekt im Rahmen der Initiative „Faire Arbeit – Fairer Wettbewerb“, Dr. Alexandru Zidaru, Bildungsreferent Arbeit und Leben DGB/VHS NW e.V.
Anschließend Diskussion mit den Teilnehmenden des Themenforums, unter anderem mit Paul M. Erzkamp, SJD – Die Falken NRW, Vertreter des Landesjugendrings als „Stimme der Jugend und der nachfolgenden Generationen“

„Fortschritt NRW“ – Forschung und Innovation für nachhaltige Entwicklung

Begrüßung, Einleitung und Moderation: Prof. Dr. Jürgen Howaldt, Leiter der Sozialforschungsstelle, TU Dortmund

Zwei Fachbeiträge (jeweils 20 Minuten):

„Wie kommt das Nachhaltigkeitswissen in die Lehre? Wie können Hochschulen die Entwicklung von Nachhaltigkeitswissen in der Gesellschaft unterstützen?“, Prof. Dr. Marcel Hunecke, FH Dortmund

„Welchen Beitrag können Studierende leisten, um den Nachhaltigkeitsgedanken in die Hochschule zu tragen?“, Florian Lorsch und Judith Enders, Green Office, Universität Maastricht

Stellungnahme eines Mitgliedes des Landtags: Karlheinz Busen MdL, FDP-Fraktion

Kurze Präsentation der Posterausstellung

Anschließend Diskussion mit den Teilnehmenden des Themenforums, unter anderem mit Katharina Zink, BDKJ NRW als Vertreterin des Landesjugendrings als „Stimme der Jugend und der nachfolgenden Generationen“

Nachhaltiger Konsum und nachhaltige Lebensstile

Begrüßung, Einleitung und Moderation

Nora Brüggemann, Collaborating Centre on Sustainable Consumption and Production (CSCP), Wuppertal

Zwei Inputs:

„Weiterentwicklung des Carsharing – Potenziale für eine multimodale urbane Mobilität aus KonsumentInnen- und Anbieter-Perspektive“, Regine Rehaag, Katalyse-Institut, Köln

„Indikatoren für nachhaltige Ernährung“, Prof. Dr. Carola Strassner, Fachhochschule Münster

Stellungnahme eines Mitgliedes des Landtags: Simone Brand MdL, Piratenfraktion

Anschließend Diskussion mit den Teilnehmenden des Themenforums, unter anderem mit

Ulrike Schell, Verbraucherzentrale NRW und Mitglied im TEAM Nachhaltigkeit

Prof. Dr. Christa Liedtke, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie

Claudia Tillmann, BUND Jugend NRW, Vertreterin des Landesjugendrings als „Stimme der Jugend und der nachfolgenden Generationen“

Nachhaltiges Wirtschaften am Beispiel der Umweltwirtschaft

Begrüßung, Einleitung und Moderation: Alexandra Landsberg, Referatsleiterin „Umweltwirtschaftsstrategie und Strukturpolitik“ im Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Inputs zu den Themenfeldern (jeweils 10 Minuten):

Die Umweltwirtschaft als Enabler für die klassischen Schlüsselbranchen in NRW: Hans Christian Markert (MdL, DIE GRÜNEN)

Der Leitmarkt Wettbewerb „Energie- und Umweltwirtschaft“: Dr. Bernd Steingrobe (Leiter des Projektträgers ETN)

Rückenwind für Unternehmen: Die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen mit Hilfe von Förderwettbewerben: Dipl.-Designer Matthias Gölitz (goelitzdesign)

Anschließend Diskussion mit den Teilnehmenden des Themenforums

Die europäische und internationale Dimension der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie

Begrüßung, Einleitung und Moderation: Dr. Christian Engel, Referatsleiter bei der Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien NRW

Input:

Adolf Kloke-Lesch, Sustainable Development Solutions Network Germany (SDSN Germany, Geschäftsstelle)

Henrik Riedel, Bertelsmann Stiftung

Stellungnahme eines Mitgliedes des Landtags: Norbert Meesters MdL, SPD-Fraktion

Anschließend Diskussion mit den Teilnehmenden des Themenforums, unter anderem mit Melanie Fecke, BDKJ NRW, Vertreterin des Landesjugendrings als „Stimme der Jugend und der nachfolgenden Generationen“

Bildung für nachhaltige Entwicklung

Begrüßung, Einleitung und Moderation: Jiska Troppenz und Klaus Kurtz, BnE-Agentur

Input:

Vorstellung des Prozesses zur Erarbeitung einer BNE-Strategie und Vertiefung anhand ausgewählter Bildungsbereiche (Sabine Blom und Dodo Schulz, BnE-Agentur) und eines Leitprojekts (Saskia Eversloh, BnE-Agentur)

Stellungnahme eines Mitgliedes des Landtags: Dr. Antoinette Bunse, CDU-Fraktion

Anschließend Diskussion mit den Teilnehmenden des Themenforums, unter anderem mit Mareike Kursawe, BUND Jugend NRW, Vertreterin des Landesjugendrings als „Stimme der Jugend und der nachfolgenden Generationen“

16:00 Uhr Eine NRW-Nachhaltigkeitsstrategie im deutschen, europäischen und internationalen Kontext

Podiumsdiskussion mit:

Dr. Barbara Hendricks, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Karl Falkenberg, Generaldirektor Umwelt, Europäische Kommission

Johannes Rimmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (MKULNV NRW)

Dr. Peter Liese MdEP, Koordinator der EVP-Fraktion im Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Lebensmittelsicherheit

Prof. Manfred Fischedick, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie

17:15 Uhr Markt der Möglichkeiten mit weiteren Gelegenheiten zum Netzwerken (bis ca. 17:45 Uhr)



Übersicht: Schriftliche Stellungnahmen zum Strategiepapier der Landesregierung

Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Leibniz-Forum für Raumwissenschaft, Hannover

Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. (ADFC NRW)

Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung NRW (ANU NRW)

Bertelsmann Stiftung

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. LV NRW (BUND NRW)

Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit GmbH (GIZ) - Landesbüro NRW

Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe e.V.

Fachforum Nachhaltigkeit (Umwelt-, Mobilitäts- und Eine Welt-Verbände, DGB NRW, kirchliche Organisationen, Landesjugendring NRW, Verbraucherzentrale NRW etc.) – koordiniert von der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW (LAG 21 NRW)

Industrie- und Handelskammern in NRW

Institut für Mittelstandsforschung Bonn

Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros / Gleichstellungsstellen NRW

Landesjugendring NRW - Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände in NRW

Landesverband Erneuerbare Energien NRW e.V.

Landkreistag NRW - Städtetag NRW - Städte- und Gemeindebund NRW

Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen

Lokale Agenda 21 Stadt Wetter (Ruhr) / BürgerEnergieGenossenschaft eG

Naemi Reymann communication..interfaces..culture

PRO BAHN NRW e.V.

Rhein-Kreis Neuss

Stadt Emsdetten

Stadt Porta Westfalica

Stadt Remscheid

TÜV Rheinland Industrie Service GmbH

Universität Wuppertal, Institute of Urban Studies & Sustainable Infrastructure Planning

unternehmer nrw – Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen e.V.

VCD Landesverband NRW e.V.

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, für das TEAM Nachhaltigkeit

sowie vier Einzelpersonen

Evaluation

Mit den Tagungsunterlagen wurden Evaluationsbögen ausgegeben, um Anregungen für die Planung der kommenden Nachhaltigkeitskonferenzen zu erfragen. Insgesamt gingen 55 Fragebögen und Rückmeldungen ein. Dies entspricht einer Rücklaufquote von rund 15%. 53 der an der Evaluation teilnehmenden Personen hat die Konferenz gut bis sehr gut gefallen; lediglich zweien weniger gut.

Die Qualität der Moderation, der Reden bzw. der Beiträge in den Podiumsdiskussionen im Plenum wurden mehrheitlich positiv bewertet und hervorgehoben. Teilweise wurde jedoch bemängelt, dass die vertretenen Ansätze nicht ausreichend konkret gewesen seien bzw. keine tiefgreifenden neue Erkenntnisse vermittelt wurden und das weitere Vorgehen nicht ausreichend klar geworden sei.

Die Plenumsdiskussion mit Zwei-Minuten-Kurzstatements zum Strategiepapier wurde von den meisten positiv bewertet, gleichzeitig wurde jedoch teilweise der geringe Bezug der Statements zum Strategiepapier bemängelt. Zudem wurde mehrfach der Wunsch nach einer lebhafteren Diskussion sowie einem intensiveren Austausch zwischen den Teilnehmern geäußert. Die während der Podiumsdiskussion erstmals eingesetzte Twitterwall wurde nur von einer Minderheit der Teilnehmenden an der Evaluation als interessantes und praktikables Austauschformat angesehen, eine Mehrheit kritisierte den fehlenden Mehrwert der Twitterwall, u. a. wegen vieler Wiederholungen von Tweets durch sogenannte Retweets. Von einigen Teilnehmenden wurde allerdings auch gewürdigt, dass es durch die Twitterwall und den Twitter-Service zur Konferenz auch Interessierten von außerhalb möglich war, der Diskussion zu folgen und daran zu partizipieren. Die sechs parallelen Themenforen am Nachmittag wurden von den Evaluations-Teilnehmenden unterschiedlich wahrgenommen. Vielfach wurde die inhaltliche Diskussion und die Möglichkeit zur Beteiligung gelobt. Auf der anderen Seite wurde teilweise kritisiert, dass in manchen Themenforen der Bezug zum Strategiepapier nicht konsequent vorhanden war. Von einigen wurde vorgeschlagen, insgesamt mehr Themenforen/ Workshops und weniger Podiumsdiskussionen anzubieten, um so auch mehrere Themenforen zu besuchen zu können.

Der Markt der Möglichkeiten wurde insgesamt sehr positiv aufgenommen, es wurde mehrfach hervorgehoben, dass im Rahmen des Marktes viel inhaltlicher Austausch stattgefunden habe. Teilweise wurde angeregt, noch mehr Zeit für Pausen, Austausch und den Besuch des Marktes im Tagungsprogramm einzuplanen.

Die Vielfalt der Teilnehmenden wurde positiv hervorgehoben; die Tagung habe eine gute Gelegenheit für den Austausch und die Vernetzung der verschiedenen Akteure in Nordrhein-Westfalen geboten. Diese Vielfalt lässt sich auch anhand der Evaluationsbögen erkennen: Demnach stammten die 55 Teilnehmenden der 3. NRW-Nachhaltigkeitskonferenz, die einen Evaluationsbogen ausgefüllt haben, aus den folgenden Bereichen (hier waren Mehrfachnennungen vorhanden):

einer NRO: 17
 aus dem Wissenschaftsbereich: 6
 aus der Politik: 4
 aus der Verwaltung: 15
 aus dem Wirtschaftsbereich: 8
 Sonstiges: 12

Vertreter des Bereichs „Sonstiges“ gehörten unter anderem Schulen oder freien Interessensgruppen an.

Die Veranstalter freuen sich über die zahlreichen konstruktiven Rückmeldungen und Anregungen hinsichtlich Inhalt und Struktur der Tagung und werden das Feedback der Teilnehmenden bei der Planung der kommenden NRW-Nachhaltigkeitstagungen sowohl inhaltlich als auch organisatorisch berücksichtigen.

Nachhaltiges Veranstaltungsmanagement

Den Nachhaltigkeitsgedanken in Nordrhein-Westfalen stärker zu verankern, ist das erklärte Ziel der NRW-Nachhaltigkeitstagungen. Deswegen wurde auch bei der Vorbereitung und Durchführung der diesjährigen Tagung auf eine nachhaltige Vorgehensweise geachtet. Richtschnur war dabei der Leitfaden für die nachhaltige Organisation von Veranstaltungen des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)

Einladungsmanagement

Um schon zu Beginn der Veranstaltungsorganisation Ressourcen zu sparen, wurden keine gedruckten Einladungen versendet. Durch den digitalen Versand wurden Ressourcen (Papier, Druck, Transport) geschont. Auch die aktuellste Programmversion wurde nicht verschickt, sondern war stets auf der Webseite einsehbar.

Drucksachen

Für alle im Rahmen der Veranstaltung erstellten Drucksachen wurde mit dem Siegel „Blauer Engel“ zertifiziertes Papier/Pappe verwendet. Wo möglich wurde auf doppelseitigen und schwarz-weißen Druck zurückgegriffen.

Auf den Druck der Teilnahmeliste und des Strategiepapiers für alle Tagungsmappen wurde verzichtet. So konnten mehrere tausend Seiten Papier eingespart werden. Stattdessen lagen Ansichtsexemplare an der Registrierung aus. Die Teilnahmeliste und das Strategiepapier wurden auf der Website veröffentlicht.

Anreise

Die Hauptumweltbelastung bei Veranstaltungen fällt in der Regel bei der Hin- und Rückreise der Gäste an. Hierauf haben Veranstalter und Vorbereitungsteam in der Regel nur einen begrenzten Einfluss. Deshalb wurde mit dem Landtag ein Veranstaltungsort gewählt, der bequem mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen war. Um den Teilnehmenden eine problemlose An- und Abreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu ermöglichen, wurde Veranstaltungsbeginn und -ende entsprechend terminiert. Damit die Teilnehmenden ihre Reise zur Konferenz umweltschonend planen konnten, wurden bereits im Vorfeld Informationen zur Benutzung umweltfreundlicher Verkehrsmittel auf der Konferenz-Homepage publik gemacht.

Bei der Online-Anmeldung wurden die Teilnehmenden befragt, wie sie anreisen werden. 346 Personen haben diese Frage beantwortet, davon haben 50 Personen angegeben, dass ihre Reisen bereits klimaneutral gestellt werden. Die übrigen 296 Personen machten folgende Angaben zum voraussichtlich genutzten Verkehrsmittel und der Reisedistanz (wobei die Reisedistanz nicht von allen ausgefüllt wurde):

- Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln: 209 Personen (insgesamt ca. 16.460 km)
- Anreise mit PKW: 74 Personen (insgesamt ca. 6.340 km)
- Anreise mit Fahrrad: 5 Personen (insgesamt 145 km)
- Anreise zu Fuß: 4 Personen (insgesamt 4,5 km)
- Anreise mit dem Flugzeug: 4 Personen (Teilnehmer der weißrussischen Delegation, insgesamt 11.200 km)

Veranstaltungsort

Die Veranstaltung fand in der Stadthalle Mülheim an der Ruhr statt. Seit 2003 werden in der Stadt Mülheim an der Ruhr Ökoprofit-Projekte mit dem Ziel durchgeführt, Energiekosten zu senken, den Umgang mit Wasser und Abfall zu verbessern. Die Stadthalle Mülheim an der Ruhr ist Mitglied im Ökoprofitklub der aktuell beteiligten Unternehmen und an der ÖKOPROFIT-Runde zur Rezertifizierung beteiligt. Weitere Informationen zur ÖKOPROFIT-Zertifizierung des Veranstaltungsortes finden Sie unter www.muelheim-ruhr.de/cms/oekoprofit.

Namensschilder

Die Teilnehmer erhielten an der Registrierung u. a. ein Namensschild aus Plastik. Zunächst mag dies nicht sehr umweltschonend erscheinen. Auf den zweiten Blick sieht dies anders aus: Denn Wiederverwendung schlägt Recycling in der Ökobilanz. Daher wurden die Badges in bereitgestellten Boxen wieder eingesammelt. Die Mehrzahl der Namensschilder wurde von den Teilnehmenden zurückgegeben und wiederverwendet.

Catering

Im Rahmen der 3. NRW-Nachhaltigkeitstagung wurde nur ein sehr eingeschränktes Catering in Form von Kaffee, Tee, Wasser und belegten Brötchen angeboten. Das Angebot an Speisen und Getränken war vegetarisch und saisonal ausgerichtet. Kaffee und Tee sind „fair trade“ zertifiziert und es wurde Leitungswasser statt Mineralwasser angeboten. Die in der Küche entstandenen biologischen Abfälle werden durch den Entsorger zu Biogas und Kompost verarbeitet.

CO2-Vermeidung, -Verminderung, -Kompensation

Alle im Zusammenhang mit der Veranstaltung dennoch entstehenden CO₂-Emissionen werden in Zusammenarbeit mit der EnergieAgentur.NRW erfasst und unter Verwendung von CO₂-Zertifikaten kompensiert.

Im Zusammenhang mit der Veranstaltung sind nach unseren Berechnungen 11,42 Tonnen CO₂-Emissionen entstanden. Diese werden unter Verwendung von JIM.NRW-Zertifikaten kompensiert. JIM.NRW ist ein nach den Regeln des Kyoto-Protokolls anerkanntes Klimaschutzprojekt, welches Emissionsminderungen in NRW erfasst und fördert. Weitere Informationen zum Thema Klimaneutralität und zu Kompensation finden Sie unter www.energieagentur.nrw.de/klimaschutz

Impressum

Herausgeber:

Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen
Referat Öffentlichkeitsarbeit

Fachliche Betreuung und Redaktion:

Ministeriums-Referat VIII A 2 „Nachhaltigkeitsstrategien“

Textredaktion und Gestaltung:

lab concepts GmbH
Sandra Mayer, Anna Pfeifer (Text)
Marc Pettenkofer (Design)
Konstantin Simsheuser (Satz und Layout)

Tagungsdokumentation:

Kristin Albrecht
Alexandra Einmahl
Anna Marti
Leonie Schuttenberg
Andreas Stahl
Annika Theisen
Nicole Wildberger

Bildnachweis:

Titel: © Sunny studio - www.fotolia.com
Rückseite: © Mülheimer Stadtmarketing & Tourismus GmbH (MST)
NRW-Nachhaltigkeitstagung / Carsten Andrae

Stand:

Dezember 2014

Ministerium für Klimaschutz, Umwelt,
Landwirtschaft, Natur- und Verbraucher-
schutz des Landes Nordrhein-Westfalen
Schwannstraße 3, 40476 Düsseldorf
infoservice@mkulnv.nrw.de
www.umwelt.nrw.de

